

Dokumentation der Reflexionsdiskussionen
zum *PIP – paper in progress* – im Rahmen des
ÖREK 2011 Erstellungsprozesses

Nachfolgend findet sich eine Zusammenführung der Diskussionen im Zuge der Reflexionsphase zum PIP (Paper in Progress). Dabei wurden die unveränderten live-Dokumentationen kapitelweise zusammengeführt; die Diskussionen sind je nach Ort unterschiedlich eingefärbt.

Einzelne Stichworte wurden fett markiert um erste Aussagen ableiten zu können. Jeweils am Schluss der „Herausforderungen“ und der gesamten Maßnahmendiskussion wurden erste „Synthesepunkte“ notiert.

Die Zusammenführung umfasst die folgenden Reflexionsdiskussionen:

- 06. Mai 2010: Fachreflexion Wirtschaft, BMWFJ
- 06. Mai 2010: Fachreflexion Umwelt, BMLFUW
- 10. Mai 2010: Bundesländerreflexionen Linz (OÖ, S)
- 11. Mai 2010: Bundesländerreflexionen Innsbruck (T, V)
- 18. Mai 2010: Studierende TU Wien, ÖROK-Gst.
- 31. Mai 2010: Fachreflexion Bevölkerung, BKA
- 31. Mai 2010: Fachreflexion PlanerInnen, ÖROK-Gst.
- 1. Juni 2010: Bundesländerreflexion Graz (K, ST)
- 14. Juni 2010: Bundesländerreflexion St. Pölten (B, NÖ, W)
- 1. Juli 2010: AG II, ÖROK-Gst.

Inhaltsübersicht:

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum „paper in progress“ (PIP) zu den Bereichen:

Allgemeine Anmerkungen zum ÖREK 2011

Kapitel: Wirtschaftliche Entwicklung

Kapitel: Bevölkerung und Gesellschaftsentwicklung

Kapitel: Verkehr und Mobilität

Kapitel: Umwelt – Klimawandel – Ressourcen

Kapitel: Raumentwicklung und Governance

Allgemeine Anmerkungen zum PIP

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP)	Anmerkungen
ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZUM ÖREK2011	(+ / -)

Allgemeine Anmerkungen zum ÖREK2011	
<p>Raumbezug in einem geringen Ausmaß macht die Diskussion schwierig, den Raumbezug muss man stärker herausarbeiten bzw. muss dieser explizit angesprochen werden.</p> <p>Bei Raumbezug den Status Quo, bestehende Defizite und auch Erfolge anführen</p> <p>Kurzfassungen mit verschiedenen „Übersetzungen“ wären sehr hilfreich (Bürgermeister versus Sektionsleitung oder Experten)</p> <p>Warum sollen jene Personen und Organisationen, die die Konzepte bisher ignoriert haben, auf dieses Konzept stoßen bzw. aktiv werden? Das Konsensfähige soll nicht vorab formuliert werden sondern konträre Standpunkte sollten benannt und diskutiert werden.</p> <p>Governance-Strukturen sollten im Kapitel 6 eine stärkere Rolle spielen, um der Überschrift „Raumentwicklung und Governance“ gerecht zu werden.</p> <p>Flächenwidmung ist ein wichtiger Bereich, dies eher mit interkommunaler Kooperation und regionaler Ebene verschränken</p> <p>Konzept soll konträre Standpunkte einnehmen können! Nicht gleich von Anfang an den Konsens vorwegnehmen, sich mutig positionieren!</p> <p>Finanzierung spielt bei all diesen Maßnahmen eine bedeutende Rolle und Kostenwahrheit ist hier das zentrale Thema.</p> <p>Die einzelnen Maßnahmen sind sehr wichtig. Keine Prioritätenreihung, sondern es sollte eher ein Gesamtkonzept sein, in dem die verschiedenen Maßnahmen eine Rolle spielen. Es bräuchte umfassende Verkehrskonzepte, die mit der Raumplanung verknüpft sein sollen.</p> <p>Maßnahmen sollten untereinander gut abgestimmt sein und ein rundes, konsistentes Bild ergeben, keine Redundanzen.</p> <p>Das hängt von der rechtlichen Qualität ab. Ziele und Leitbilder sind durchaus hilfreich. Es ist eine Argumentationshilfe und Unterstützung.</p> <p>ÖREK kann eine gute Unterstützung sein – je detaillierter, desto besser!</p> <p>Die ÖROK sollte mehr Gewicht in Österreich haben, dann hat auch das ÖREK insgesamt mehr Gewicht. Dann wäre das auch ein Stufenbau der nationalen-, der Länder- und der regionalen Raumentwicklung. Ein hoher Bewusstseinscharakter.</p> <p>Eine MinisterIn für das Themenfeld wäre langfristig von großer Bedeutung!</p> <p>Es sollte einen normativen Charakter haben.</p> <p>Bei den Landesbildungseinrichtungen sollte der Inhalt des ÖREK2011 ein Bildungspunkt sein. Das wäre zentral im Sinne einer Bildung der mit Raumfragen beschäftigten Personen auf</p>	

Farbcode:

Bundesreflexionen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Studierende – grau

1

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Verdichtung – Allgemeine Rückmeldungen zum ÖREK

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP)	Anmerkungen
ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZUM ÖREK2011	(+ / -)

<p>Gemeindeebene!</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit: PPT Folien etc. – Aufbereitetes Informationsmaterial wäre gut. Eine Kurzfassung in einer angenehm lesbaren Form. Klare, einfach zu lesende und gut verständliche Maßnahmenvorschläge</p> <p>Das ist so abstrakt formuliert. Es sollte einem breiten Kreis zugänglich gemacht sein. Ich möchte mich angesprochen fühlen.</p> <p>Aus Sicht einer Gemeinde: Ich würde es als Richtschnur für die kommunale Kooperation anwenden.</p> <p>Ich hätte mit dem normativen Charakter ein Problem: Es gab beim Zukunftsraum schon Interessenskonflikte. Ziel: gemeinsam vereinbartes Leitbild, das mitgetragen wird. Der „Bildungsaspekt“, die Öffentlichkeitsarbeit ist daher ganz wichtig. Dies sollte auch in die Gemeinden hineingetragen werden. Ich möchte es offen belassen als bewusstseinsbildend und informativ. Mein Vorschlag: 95% Bilder und 5% Text.</p> <p>Es wäre gut Zukunftsbilder zu zeigen (Luftbilder) im Vergleich.</p> <p>Eine Kurzfassung für Gemeindekooperationen und regionale Prozesse wäre sehr spannend (Brevier)! Es müsste auch fortgeschrieben werden. Im STUA müsste man das ÖREK 1x pro Jahr rausnehmen und auf Aktualität überprüfen. Im Fall könnte man Zusätze dazulegen.</p> <p>Allgemeine Frage: Was machen, damit nicht dasselbe passiert wie beim letzten Örek?</p> <p>Es braucht noch einen „Reißer“ oder einen Schwerpunkt für das ÖREK 2011. Eine Reduktion auf drei bis fünf Schlagwörter bzw. Schwerpunkte, damit könnte man den Kreis ein wenig sprengen (Schlagzeilen produzieren) – und größere Aufmerksamkeit erreichen.</p> <p>Wer sind denn wir, die das Papier verfasst haben? Sind die angesprochenen Gruppen Problemgruppen bzw. haben die anderen Gruppen keine Probleme?</p> <p>Der engere Kreis der Raumordner sollte verlassen werden.</p> <p>Bewusstseinsbildung in den Gemeinden, auf der politischen Ebene wäre sehr wichtig (zB Folgekosteneffekte von Planungen) – Dokumente, die hier gelesen werden können, Folien, Infomaterial – das ist wichtig!</p> <p>Es sollte nicht allen Sektorplanungen mitgeteilt werden, was sie tun sollen – Formulieren eher im Sinne eines Miteinander, Angebote für ein gemeinsames Tun machen, Vorteile dafür aufzeigen</p> <p>Es kann kein Kompendium der Raumplanung sein.</p> <p>Schwerpunkte: Was sind wirklich die Handlungsschwerpunkte? Wo sind die Schwachpunkte? Wichtig sind Gruppierungen und Schwerpunkte für wirklich vordringliche Themen. Man sollte eine Gewichtung festlegen. Ein gewichteter Katalog wäre wichtig für die Politik.</p> <p>Vereinfachte Sprache – Verständlichkeit – die Sprache ist derzeit schwer verständlich –</p>	
---	--

Farbcode:

Bundesreflexionen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Studierende – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP)	Anmerkungen
ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZUM ÖREK2011	(+ / -)

<p>einfachere Formulierung, was sind die Schwerpunkte, wo will man hin?</p> <p>Wo ist der Lösungsansatz in „20“ Punkten, die verständlich „rübergebracht“ werden können? Wie verkaufe ich diese?</p> <p>Eine Kurzfassung in 10 Seiten mit den zentralen Punkten plus Anhang dazu, das braucht es.</p> <p>Wie holen wir die Politik ab mit wenigen zentralen Argumenten? Wie kann die Politik sparen – dazu muss es Argumente geben? Die aktuelle Situation muss berücksichtigt werden.</p> <p>Welche Elemente braucht es für den integrativen Ansatz?</p> <p>Es darf kein Aufzählen von bestehenden sektoralen Maßnahmen sein. Es braucht den sektorübergreifenden Ansatz, eine integrative Sichtweise – im Raum überschneiden sich die Sektoren auch!</p> <p>Man muss den Nutzen vermitteln, den Mehrwert auf den Punkt bringen. Was bringt es der Politik, was bringt es den Städten, Ländern und Gemeinden (die ÖROK und das ÖREK)?</p> <p>Eine Strukturelle Anmerkung zum PIP: Wo sind die fachlichen Vorgaben der Experten für die nächsten zehn Jahre? Derzeit ist es nur eine Aufzählung von Best Practice Beispielen.</p> <p>Grundsätzlich sollte im ÖREK eine verständliche Sprache gewählt werden!</p> <p>Plakative Ziele sollte man an den Anfang stellen.</p> <p>„Suchbegriffe“ sollte man ermöglichen.</p> <p>Der Text hier zu Verkehr und Mobilität ist gut und leicht zu lesen, auf den Punkt gebracht.</p> <p>Der gesamte Text muss für einen Entscheidungsträger geschrieben sein, der das gar nicht lesen mag.</p> <p>Der Benefit muss sichtbar sein und dargestellt werden. Was bringt ein ÖREK? Was bringt es mir, mich daran zu halten</p> <p>Prioritäten würde ich nicht empfehlen.</p> <p>Die Rechtliche Umsetzbarkeit sollte auch thematisiert werden (realer Bezug, Hinweise dazu).</p> <p>Über die 15a Vereinbarung publizieren!</p> <p>Ein dickes Papier wird nicht gelesen. Eine Zusammenfassung ist nötig. Für Politiker und Medien! – Das sind wichtige Multiplikatoren.</p> <p>Eine Zusammenfassung – extrem gestrafft – damit es auch viele lesen. Leicht verständlich!</p> <p>Punkte für Umsetzungsmöglichkeit und Kompetenz – dahingehend soll man es straffen. Dort, wo man wirklich ansetzen kann!</p>	
--	--

Farbcode:

Bundesreflexionen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Studierende – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP)	Anmerkungen
ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZUM ÖREK2011	(+ / -)

<p>„Mut zur Lücke“</p> <p>Klare Aussagen zu Schwerpunktthemen: Interpretationsspielraum ausschalten.</p> <p>Kombination mit anderen Papieren; Ein Aufsetzen auf bestehende Beispiele.</p> <p>Bewusstseinsbildung auf politischer Ebene betreiben</p> <p>Intersektorale Betrachtung – sektorale Betrachtung wird den Zusammenhängen nicht gerecht.</p> <p>Kurz, knapp und bündig; Kein dickes Konvolut (10 bis 40 Seiten) mit relevanten Herausforderungen und konkreten Handlungsfeldern.</p> <p>Im Hintergrund kann es vertiefendes Material geben.</p> <p>Thema: Österreich in einem europäischen Kontext sehen.</p> <p>„Bodenhaftung“</p> <p>Schwerpunkt->Handlungsprogramm.</p> <p>Die Gliederung der Nachhaltigkeitsstrategie könnte man eventuell übernehmen -> Es besteht ein starker Konnex.</p> <p>Bitte Doppelungen vermeiden. -> Komprimieren, was zusammengehört.</p> <p>Die konkrete Umsetzbarkeit des ÖREK sollte im Vordergrund stehen.</p> <p>Ich wünsche mir ein griffiges Papier für die Unterstützung bei der Argumentation der Fachdisziplinen gegenüber der Politik.</p> <p>Die Sektorenpolitik sollte die Verräumlichung mehr berücksichtigen.</p> <p>Trennung von Visionen und konkreten Zielen, die man erreichen und messen kann.</p> <p>Mehr Clustern und keine Redundanzen! Handlungsanweisungen!</p> <p>Ich wünsche mir eine verstärkte Handlungsorientierung. -> Wie kommen wir dort hin?</p> <p>Frage der Qualitäten: Verbindlichkeit versus Freiwilligkeit?</p> <p>Argumentationshilfe für die Abstimmung mit der Politik bzw. Forderungen an die Politik.</p> <p>Soviel Graphik als möglich.</p> <p>Man sollte sich Zeit nehmen, um den Prozess richtig zu designen. Das muss auch gut dargestellt werden (Evaluierung, ...).</p> <p>Bisher läuft eine Wunschkatalogentwicklung. Daraus sollte ein und umsetzungsorientierter Handlungsrahmen entstehen.</p>	
---	--

Farbcode:

Bundesreflexionen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Studierende – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP)	Anmerkungen
ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZUM ÖREK2011	(+ / -)

<p>Möglichst viel Transparenz: Leichte Zugänglichkeit übers Internet; Bewusste Öffentlichkeitsarbeit um ein positives Umfeld zu erreichen; Ein gutes Instrumentarium für handelnde Personen.</p> <p>Ein Argumentarium, das Fachleute gegenüber der Politik verwenden können.</p> <p>Die europäische Dimension sollte vorkommen.</p> <p>Strategisches Konvolut vs. sehr konkret und umsetzungsorientiert mit messbaren Ergebnissen.</p> <p>Eine Konzentration auf aktuelle Themen wäre nötig, aber nicht eine Wiederholung der Themen vergangener ÖREKs.</p> <p>Weniger Konjunktiv!</p> <p>Wer ist angesprochen, wer soll was tun!</p> <p>Maßnahmen konkreter schreiben, besser verständlich.</p> <p>Nicht das klassische „ist zu stärken“, „ist zu entwickeln“, das kann man schon nicht mehr lesen!</p> <p>Mir fehlt ein Kapitel über die Schrumpfung – funktionelles Schrumpfen – Begleitung der Schrumpfung – professionelles Begleiten der Schrumpfung – das ist eine zentrale Herausforderung, auf die nicht eingegangen wird.</p> <p>Begriffe sollten genau definiert werden – dann weiß man auch besser, was man machen soll!</p> <p>Karten sollen aufgenommen werden und nicht nur Bestandskarten! Das ÖREK soll räumliche Darstellungen enthalten.</p> <p>In einem kurzen Abschnitt sollte man sich der Frage des Raumes widmen (Thema Jugend: Sozialraum).</p>	
---	--

Syntheseblock
Allgemeine Anmerkungen zum ÖREK 2011

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Raumbezug stärker darstellen ▪ integrative Sichtweise ▪ kurz, prägnant, Konzentration auf das Wesentliche (wo kann mit RO angesetzt werden?) ▪ keine Redundanzen ▪ gut verständliche Sprache, klare Maßnahmenvorschläge ▪ Aufmerksamkeit soll erreicht werden, Win-Win-Situationen aufgezeigt werden ▪ Kurzfassungen oder spezielle Produkte für die Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit (Folien, Broschüren, Kurzfassungen, Infomaterial für verschiedene Zielgruppen,...) ▪ aktiv Bewusstseinsbildung zu diesem Thema betreiben, Bildungsaspekt und Öffentlichkeitsarbeit (Medien, Politik, für Gemeinden,...) ▪ Umsetzungsorientierung und Handlungsorientierung ▪ Finanzielle Aspekte, Wirkungsorientierung aufnehmen – mehr Verbindlichkeit 	
---	--

Farbcode:

Bundesreflexionen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Studierende – grau

5

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Verdichtung – Allgemeine Rückmeldungen zum ÖREK

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP)	Anmerkungen
ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZUM ÖREK2011	(+ / -)

<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="236 226 612 255">• ÖREK als Argumentationshilfe <li data-bbox="236 394 1230 495">• Tw. werden eher traditionelle Begrifflichkeiten verwendet (Kernstadt, Stadt, Land,...) – Hinwendung zu anderen Begriffen (Agglomerationsräume, Städtenetze, funktionale Räume,...) <li data-bbox="236 506 1198 535">• Raumkategorien: Weg von der Stadt-Land-Dichotomie, hin zu funktionalen Räumen <li data-bbox="236 546 1123 575">• unterschiedliche zeitliche Ebenen der Umsetzung des ÖREK (kurz- langfristig) <li data-bbox="236 586 639 616">• Boxen erläutern Inhalte sehr gut 	
--	--

Farbcode:

Bundesreflexionen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Studierende – grau

6

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Verdichtung – Allgemeine Rückmeldungen zum ÖREK

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum (PIP), Kapitel

Wirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftliche Entwicklung – Herausforderungen

Bankenbereich? Was soll man im Bankenbereich noch machen? Welche Indikatoren haben hier eine Rolle gespielt? – Das scheint mir sehr zufällig? ...

Wo ist Forschung und Entwicklung? Wo haben wir wirklich Chancen?

Die **Auswahl der Schwerpunkte ist nicht ganz nachvollziehbar**, es kommt in dreien Innovation und Forschung vor. Das müsste man bündeln. Wieso strukturiert man es nicht Sektorenbezogen? Warum orientiert man sich nicht an der Lissabon-Strategie oder an Europa 2020? ... Das ist nicht nachvollziehbar.

Forschung und Innovation ist richtig und wichtig. Die Innovationsstrategie des Bundes deckt sich damit, aber spezifischere Aussagen wären hilfreich. Das gilt auch für das Kapitel Bund – Land bzw. ein Bezug zur Innovationsstrategie wäre gut.

Zu den 5 wichtigsten – Entweder man übernimmt aus anderen Strategien die Festlegungen auf Bundesebene oder man lässt das Wort größte weg, dann ist es eine offene Liste.

Warum Consultingbereich ist mir nicht klar?

Warum hier nur mittel- und südosteuropäischer Raum? Wo ist der Schwarzmeerraum, etc.? Es gibt mehrere Zukunftsmärkte.

Nicht immer mehr vom Gleichen ausgehen, sondern Zukunftsmärkte fördern – Wachstum zahlt sich aus, wir haben viele spinn-off's aber die sind noch nicht die Hightech-Betriebe

Wo haben wir ein Potential? Wo sind die größten Wachstumschancen und wie festigen wir Wettbewerbsfähigkeit? ...unabhängig von den Branchen

Nicht formales und informelles Lernen wird immer stärker im schulischen System und außerhalb des schulischen Systems, wie unterschiedliche Programme für die Jugend. Die gilt auch im Bereich der neuen Technologien.

Das Kapitel ist sehr inkonsistent. Integration kommt hier nicht vor – **Infrastruktur, Kommunikations- und Informations-Infrastruktur** fehlen. Was ist mit der Internationalisierung Österreichs als Wirtschafts- und Vernetzungsplattform.

Die Alterungsthematik gibt es noch. Aber auch beschränkte öffentliche Mittel. Die **Integration** sollte hier als Potential angeführt werden.

Auf welcher Ebene formuliert man die Herausforderungen? – abstrakt, und dann auf die sektoralen Herausforderungen herunter brechen...

Zur Energie – Es wird keine grundlegenden Umstellungen geben, sondern eine Fortsetzung. Wir können hier sehr stolz auf unsere Energiepolitik sein. Hier sollten wir die positiven Effekte aufzeigen.

Farbcode:

BMWfJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

S.30 oben :

.... wesentlicher Bereich wurde dabei im internationalen Vergleich weniger günstig entwickelt:
Der Energieverbrauch ist sowohl in Hinblick auf die Erreichung der Kyoto-Ziele als auch in Hinblick auf die Außenabhängigkeit und damit verbundene ökonomische Risiken (Preissprünge, Handelsbilanz, Einkommenseffekte) kaum verbessert worden.

Das stimmt nicht!

Zur Wortwahl - Es ist sehr passiv formuliert, „fehlend, schwächend ...“, man **sollte es aktiver formulieren**, um das Entwicklungspotential zu finden.

Die Frage ist, wo kann man was entwickeln und unterstützt es auch mit Förderung und Infrastruktur und wo nicht? Z.B. wenn es 5 Feuerwehrautos in einer Gemeinde gibt, aber keinen Fahrer.

Das ist ein wichtiger Punkt auch bei der Verkehrsinfrastruktur.

Die Zusammenschau von regionalen Entwicklungsmöglichkeiten, über Gemeinden hinauszuschauen, sektorales Zusammenfassen -> Hier wären regional zusammengeführte Räume hilfreich für die Infrastruktur, für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit. Ansonsten sind die Gemeinden überfordert.

Es fehlt mir ein Punkt: Warum sagt man nicht in welchen Landesteilen ... erst dann kann man beurteilen, wo Handlungsbedarf besteht und welcher Handlungsbedarf steht. Zentren sind nicht erreichbar bzw. erreichbare Zentren sind sehr schwach ... **das ist ein wenig zu abstrakt, man könnte durchaus konkreter werden.**

Man muss auch die Mittel, die zur Verfügung stehen berücksichtigen, um hier was zu tun.

Als Nichtexperte ist es sehr schwer für mich, mir vorzustellen was das heißt (Die Boxen sind sehr hilfreich, dann bekommt man eine Idee, was es konkret heißt!).

Die Bedeutung der regionalen Investitionen fehlt mir hier. Was bedeutet es, wenn die Gemeinden etc. ihre Modernisierungen und Investitionen zurückschrauben? -> Eine Kooperation der Gemeinden ist notwendig. Das wird eine große Herausforderung in diesem Bereich sein.

Ich vermisse ein wenig die Regionen, die an den Grenzen liegen (z.B. das Innviertel), die sich mehr in Richtung Deutschland orientieren (z.B. die deutsche Rettung ist hier schneller).

Inwieweit sind den die Interessensgruppen berücksichtigt und involviert gewesen? Hat man hier mit den Gruppen schon Kontakt aufgenommen? Mir fällt auf, dass wir sehr unwissend sind über die wechselseitigen Erfordernisse. Was sind die Anforderungen eines Unternehmens? Das wird oft nicht verstanden. Z.B. bei BILLA achten wir sehr darauf, was die Kunden wollen. Mit den Interessenskonflikten sind wir tagtäglich konfrontiert – zwischen der Behörde und den Kunden. Z.B. Tiefgaragen, Marktplätze... Tiefgaragen werden von Kunden nicht angenommen. Ein gezielter Austausch würde uns vielleicht weiterhelfen. Es sollte einfacher werden, dann können wir es auch annehmen.

Das Handlungsprogramm ist für mich kein Handlungsprogramm. Ich sehe es eher

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

unsystematisch. Wir bräuchten eine andere Gliederung in diesem Papier. **Eine auf die Zielgruppen abgerichtete Gliederung des Kapitels.** Hier tun wir uns nur sehr schwer, die Diskussion zu führen.

Als erste Einschätzung stimme ich im Wesentlichen zu. Aber angesichts der aktuellen Entwicklung ist das nicht weit genug in die Zukunft gegriffen:

Die grundsätzliche Ressourcenknappheit ist einerseits als Herausforderung und gleichzeitig als Chance zu sehen. Die räumlichen Entwicklungstendenzen einerseits der Agglomeration versus der Regionen, die Probleme in Entwicklung haben, sind ein Punkt. Als nächster Punkt kommen die Netzwerke (F & E)...

Die 4 Elemente - Unternehmen, Ressourcen, Einrichtungen, Netzwerke - korrelieren eng miteinander. Das kommt hier deutlich zu kurz.

Eine Frage zu den Standortanforderungen: Stärker Diversifizieren mit welchen Qualitäten? Es gibt eine große Möglichkeit für die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen, obwohl internationale Vernetzung wichtig ist. Was aber, wenn die internationale Vernetzung über Nacht nicht funktioniert? Wo und Was wird produziert und benötigt?

Innovation generell ist nicht ausreichend. Zu viel wird heute „Innovation“ genannt. Man muss die Standortfaktoren, die Ausbildungen, etc. – die gesamte Wirkungskette nutzen. Es benötigt ein neues Nachdenken.

Die Punkte sind in Ordnung. Die größte längerfristige Herausforderung ist aber anders. Die Überschrift ist hier falsch.

Das Örek in 10Jahres Zyklen, das ist ein zu kurzer Zeitraum.

Es fehlt wie vorhin gesagt der Paradigmenwechsel. Wir schreiben nur eine Linie fort. Die Finanzkrise hat etwas ausgelöst... Wie das zu lösen ist weiß man nicht.

Die Strukturbeschreibungen sind generell ok, aber was ist mit dem Wandel? Es gibt keinen linearen Trend mehr. Die zweite große Herausforderung ist der demographische Wandel!

Durch die aktuelle Situation sind wir nun mit der Währung gefordert! Das geschriebene ist zu kurz gegriffen.

z. B. In OÖ - Hier gibt es einige kleine Start Ups im Bereich „Smart Plastics“ mit Potential. Was wir brauchen ist Querdenken!

Hier stehen die Punkte wie eine ausschöpfende Aufzählung, das ist aber nicht alles. Es braucht ein Weitergehen oder offenere Formulierungen, z. B. Gibt es wichtigere oder zukunftsreichere Branchen als die notierten.

Die Entscheidungen der EZB haben auch Auswirkungen auf die Regionalpolitik. Kompetenzen, die verteilt werden, sollte man reinbringen.

-> Mehr Europa und mehr Regionalität!

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

3

ÖROK-Gst.-orange

Die Netzwerkstruktur ist wichtig aber überholt.

Was ist wenn der „Hahn“ zuge dreht ist? D.h. für die Rohstoffverknappung braucht es Konzepte im Sinne der Nachhaltigkeit.

Die Wirtschaftsstruktur ist in den Bundesländern unterschiedlich. **Warum gibt es diese Beispiele (Automotive, Banken,...)?** Ich würde diese Beispiele streichen.

Der **Tourismus wäre genauso wichtig. Umwelt- und Energietechnologie** wären ebenso wichtig in einer Aufzählung.

Ich verweise auf Innovatives Intelligentes Wachstum entkoppelt vom Ressourcenverbrauch im **Strategiepapier „EU 2020“** – Das BIP ist ein wenig aussagekräftiger Wert, der tw. stark kritisiert wird.

Ich hätte hier gerne das **Thema Bildung und Ausbildung** erwähnt.

Zu Umwelt- und Energietechnik –

Für die **strategische Ausrichtung eines Landes ist dies zu wenig**. Man begibt sich in neue Abhängigkeiten. Es braucht einen gesunden Mix. Die Auswahl der Industrie sollte man dem Wettbewerb überlassen. Humankapital ist ausschlaggebend. Das wäre auch ein „Rohstoff“.

Der wichtige Rohstoff ist auch Wasserkraft (in Tirol).

Die Wirtschaft sollte mit der Forschung verflochten sein. Sinnvolle Arbeitsplätze mit entsprechender Entlohnung.

Generell kommt der ländliche Raum im Papier zu kurz, vor allem in einer längerfristigen Raumordnungsstrategie!

Die **Verkehrsinfrastruktur ist als Wettbewerbsfaktor sehr wichtig!** Ich denke mir man müsste schauen, um das zu erhalten, was schon da ist aus finanziellen Gründen. Ich frage mich woher das Budget kommt?

S. 30 Absatz 3: ...das ist aus meiner Sicht nicht wirklich realistisch.

Man sollte die demografische Entwicklung mit einbeziehen, das **ganze integrativer sehen!**

Was sind smarte und sichere Energieversorgungssysteme?

Warum werden Sachen hervorgehoben und andere nicht? Z. B. erster Absatz Banken-, Consulting-, etc. Sind das wirklich aus österreichischer Sicht die wettbewerbsfähigen Sektoren der Zukunft? **Das ist nicht nachvollziehbar.**

Für mich sind das **zu viele Worthülsen. Wo soll sich hier die Raumordnung positionieren? Was soll in ein ÖREK?** Das ÖREK ist kein Wirtschaftsprogramm. Es geht alles in dieselbe Richtung und es haben alle Länder dasselbe Problem. Die Wirtschaftsprogramme sind immer dieselben.

In einem Programm Wirtschaftliche Entwicklung sollten sehr viele mitarbeiten! Diese

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Entscheidungen sollten von vielen getroffen werden.

Landwirtschaft und Tourismus ist in vielen Regionen in Österreich sehr wichtig! Ein Hinweis in der Einleitung wäre hilfreich.

Ich möchte das verstärken. Diese Wirtschaftszweige sind sehr groß in Österreich. Manche Regionen haben keine Alternative! Z. B. Kärnten – das trifft nicht zu!

Was ist ein „wissensbasierter Standort“?

Sollte man nicht auf die anderen Ressorts zu verweisen? Das sollte **integrativer betrachtet** werden. In diesem Kapitel sollte man anders vorgehen: **wirtschaftliche Strategien auf Notwendigkeiten der Raumordnung zu durchforsten und nicht anders rum.**

Aus Sicht der Raumordnung möchte ich das unterstreichen! Die **Fokussierung auf den Raum geht hier unter**. Ist das Kapitel für ein ÖREK überhaupt das richtige? **Wo soll und kann die Raumordnung einen Beitrag leisten bei diesem Thema?** Das ist die zentrale Frage für mich.

Zu Punkt 1: **Die Bereiche sind etwas willkürlich gewählt**, v. a. Automotiver Bereich in der aktuellen Situation passt nicht. „Mit hohem regionalen Wertschöpfungsanteil“ müsste reichen.

Dem möchte ich zustimmen.

Mir geht das Thema Technologie, **F & E & I ab. Es fehlt auch der Umgang mit Wissensgesellschaft.**

Zu Punkt 3: ...Schulen - Das würde ich weiter fassen und den Begriff Qualifizierung bzw. Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen verwenden.

Das möchte ich unterstreichen.

Zu Punkt 2: Ja. Aber wir glauben immer noch, wir sind das Zentrum für Mittel- und Osteuropa. Das wird schwierig in Zukunft (Bsp. Flughafen Wien) und Auswirkungen auf die Raumentwicklung in Österreich haben. Daran müsste man arbeiten! Top Standorte definieren in Europa/im globalen Kontext und mit Inhalten belegen.

Ich möchte das eben gesagte unterstreichen. Z. B. SLO, PO, etc. bemühen sich schon stark um die Westbalkanländer...

Hypo Alpe-Adria -> die beteiligten Länder sollten reflektiert werden. Der Donauroum ist sehr weit definiert – zu weit? Die Zuwanderung aus Südosteuropa wird zusätzliche Bedeutung bekommen. - > Aus Niederösterreichischer Sicht, aber auch in Wien und dem Burgenland soll man die besonderen Stärken hinterfragen und nutzen.

Zu Punkt 4: Das ist zu sehr auf Klimawandel ausgerichtet. Das ist zu eng formuliert. Auch sollten angeführt werden: regionale Wertschöpfung und der Mensch als Kapital.

S. 31 - Punkt 1: ...städt. Agglomerationsraum vs. Steuerungsdefizite im Inneren - Der einzelne Akteur sieht das nicht ein. Man sieht den eigenen Vorteil. -> Es fehlen Anreizsysteme, die dem entgegenreten.

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

5

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Automotiver Bereich – Warum ist der erwähnt?</p> <p>Was ist städtischer Agglomerationsraum? – In Zukunft sind kritische Größen und Anbindungen wesentlich. „städtisch“ soll man weglassen.</p> <p>Für mich sind das zentrale verdichtete Siedlungsstrukturen mit bestimmter Größe. Das ÖREK sollte diese hochrangigen Potentialräume ermitteln!</p> <p>Die Agglomerationsräume sind auch eine Herausforderung für den Bund. Er sollte sich stärker daran beteiligen.</p> <p>Zu Punkt 2 & 3: Das ist etwas im Widerspruch. Gerade der Strukturwandel ist verantwortlich für die Entvölkerung gewisser Regionen.</p> <p>Strukturwandel kann man aktiv oder passiv verstehen.</p> <p>Da gibt es eine negative Konnotation. Nicht alles außerhalb muss benachteiligt sein. Es gibt Ergänzungsfunktionen und andere Attraktivitäten.</p>	
--	--

Syntheseblock Herausforderungen	
--	--

<ul style="list-style-type: none"> • Auswahl Schwerpunkte nicht nachvollziehbar – Orientierung an sektoralen Strategien wäre bei diesem Kapitel wichtig (Lissabon Strategie, Europa 2020, nationale Strategien): wirtschaftliche Strategien auf Notwendigkeiten der Raumordnung prüfen und Schlüsse für das ÖREK ableiten • Wo kann und soll die Raumordnung in diesem Bereich einen Beitrag leisten? • Innovation und Neuheitswert? • Inkonsistenzen • zu abstrakte Formulierungen („Worthülsen“, „Modewörter“), konkreter werden, Boxen helfen zum Verständnis • Bereiche Verkehrsinfrastruktur (als Wettbewerbsfaktor), Kommunikation, Bildung (Qualifikation, Wissensgesellschaft), Integration (Potenziale), Landwirtschaft, Tourismus – sollten hier beachtet werden, integrativere Betrachtung 	
---	--

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Wirtschaftliche Entwicklung – Maßnahmen	
Zu 2.3 Handlungsfeld Regionale Innovationspolitik, Beschäftigungswachstum und Qualifizierung	
<i>Zu 2.3.1 Maßnahmen Regionale Wissensbasis und Innovation (2 MGr)</i>	
<p>Zur Maßnahme 1 - In vielen Bereichen ist sie nicht relevant, weil die Spieler nicht da sind.</p> <p>Ich kann mir kein Lebensmittelcluster vorstellen.</p> <p>Cluster sind künstliche Inseln, die Entwicklung folgt natürlich. Viele sind schon in Konkurs gegangen.</p> <p>Es gibt natürlich schon auch positive Beispiele (in der Produktion).</p> <p>Zu Maßnahmengruppe 2 - Was versteht man darunter? Kann ein Regionalmanager ein „Wunderwuzi“ sein?</p> <p>Es gibt vorhandenes hohes innovatives Potential, das zu unterstützen und zu fördern ist. Es müssen endogene Potentiale sein, die wirtschaftsnahe unterstützt werden.</p> <p>Das klingt alles sehr gut, aber wenn man in einer schwachen Region ist, dann ist es schwierig.</p> <p>Das passiert ja gerade, bis zu 2/3 gehen in die Kooperation in Wirtschaft und Wissenschaft.</p> <p>Ok. Das ist relevant und weiter zu betreiben.</p> <p>Bei den Impulszentren gibt es ein neues Konzept und es wird weitergeführt, aber das sind homöopathische Mittel. Die sollen erhöht werden.</p> <p>Die FTI-Strategie soll auch in andere Bereiche getragen werden.</p> <p>Wer sind die Träger der Innovation? Es ist der innovative Mensch, der dann aktiv wird und einiges aufbaut. Diese Personen sind zu finden und zu unterstützen.</p> <p>Das sind oft eher rare und seltene Situationen.</p> <p>Generell ist das Wording zu überdenken: Ich lese es überwiegend so, als würde alles neu gemacht werden. Ausgangspunkt muss der Bestand sein, auch für die regionale Entwicklung und Politikbereiche. Die Weiterentwicklung des Bestandes muss im Vordergrund stehen, auch die Ideen der Sektorenpolitik, auch Finanzmittel.</p> <p>Es gibt ein dichtes Netz von Innovationszentren in Österreich. Es gibt aber große Unterschiede in den Bundesländern.</p> <p>Schwerpunkte sollten Potentialräume und das regionale Innovationsmanagement sein.</p> <p>Was ist ein hochrangiger Potenzialraum? - Das sagt nichts aus? Diese Definition haben wir nicht?</p>	

Farbcode:
 BMWFJ – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Die Punkte sind generell richtig aber zu wenig im Sinne der Diskussion bei den Herausforderungen. Der Anspruch muss ein anderer sei. Hier ist nur ein Bruchteil dabei (siehe Paradigmenwechsel).

Hier ist nichts Neues dabei. Man muss radikaler denken.

Die Herausforderungen sind „Hülsen“ – **Wie soll man die Hülsen füllen? Umsetzungsorientierung fehlt.**

Alles was mit Wissen zusammenhängt wird nicht erwähnt (aber man spricht von Regionaler Wissensbasis). Wissen ist nur auf Cluster/Potentialräume/Netzwerke bezogen.

Junge Menschen und die Ausbildung sind die Herausforderung!

Wie passiert Lernen in Zukunft in der Schule?

In Unternehmen ist das auch der Fall: Viel Innovationskraft geht verloren, da die Kommunikation leidet. Man sitzt zu viel nur vor dem PC. Das ist viel zu virtuell. Einige Dinge werden nicht mehr begriffen.

Was ist hier gemeint? **Was ist unter Potenzialräumen gemeint?** Wie will man diese erheben?

Das ist eher eine Bestandsaufnahme. Der letzte Punkt MGr2 besteht seit Jahren durch diverse Bundes- und Landesprogramme.

Es ist wichtig die Innovationszentren zu verstärken. Die Bildung regionaler Schwerpunkte ist gefährlich – **ein gesunder Mix sollte angestrebt werden** (Einseitigkeit!). Das ist im Sinne des Kooperationsgedankens gegenläufig.

Zu spezifische Cluster (Konzentration) können die Entwicklung von „zarten Pflänzchen“ in anderen Bereichen verhindern.

Zu Punkt 6 (Mgr2)

Hier gehören die Unternehmen mit aufgenommen bzw. auch Universitäre Einrichtungen/Fachhochschulen und Interessensvertretungen.

Eine Clusterung innerhalb einer Region ist aus meiner Sicht nicht möglich („künstliche Schwerpunktsetzung“). Durch Schwerpunktlegung könnte man eine Entwicklung in der Region in einem anderen Bereich verhindern.

Die Impulszentren sollten nicht nur gebäudebezogen sein.

Wer hat diese Regionalen Innovationsagenturen eingerichtet? Gibt es die flächendeckend?

Damit sind alle Akteure die in den Regionen entwicklerisch tätig sind gemeint.

Ich kann mit dem nicht viel anfangen: Was sind Innovationsmanagements? Diese Punkte die hier angeführt werden gibt es größtenteils bereits. **Das ist mir zu schwammig. Ich kann damit eigentlich nichts anfangen.**

Ich sehe in der MGr 1 nicht wirklich Maßnahmen, die für mich brauchbar sind...so wie das

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

8

ÖROK-Gst.-orange

formuliert ist.

Tourismus, Lebensmittel,...Cluster in Zukunft für die Steiermark? Das gibt es bereits alles schon!

Das ist nichts neues.

Was ist die Aufgabe eines Örek? Was sind wirtschaftspolitische Aspekte? – Hier fehlt der Zusammenhang. Ich verstehe z. Teil auch nicht was gemeint ist. Ich verstehe die Aufgabenstellung dieses Kapitels im Örek noch nicht. Das ist zu langatmig und trifft den Kern der Sache nicht.

Aus dem Einleitungssatz erkenne ich irgendwie worum es geht, aber... **Es ist in Summe zu langatmig.** Das müsste man auf die wesentlichen Dinge konzentrieren. Die konkreten Maßnahmen finde ich nicht.

Ich sehe 3 Gebiete:

- Schaffung von neuen wirtschaftlichen Gebieten
- Schutz von bestehenden Industrie- und Gewerbegebieten
- Umgestaltung und Sicherung alter Industriegebiete

-> Das bedarf verschiedener Maßnahmen! Das ist wichtig für den Zusammenhang Raumordnung und Wirtschaft.

Statt Schulen sollten Bildungseinrichtungen angeführt sein.

Zu MGr. 1 – Punkt 3 -

Es fehlen die Dienstleistungen. Es gibt auch Dienstleistungs-Innovationen.

Mir gefällt das sehr gut. Innovationen und Unternehmensgruppen unterstützen auch in MGr. 2.

Mir fehlt eine MGr. „Regionale Kooperation“ – die Entwicklung von regionalen Governance Modellen. Maßnahmen die aus regionalen Kooperationsprozessen hervorgehen wie z. B. Förderungen fehlen mir.

Bei der Potentialsuche sollte man auf bestehendes aufbauen. Z. B. LEADER – Regionen haben sich schon in Vergangenheit um Schwerpunkte bemüht.

Österreichische Politik und EU: Das Wissen an Schulen bezüglich EU und überregionale Zusammenhänge ist sehr wenig entwickelt. Die EU wird eher als schlecht gesehen. Junge Leute sollten ihren Kontext – Wissen, Gesellschaft, Wirtschaft, Sozial – mehr kennen! Aus- und Fortbildungseinrichtungen sollen dies mehr bewusst machen.

Zu MGr. 2 - Punkt 2 -

Mir ist nicht klar, was gemeint ist. Vom Mostviertler Kipferl bis hin zur Niederösterreichischen Technologiepolitik ...?

Zu Punkt 5 -

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

<p>„Schule“ sollte man durch „Bildung“ ersetzen.</p> <p>KMUs unterstützen, das soll kein Ausschluss von größeren Unternehmen sein. Das wäre zu eng, wenn das nur ausschließlich gemeint ist.</p> <p>Maßnahmen innerhalb bestehender und akzeptierter Strukturen und nicht zusätzliche Strukturen schaffen!</p>	
---	--

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Wirtschaftliche Entwicklung – Maßnahmen	
Zu 2.3 Handlungsfeld Regionale Innovationspolitik, Beschäftigungswachstum und Qualifizierung	
<i>Zu 2.3.2 Maßnahmen Beschäftigungswachstum und Qualifizierung (1 MGr)</i>	
<p>Nachscharfen in der Diktion Träger: hier müsste man das AMS und die Bildungsinstitutionen hereinnehmen und was die tun müssten. ... die Entwicklung müsste gemeinsam erfolgen.</p> <p>Widerspricht das hier dem Grundsatz von mehr Mobilität im Weiterbildungswesen? Z.B. im Ausland, nicht nur regional zu sehen? Ich sehe es als Chance.</p> <p>Was sind die Probleme der Qualifikation – Basisqualifikation ist die Sprache, bessere Ausbildung der Lehrer z.B. im technologischen Bereich, im Gesundheitsbereich.</p> <p>Alles gut, aber es geht nicht zum Kern.</p> <p>Das ist ein absolutes Kriterium für eine Region. Wo ist das Problem bei den KMU's? Hier muss man mit allen Institutionen arbeiten, man muss beim Betroffenen ansetzen.</p> <p>Ich habe eine Generelle Anmerkung: Forschungsprojekte auf der Universität werden oft bezahlt. Warum forschen Universitäten was für die „Praxis“ das Beste ist?</p> <p>Alles was notiert ist, stimmt und passt. Aufgrund der demographischen Entwicklung sehe ich Schwächen in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund. Hier ist eine schlechtere Bildung vorhanden. Den Zugang zu Bildung/Qualifikation sollte man einbringen.</p> <p>Die Ausbildung ist abhängig von der jeweiligen Generation der MigrantInnen.</p> <p>Brauche ich für die Zukunft mehr Zuwanderung? Ist Fachkräftepotential vorhanden oder benötigt man welches?</p> <p>Ich sehe den Mehrwert dieser Maßnahmen nicht. Das ist mir zu wenig.</p> <p>Die Kapitel des PIP sind sehr unterschiedlich: Das Kapitel Verkehr sehr konkret, auch das Kapitel Bevölkerung. Hier sind zu viele „Hülsen“. Wo ist die Umsetzung? Ich weiß es ist schwierig, aber noch ist das für mich nicht befriedigend.</p> <p>Zum Importieren von Fachkräften – Wenn wir Bildungsferne Schichten „importieren“, besteht die Gefahr von Arbeitslosigkeit.</p> <p>Im Tourismus ist das aber schwierig, weil Saisonkräfte benötigt werden.</p> <p>Es gibt große Unterschiede zwischen Salzburg und Oberösterreich: Salzburg hat großen Dienstleistungsbereich während Oberösterreich mehr Industrie & Gewerbe hat.</p> <p>z. B. gibt es Bemühungen eine Wirtschaft im Kremstal zu etablieren, Zusammenschlüsse zu etablieren.</p>	

Farbcode:
 BMWFJ – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Es ist wichtig, dass im Paper auch Themen wie „Nachhaltigkeit“ erwähnt und bearbeitet werden. Wie wird sichergestellt, dass die Herausforderungen (Wirtschaftliche Entwicklung) auch bei Verknappung von Ressourcen sichergestellt sind?

„Grundsätze der politischen Gestaltung“ – diesem Anspruch wird das nicht gerecht.

Das ist nichts Neues. Das ist „work in progress“. Wenn, dann wäre an der Motivation der Leute zu arbeiten.

Verweis auf Strategiepapier „EU 2020“: Die Bildung muss gewährleistet sein. Qualifikationen sind das Potenzial, das wichtig ist. Die Qualität und die Art der Abschlüsse zählen.

Höherqualifizierung führt nicht immer zu einem Beschäftigungswachstum. Die Qualifizierung muss dem Branchenmix entsprechen. Höherqualifizierung im ländlichen Raum kann zum Auspendeln aus der Region führen.

Es muss aber nicht jede Ausbildung in der Region angeboten werden. Die Raumordnung soll die bestehenden Chancen ausnützen.

Der Mensch muss seinen berechtigten Platz haben. Er soll nicht nur der Wirtschaft dienen, die Wirtschaft soll dem Menschen dienen! Ziel wären sinnerfüllende Arbeitsplätze für Menschen aller Bildungsschichten in den Regionen.

Das räumliche Ungleichgewicht ist Faktum! Verhindern ist hier der falsche Ausdruck.

Ich sehe Widersprüche: Potentialraum ... **Das setzt sich fort. Räume werden differenziert und dann wird wieder über alles drübergefahren.** Entweder man möchte konzentrieren oder mit dem Gießkannenprinzip arbeiten. Beides ist ungläubwürdig.

Es geht auch darum **bestehendes halten zu können.** Das fehlt mir total!

Das steht im letzten Punkt: Impulse für KMUs – hier geht es um Bestehendes! Das ist wichtig! Man soll sie unterstützen nicht abzusieden! Die Stärke des Raumes machen die Unternehmen aus. vor allem in peripheren Räumen unterstütze ich den Kernbereich der Innovation.

Diese Förderungsprogramme gibt es im Land Steiermark und in Kärnten.

Zu Punkt 2 -

Was bedeutet „regional differenziert“?

Insgesamt kommt es oft zu Wiederholungen. Es ist teilweise sehr allgemein. Die Maßnahmen gehören konkretisiert!

Das ist die Gefahr, dass es verwässert wird. Ich kann mich teilweise schon mit Punkten identifizieren.

Die KMUs sind die „Kinder der Wirtschaftspolitik“ – das kann man sich ersparen. Über 150 Mitarbeiter – diese Unternehmen brauchen keinen regionalen Innovationsmanager mehr.

Es ist wichtig dass KMU angesprochen ist. Darauf muss man sich konzentrieren. Da gehören auch

Farbcode:

BMWfJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

12

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Kleine dazu.</p> <p>Auch größere Industriebetriebe sind auch wichtig für die Region (Outsourcing, etc). Die KMUs profitieren auch sehr davon.</p> <p>Regionale Wertschöpfungsketten sind zu fördern!</p> <p>„Lernende Regionen“ im ländlichen Raum gibt es bereits in Niederösterreich.</p> <p>Zu Punkt 3 -</p> <p>... durch dezentrale Angebote in entsprechender Infrastruktur: Im Zeitalter des e-learning brauche ich keine gebaute Infrastruktur.</p> <p>Hier muss man aufpassen. Nicht alles wird dezentral in Regionen kommen. Blended-Learning = Mischung aus face-to-face und e-learning -> Das wird die Zukunft sein. D.h. Im Tertiärbereich wird nicht noch mehr in Regionen gegangen. Das ist auch nicht notwendig (mit Gebäuden).</p> <p>Zu Punkt 4 -</p> <p>Innovationsorientierter Fokus freut mich. Auch strategische Unternehmensentwicklung wäre sicher ein Punkt. Die Zielgruppen bestehender Aktionen müssen erweitert werden, wenn KMUs mit einbezogen werden.</p> <p>Unternehmensgründungen würden auch Beschäftigungswachstum fördern. -> neue Anreize!</p> <p>Ich möchte das auf Unternehmen mit Wachstumspotential einschränken in Bezug auf neue Anreize.</p> <p>Es gibt immer bildungsferne Schichten, die kaum zu mobilisieren sind, bei aller Dezentralisierung.</p> <p>In der EU 2020 Strategie ist der Punkt Schulabbrecher bei geringer Qualifikation ein Schwerpunkt. Intensive Maßnahmen sind notwendig, diese Quote erheblich zu verringern. Hier gibt es ein konkretes quantitatives Ziel.</p> <p>z. B. NaWi Fächer an der Uni Wien -> Abgänger ca. 50% Frauen; Jahre später findet man die nicht mehr. -> Es gibt eine „gläserne Decke“, Frauen kommen nicht in Führungspositionen, sind nicht mehr in den Arbeitsprozess integriert. Dieser Aspekt - gut ausgebildete Frauen wieder in den Arbeitsprozess zu holen - fehlt mir hier.</p>	
---	--

Farbcode:

BMWfJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

13

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Wirtschaftliche Entwicklung – Maßnahmen	
Zu 2.4 Handlungsfeld endogene Regionale Potenziale	
<i>Zu 2.4.1 Maßnahmen im Handlungsfeld endogene regionale Potenziale (4 MGr)</i>	
<p>Mir fehlt ein wenig das Thema Partizipation. Hier wird sehr viel auf die regionale Ebene gesetzt. Kommunale Jugendpolitik heißt Partizipation zu ermöglichen.</p> <p>Regionsthema hat große Relevanz. Ich sehe das als Knackpunkt überhaupt, das ÖREK gibt eine Stoßrichtung vor: Wo was passieren kann ist in der Region und Gemeinde, dafür braucht es noch einen Leitfaden, damit die Akteure agieren können. Es muss für die Gemeinden benutzerfreundlicher aufbereitet werden.</p> <p>Mir fehlt im ganzen Papier der Bezug zu den Thema Barrierefreiheit: Das müsste aus meiner Sicht hier vorkommen. Auch hier gibt es ein Potential in wirtschaftlicher Hinsicht.</p> <p>Das ist generell relevant, ich finde nur schwer umsetzbar, was hier steht. Was tut man dann wirklich? Ich sehe es als Sammelsurium ... keine Innovation.</p> <p>Endogene – strategische Betriebsansiedelung sollte jedenfalls irgendwo erwähnt werden.</p> <p>Zu Maßnahmengruppe 4:</p> <p>Das ist schon existent. Kammern und Berufsverbände machen das.</p> <p>Finanzierungsinstrumente sind nicht notwendig, hier ist alles zugänglich und offen.</p> <p>Das Problem ist, das Migranten aufgeklärt werden müssen.</p> <p>Vorschule und Volksschule müsste der Anfangspunkt für Entrepreneurship sein.</p> <p>Zu Maßnahmen Gruppe 3 -</p> <p>Das ist ein sehr wesentlicher Aspekt. Ich sehe immer einen räumlichen Bezug. Das ist genau in den Zentralräumen relevant. Kooperation sollte nicht nur im ländlichen Raum sein. Das könnte den Gesamttraum geschwächt haben in Oberösterreich.</p> <p>Sollte man das so offensiv vertreten? – das überlasse ich der Politik.</p> <p>Zu Maßnahmen Gruppe 1 -</p> <p>Regionsbezogene Businesspläne sind theoretisch spannend, in der Praxis aber schwierig. Sie werden zu wenig ernst genommen, als dass sie wirklich Relevanz für die Umsetzung hätten.</p> <p>Es gibt Leitbilder in den Ländern. Diese sind aber viel zu sehr Theorie. Andere politische Themen die sich nicht an den Leitbildern orientieren sind zu vorrangig.</p> <p>Markt- und Nachfrageorientiert muss es sein, sodass es gelebt wird bzw. eine hohe</p>	

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

14

ÖROK-Gst.-orange

Umsetzungsrate hat.

Nicht top- down sondern bottom-up: Lokale AkteurInnen mit einbinden!

Eine Entlastung der regionalen AkteurInnen wünsche ich mir, eine Konzentration auf das Wesentliche.

Zu Maßnahmen Gruppe 2 -

Schaffung sektorübergreifender „Win-Win Situationen“; wachsende Rohstoffe, die für die Region nutzbar gemacht werden, anführen. Synergien und endogenes Potenzial nutzen.

Gerade bei den regionalen Wertschöpfungsketten bin ich skeptisch. „Die Welt ist größer“.

Wir müssen regionale Ressourcen in die Globalisierung einbauen, um damit Wertschöpfung zu erzielen.

Ich glaube der Weltmarkt ist zu groß. Die fortschreitende weltweite Arbeitsteilung wird wieder „gesund schrumpfen“, dann benötigt es erst recht regionale Wertschöpfungsketten.

...Ich meine die lokale Käsespezialität sollte globaler vermarktet werden, nicht nur für die Menschen in der Region... Es fehlt dafür die Vorstellungskraft.

Man muss die importierten Produkte richtig und fair bewerten. Der Markt bezieht immer alle Kosten mit ein. Momentan haben wir nur einen kostenverzerrten Markt (Stichwort China). Wenn der Markt reguliert ist, dann erst gibt es einen echten Markt und faire Preise.

Zur Förderung multifunktionaler Landwirtschaft – Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist wichtig. Sie hat auch Ansprüche an den Raum und soll sich nicht zu „lieblich“ präsentieren. Die Landwirtschaft könnte sich auch in größeren Strukturen präsentieren.

Eine Präzisierung von gewissen Landwirtschaftsförderungen, die sektorübergreifend eingesetzt werden, wäre gut.

Zu Maßnahmen Gruppe 4 –

Was ist mit der Einrichtung von regionalen Jobbörsen gemeint? Es gibt bereits das AMS... Es soll keine Ressourcenverschwendung vorherrschen.

Was heißt „Förderung von Bildungseinrichtungen“?

Die **Terminologie dieses Textes ist anders als in der Raumordnung gewohnt**. Warum ist das so? z. B. **Raumbezogene Businesspläne - Was ist das?** Das heißt für mich Zugang zu Geld oder auch nicht. Das würde ich der Raumplanung nicht zu sehr aufbürden.

Mir gefällt die MGr 1 gut. Ich sehe das positiv.

Gute Infrastruktur ist eine Voraussetzung für Kommunen. Fehlende Infrastrukturen sind ein Problem. Grundsätzliche Infrastrukturen sollten vorhanden sein.

Zu MGr 2 –

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

15

ÖROK-Gst.-orange

Die **Schaffung innovativer Tourismusdienstleistung** würde ich hier sehen. **Innovation muss nicht immer einen technischen Hintergrund haben.**

Dem Begriff multifunktionelle Landwirtschaft möchte ich den Begriff **multifunktionale Landwirtschaft** gegenüberstellen.

Bei Förderung landwirtschaftlicher Produktion bin ich etwas skeptisch.

Die **Landwirtschaft sollte breiter gesehen werden.** Die Landwirtschaft ist ein hochwertiger Produzent von hochwertigen Lebensmitteln. Das könnte ein Exportfaktor sein.

Es ist gut, dass die Landwirtschaft als Teil der Wirtschaft gesehen wird und hier erwähnt ist. Auch Energie kann aus der Landwirtschaft kommen.

Die Zusammenlegung von Gemeinden ist kontraproduktiv!

Zu MGr3 -

Bündelung kommunaler Aktivitäten: Ich möchte davor warnen (Stichwort Post) – vor allem im ländlichen Raum.

Durch Zusammenlegungen geht viel Sozialkapital verloren.

Zu MGr4 -

Punkt 1 - Die Formulierung sollte allgemeiner gehalten sein. Es sollte für alle gelten, nicht nur für 1 spezielle Zielgruppe.

Warum ist Integration nicht eine eigene Maßnahmengruppe?

Zu MGr 1 -

Aus wirtschaftlicher Sicht kann ich damit nicht viel anfangen. Es ist zu allgemein formuliert. **„Worthülsen“**

Es ist wie aus dem Lehrbuch.

In der Einleitung gibt es Beispiele für Regionsthemen. Soll das der ländliche Raum in ganz Österreich sein? Die Gewinner sind wieder die Zentren, wenn in allen Regionen in Österreich dasselbe gemacht wird. Das führt zu einem Wettkampf peripherer Regionen.

Ein Bergbauer ist für mich sowieso umweltgerecht!

Zu MGr2 -

Die Aufrechterhaltung von Siedlungsgebieten in benachteiligten Gebieten wird schwierig.

Wie kann man die restlichen Bewohner noch unterstützen, damit sie nicht abwandern?

Das wird nur so in strategische Papiere geschrieben.

z. B. Studie über Eisenerz: Das ist Vernichtung eines Volksvermögens, diese Gebiete künstlich am

Farbcode:

BMWfJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

16

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Leben zu halten.</p> <p>Hier hat man es nicht verstanden die Tourismusschiene aufzubauen. Man hat verabsäumt auf eine andere Schiene umzusatteln in Eisenerz, etc. Da gibt es in der Steiermark Beispiele.</p> <p>Die Aufrechterhaltung der Bevölkerung war nur durch Bergbau gegeben.</p> <p>Nicht alles hängt von Industrietourismus ab! Es muss nicht immer alles neu sein.</p> <p>Hier vermisse ich den roten Faden: Hier ist nur der Tourismus angeführt.</p> <p>Ist in AT die Abwanderung wirklich so ein Problem?</p> <p>Die verkehrliche Erreichbarkeit muss gewährleistet sein. Regionale Standortentwicklung kann nicht in allen Bereichen funktionieren.</p> <p>Hier steht Unterstützung von Impulsprojekten: Wie ist das gemeint? Über exogene Effekte kann man endogene Effekte erzeugen.</p> <p>Man überlässt die Städte sich selber. Hier liegen die Probleme der Zukunft. Viel Energie dagegen wird in ländliche Räume gesteckt und die dünnen aus. Das kann auch nicht die Lösung sein. Immer wieder nur auf den Ausgleich zu schauen, das ist auch zu wenig.</p> <p>Die Abwanderung ist der Ursprung dieses Problems! Nur Rückzug kann nicht sein. Ländliche Räume sind sehr unterschiedlich.</p> <p>Die Städte wachsen wegen der Migration. Das müssen wir steuern.</p> <p>Die Migration geht ins Stadtumland. Das Einfamilienhaus am Stadtrand ist ein Problem.</p> <p>In Kärnten ist der Zentralraum wirtschaftlich schwächer.</p> <p>Zu MGr3 -</p> <p>Aus steirischer Sicht Hinweis auf Regionext Prozess.</p> <p>Zu MGr. 1 - Punkt 2 -</p> <p>Das ist zu eng gefasst. Für Leitprojekte ist oft ein Bundesland zu klein.</p> <p>Raumbezogene Businesspläne – Was ist das? Das ist kein vernünftiges Instrument.</p> <p>Zu Punkt 3 –</p> <p>„Beurteilung“ ist der falsche Ausdruck: Empowerment, Stärken, Unterstützen, Fördern wäre richtiger.</p> <p>Zu MGr. 2 -</p> <p>Die Landwirtschaft ist immer sehr stark auf Energie- und Biolandwirtschaft reduziert. Der Aspekt einer grundsätzlichen Nahrungsmittelversorgung fehlt mir generell.</p> <p>Potenzialräume: Wie sind diese definiert? Was ist mit jenen Regionen, die keine Potenzialräume</p>	
--	--

Farbcode:

BMWfJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

17

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>bzw. nicht als solche definiert sind? Das klingt nach Marketing und es scheint beliebig, welchem Unternehmen man das „hinaufklatscht“.</p> <p>Man sollte auch über Zielkonflikte und den Umgang mit Zielkonflikten sprechen im Zusammenhang mit sektorübergreifenden „Win-Win-Situationen“.</p> <p>Es geht um räumliche Differenzierung. Österreich wächst, aber nicht überall. Win-Win-Situationen kann es nicht überall in Österreich geben.</p> <p>Ich verstehe Win-Win innerhalb der Region, innerhalb der Sektoren.</p> <p>Zu MGr3 - Punkt 2 -</p> <p>Das gefällt mir sehr gut. Hier gibt es die Möglichkeit, internationale Vernetzung zu schaffen. Neue Ideen sollen reingeholt werden. Ich kann hier eine konkrete Vorstellung dabei entwickeln. -> Das würde ich mir auch vom ÖREK vorstellen! Auch die Möglichkeit zu überprüfen nach einigen Jahren.</p> <p>Ich sehe, da passiert bereits sehr viel im Sinne von Vernetzung. In Zukunft wird es andere Herausforderungen geben (regionale Abwanderung, Arbeitsmarkt,...).</p> <p>z. B. Kommunale Verbände, die vernünftige Aufgabenteilung vereinbaren.</p> <p>Das Wort „Bündelung“ sollte näher definiert werden. Das kann auch Zusammenlegung sein, oder Schnittstellen definieren,...</p> <p>Zu Punkt 1 -</p> <p>Hier fehlt mir die Berücksichtigung der Situation in Stadtregionen. Sonst gibt es die Konkurrenz der Kernstadt mit kleineren Gemeinden.</p> <p>Zu MGr4 -</p> <p>„Best Practice“ bzw. „Good Practice“ Beispiel in Wien: Mingo – das ist speziell für GründerInnen mit Migrationshintergrund. - Hier gibt es jedoch noch keine Monitoringverfahren.</p> <p>Zu Integration: Ab Mai 2011 werden Arbeitsmarkt-Zuwanderungsschranken für einige Mittel- und Osteuropäische Länder wegfallen. Wieweit sind bisherige Einschätzungen realistisch und wieweit verträgt sich das mit der Arbeitsmarktsituation? – Ein grenzübergreifender Arbeitsmarkt - das sollte eigentlich zu den Herausforderungen ergänzt werden.</p> <p>Den Begriff Förderung in Verbindung mit Bildungsmaßnahmen möchte ich begrifflich geklärt haben. Spezifische Förderprogramme im Sinne von finanzieller Unterstützung oder Impulse oder...? -> Blended Learning; „Einrichtung“ ist nicht richtig, eher „Bildungsmaßnahmen“ sollte das heißen.</p> <p>Förderung: Das sind auch Serviceleistungen der öffentlichen Hand. Wenn der Begriff nur finanziell gemeint ist, sollte der Begriff im gesamten Dokument geändert werden.</p>	
--	--

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

18

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Wirtschaftliche Entwicklung – Maßnahmen	
Zu 2.5 Handlungsfeld funktionale regionale Standortentwicklung	
<i>Zu 2.5.1 Maßnahmen im Handlungsfeld funktionale regionale Standortentwicklung (3 MGr)</i>	
<p>Woher wissen wir wo die geeigneten Standorte sind?</p> <p>Als Außenstehender erlebe ich den ersten Punkt als no-na-Punkt. So wird es jeder unterschreiben, machen wir eh ... wo ist der eigentliche Punkt?</p> <p>Die interkommunale Zusammenarbeit ist sicher ein Schwerpunkt! Der Außenbezug zur Internationalisierung darf nicht verloren gehen.</p> <p>No-na-Punkt: Bitte keine neuen Strukturen schaffen, eher welche abschaffen. -> Integriert denken ist wesentlich, ja!</p> <p>Die Konkurrenz zwischen Gemeinden, Regionen, etc. ist oft Auslöser von vielen Strukturen, eine Kooperation ist oft unmöglich.</p> <p>Weniger ist mehr!!!</p> <p>Die unterschiedlichen „Dimensionen“ und die unterschiedlichen Standorte unterscheiden die Art, wie man damit umgehen kann, was Sinn macht oder nicht, was in einer Entwicklungsstrategie des Landes Sinn macht, auch im globalen Kontext. Die Punkte sind alle wichtig, ein wenig mehr Konkretheit wäre einfacher.</p> <p>Entwicklung kann auch Nichtentwicklung sein im Sinne von Flächensicherung für die Attraktivität des Standortes (Zweitwohnsitz Seezugang).</p> <p>Ich erlebe, dass die Raumordnung immer restriktiver erlebt wird, also gegenläufig, wie es hier steht. Eine Nutzung von bestehendem Areal wird uns derzeit zum Teil zur Gänze verwehrt (z.B. NÖ)</p> <p>Zur Maßnahmengruppe 2:</p> <p>Wer stimmt was ab? Hier müssten die Betroffenen eingebunden werden. Oft gibt es das Bild „ihr großen Unternehmen richtet euch das schon“?</p> <p>Ich finde es sehr relevant, mit den wesentlichen Playern dieses Papier abzustimmen.</p> <p>Zu Mischfunktion: Wurde hier der Freizeitbereich absichtlich ausgelassen?</p> <p>Punkt 1 finde ich besonders wichtig, weil ich sehe, dass das sehr oft nicht passiert! Die Stadt hat auch für die Entwicklung der wirtschaftlichen Region eine hohe Bedeutung. Das fehlt mir hier!</p> <p>Das sind keine Maßnahmen, sondern Strategien. Hier ist keine Umsetzung vorgesehen oder ersichtlich.</p>	

Farbcode:
 BMWFJ – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Es ist alles richtig, aber ein Interkommunales Gewerbegebiet löst nichts.

Eine Standortagentur der Zukunft muss mehr leisten. - Was ist das? Das ist für MORGEN nicht mehr das geeignete Instrumentarium.

Man muss HEUTE zum Denken beginnen.

Zukunftsorientierung fehlt!

z. B. Die Stärke von Oberösterreich kann durch die richtige Infrastruktur gefördert werden.

Es geht im Endeffekt um Talente! Das könnte die Basis sein für das Konzept der Zukunft.

Es ist alles gleich in der Schiene Wirtschaftspark, Gewerbegebiet, u. ä. – Innovationen finden auch z.B. im Wohnhaus statt.

Die Maßnahmen die hier stehen, sind bereits „ im Laufen“.

Wo soll Österreich in 10 Jahren stehen? Was benötigen wir?

Übliche Auffassung: In der Stadt ist Entwicklung und in peripheren Räumen („Krisenregion“) ist nichts. -> Das stimmt heute nicht mehr!

Die Disparitäten gehen schon wieder auseinander zwischen Stadt und Land.

Wenn man den öffentlichen Dienst wegnimmt ist der ländliche Raum schon besser entwickelt.

Es gibt sehr wohl periphere Räume, die wirklich gefährdet sind!

Zu Maßnahmen Gruppe 1 – „Weiterentwicklung von bestehenden Widmungskategorien“ - Das ist Grundsätzlich sinnvoll. Allerdings ist zwar eine bestehende Widmung „geförderter Wohnbau“ möglich, sie wird aber nicht bzw. sehr selten angewandt.

Zu Maßnahmen Gruppe 2 - Förderung von Mischfunktionen – Das wird in Oberösterreich praktiziert, allerdings nur für denkmalgeschützte Objekte. Eine finanzielle Mittelbeteiligung der Gemeinden erfolgt kaum über € 1.000,-.

Zentrumsnähe - Z. B. in Niederösterreich gibt es eine höhere Förderung durch die Beurteilung durch den Bürgermeister und nicht durch eine sachliche Prüfung.

Zu Maßnahmen Gruppe 3 - Interkommunale Wohnanlagen: Das ist grundsätzlich in Oberösterreich möglich und wird auch bei betreutem Wohnen so gehandhabt.

Zu MGr 2 -

Punkt 1 - das soll für alle Regionen gelten

Hier sollte vorher ein proaktiver Beitrag geleistet worden sein. Es geht nicht nur, dass man die Erträge teilt, sondern auch den Aufwand.

Es gibt bereits einen Finanzausgleich.

Farbcode:

BMWFJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

20

ÖROK-Gst.-orange

Eine Betriebsansiedelung ist umfangreicher als nur ein Grundstück zu finden. Z.B. Bestimmte Gemeinden wollen keine Ansiedelung von Transportunternehmen.

Der Begriff interkommunaler Finanzausgleich ist längst „entzaubert“.

Zu Punkt 2 - Wie ist das zu verstehen?

Was ist eine interkommunale Wohnanlage?

Warum ist die MGr 3 nicht Teil der MGr 1?

Die **Interkommunalen Wohnanlagen sind ein komplett neuer Begriff. Was soll das bringen?**
Haben mehrere Gemeinden Einweisungsrecht?

MGr1 -

Hier muss man in funktionalen Ebenen denken.

Hier sollten auch grenzüberschreitende Kooperationen notiert bzw. angedacht werden.

Zu MGr2 -

Ballungsräume haben auch besondere Kosten. Diese sollten auch quer verteilt werden.

Warum sollte Punkt 1 nur für Stadt spezifisch sein?

Zu MGr3 -

Interkommunale Aktivität kann in jeder Region stattfinden. Das macht in der Stadt noch mehr Sinn.

Der **Migrationshintergrund bringt spezifische Herausforderungen.** Das ist in jeder Hinsicht sehr wichtig hier!

Zu MGr. 1 -

Ich möchte das unterstreichen! **Das sollte im ÖREK entsprechenden Raum bekommen.** Speziell die umsetzungsorientierten Maßnahmen sollten einen Schwerpunkt bekommen. Das gilt auch für die MGr. 2.

Problematisch: Die standortbezogene Wirtschaftsförderung kann nicht so umgesetzt werden, wie hier gemeint, weil es dem Beihilfenrecht unterliegt.

Zu Punkt 2 -

Ich möchte die **Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen unterstreichen. Das bleibt meist etwas schwammig.** Ein Instrumentarium würde hier wichtig sein, um das rechtlich bindender zu machen, damit nicht nur auf das eigene Nutzenmaximum geachtet wird, solange es passt. Z. B. Die EVTZ (Europäische Vereinigung zur Territorialen Zusammenarbeit) ist ein geeignetes Instrument auf europäischer Ebene.

Kooperation Bund, Land und Gemeinde: Hier gehört auch der private Sektor dazu, der

Farbcode:

BMWfJ – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

21

ÖROK-Gst.-orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) Kapitel: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>„halböffentliche“ Bereich.</p> <p>Zu MGr. 2 -</p> <p>Das gilt hoffentlich nicht nur für Stadtregionen?</p> <p>Mir fehlen die Ansätze, wie man Nutzen/Erträge gesamtregional fair verteilen kann.</p> <p>Zu MGr. 3 -</p> <p>Punkt 1 und 2 wirken wie Wunschzettel ans Christkind: Das ist vorbei am Bedarf formuliert. So wie das hier formuliert ist, kommt das bei Regionsvertretern nicht an.</p> <p>ÖPNV Versorgung sichern: Das ist ein zu hoher Anspruch. Es gibt auch alternative Modelle für ein Minimum an Verkehrsversorgung (z. B. Fahrgemeinschaften, Sammeltaxis, etc.).</p> <p>Ich sehe einen versteckten Zielkonflikt: Bisheriger Ansatz – Entwicklung dort wo Standorte günstig sind. Hier will man aber Entwicklung in peripheren Regionen, wo nichts vorhanden ist.</p> <p>Auch die Wohnbauförderung ist nicht konsistent.</p> <p>Es gibt auch bestehendes, das man nicht bewusst sterben lassen sollte. Eine gewisse Grundsicherung muss gewährleistet sein.</p> <p>Zu Punkt 2 -</p> <p>...das kann nicht nur für Kleinstbetriebe gelten.</p>	
--	--

Syntheseblock Maßnahmen gesamt	
---------------------------------------	--

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wording überdenken, konkreter werden ▪ übergeordnete Strategien beachten ▪ innovativer werden, was sind die Strategien für die nächsten 10 Jahre? (Zukunftsorientierung) Wo sollen die tatsächlichen Schwerpunkte für diesen Bereich in einem ÖREK liegen? ▪ „Bestand“ halten (nicht nur neues Schaffen) ▪ Herausforderungen, Maßnahmen – konkrete Umsetzungsorientierung fehlt. Was soll wie umgesetzt werden? ▪ Maßnahmen sind eher Strategien ▪ Regionen und Gemeinden als Ebenen der tatsächlichen Umsetzung der Maßnahmen und entsprechende Formulierung vornehmen 	
---	--

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum (PIP), Kapitel

Bevölkerung & Gesellschaftsentwicklung

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Herausforderungen

Es ist schwierig alles zu schreiben, ich finde es schade, wenn zu wenig an Bandbreite aufgezeigt wird: es gibt in Österreich einige Regionen, die dieselben Entwicklungen wie Wien haben, aber es gibt viele Regionen, die „entleert“ werden und die bedürfen einer ganz anderen Betrachtungsweise (**Raumknappheit versus Raumüberfluss/Infrastrukturrückbau**).

Ich würde nicht mit der Alterung beginnen, sondern die heterogene Bevölkerung, die sich leider zum Teil auseinander differenziert (das bezieht sich nicht nur auf die Integration).

Es geht um Lebensformen und Lebensstile. Die Patch-Work-Family ist zwar ein Beispiel und nicht falsch, aber ich würde es nicht nehmen. Es spielt sich um andere Lebensformen ab (ökonomische Sicherung, etc.) es geht mehr um die mittelfristige Lebensmobilität (Wohnungswechsel, etc. ...).

Frauenpolitik ist eindeutig mehr als Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Menschen mit besonderen Bedürfnissen müssten auch berücksichtigt werden. Ländliche Entwicklung sollte auch hier genannt werden.

Enger Konnex zwischen Zuwanderung und österreichischer Bevölkerung. Ausgleich durch Zuwanderung: Das Konzept geht für Wien auf, weil hier diese Entscheidung für Zuwanderung getroffen wurde. Auf eines muss man aufmerksam machen, es gibt einen Preis, der dafür zu zahlen ist. Menschen, die zuwandern, brauchen eine Lebensgrundlage. Familiennachzug wird zeitlich verlagert kommen. Der stellt wiederum Anforderungen an die Infrastruktur, etc. - diese Kausalitäten müssen einbezogen werden.

Es ist egal, ob wir uns dazu bekennen oder nicht. Die wirtschaftlichen Entwicklungen bzw. Anforderungen bringen Zuwanderung mit sich. Die Gestaltung der Zuwanderungspolitik ist wichtig, z.B. die Frage der finanzierbaren Pflege durch billige Arbeitskräfte?

Es fehlt mir noch, **der Unterschied der regionalen Verteilung von Zuwanderung**. Städte sind wesentlich stärker konfrontiert mit Zuwanderung. Dementsprechend braucht es unterschiedliche Ansätze, diesen Herausforderungen zu folgen.

Die Kausalität Zuwanderung und Arbeitsplätzen ist gegeben, aber auch das **Bildungsthema** ist hier sehr relevant und wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus.

Als Beispiel finde ich **Lebensformen und Lebenszusammenhänge wichtiger als die Patch-Work-Familie**. Die allgemeine Zunahme der Mobilität durch neue Lebensläufe ist auch zu berücksichtigen (Umzug etc.). Hier sollte der Umweltaspekt und das Spannungsfeld zur Umwelt auch mit einbezogen werden.

Die Ursachen der Überalterung sollten hier auch angesprochen werden. Hier gibt es einen Mangel an Nachwuchs!

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für Frauen schon ein wesentliches Thema.

Ich möchte den **Satz „Frauen... „ (S.51, 2. Satz) streichen**. Was soll das heißen?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine geschlechtsunabhängige Frage. -> Hier sind

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

1

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Frauen und Männer gleich zu behandeln, gleich gefordert.

Was hat Patch-work mit Verkehr zu tun?

Schülerfreifahrt bildet nicht ab, dass das Kind nachher in einen Hort fährt, oder zu jemanden anderen als zum Wohnort. Das ist oft auch ein patch-work-Thema, muss es aber nicht sein. Mobilität, Netzwerk mehrdimensional sehen!

Es ist die Frage ist, ob man einen Begriff wie patch-work so hervorheben soll?

Der Bereich der Bildung und Betreuung ist angesprochen, aber nicht der Bereich Kinderbetreuung explizit genannt.

Mir fehlt hier die Thematik der Nahversorgung (Lebensmittel, Handel, Medizin...).

Die Formulierung hier ist zu allgemein „die Zuwanderung stabilisiert ...“ (S. 50, 2. Absatz) das gilt nur für den städtischen Bereich. Die SchülerInnenzahl im ländlichen Raum nimmt ab, daher muss man das anders formulieren.

Die Organisation der Alltagsmobilität ist auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit Familie und Beruf ein wesentliches Thema.

„Vereinbarkeit ... insbesondere von Stadtregionen“ – ich kann das nicht nachvollziehen -> Die Kinderbetreuung ist im ländlichen Raum schwieriger, das stimmt zu sehr weiten Teilen. Vielleicht wäre besser „sowohl als auch...“. Es sind unterschiedliche Herausforderungen für Ländliche Räume, aber es gibt auch diesbezüglich Herausforderungen in den Städten.

Zu den Familienformen –

Das ist generell und weiter zu verstehen (**Begriff patch-work engt eher ein**).

Absatz 1 ist ok.

Zu Absatz 2 - Bei der Verjüngung kann man geteilter Meinung sein.

Zu Absatz 3 - Auch die gesellschaftliche Situation verändert sich durch die Mobilität.

Was ich besonders wichtig finde, sind die **benachteiligten Randgebiete**, in denen die jungen Menschen abwandern und nur die alten Menschen zurückbleiben. Aufgaben steigen, Einnahmen sinken... die ländlichen Räume können die Aufgaben nicht bewältigen (z.B. „unwerte Lebensräume“ in die nicht mehr investiert wird). Das wollen wir nicht, daher müssen wir hier Maßnahmen setzen!

Ich unterstreiche sehr was hier steht. **Ein Aspekt fehlt mir noch – der Trend zur Freizeitgesellschaft und die Ansprüche der Gesellschaft an den Raum.**

Jugendliche kommen nicht vor und haben auch keinen Raum, der ihnen zur Verfügung steht (früher Jugendzentren).

Die Sprache zum Absatz zur Frau ist aus dem letzten Jahrhundert. Das geht so nicht!! Hier geht es um die Kinderbetreuung. Auch Männer haben ihre Rollen verändert. Es geht hier aber um eine

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

2

grundlegende Änderung des Arbeitsverhaltens aber auch der familiären und gesellschaftlichen Organisation. Arbeit an sich verändert sich (Teilzeit, Arbeitslosigkeit ...) -> Die ländlichen Regionen haben genau den Vorteil, dass sie kürzere Wege für alle hätten... Gerade die kurzen Wege stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kinderbetreuung etc. – Wichtig wird es sein, dass eine Kooperation bei der Aufgabenerfüllung passiert, damit man das Niveau insgesamt und nicht nur in den peripheren Lagen erhalten kann.

Es geht auch um innere Verfasstheiten (psychische Erkrankungen, burn-out, Ausstieg,...). Die Teilnahme am sozialen Leben, Bildung etc. - für manche wird das immer schwieriger (z. B. bei 26 neuen Kinder in einem Kindergarten sind 20% schwerst sprachlich gestört, ohne Migrationshintergrund!);

Der Trend zur Anonymität und Individualismus wirkt sich auch stark auf den Raum aus; ->Trend zur Stadt. Das Ausleben der persönlichen Individualität wird in der Stadt auch leichter und beeinflusst die räumliche Entwicklung. Auch Arbeitslose Menschen gehen eher in die Stadt, als dass sie auf dem Land bleiben – Anonymität und Individualität in der Stadt sowohl gewollt von den „Gewinnern“ als auch den „Verlierern“ ,...

Die Grundlagen sind gut. Allerdings fehlt mir eine Perspektive. Das Ganze ist aus der Erwerbsperspektive betrachtet. Das ist ok, aber es gibt noch zwei Themen, die zu berücksichtigen sind: 1. für den Personenkreis 50+ muss man vor allem in ländlichen Raum sorgen; 2. Sicherung eines Grundangebotes für Bildung gerade im ländlichen Raum.

Hier wird auf Schule Bezug genommen, aber der tertiäre Sektor müsste mit Erwachsenenbildung ergänzt werden.

Zur Alterung: Die Kostenfrage musste hier auch angesprochen werden. Derzeit passiert viel noch in der Familie und daher wird es noch mehr Betreuung brauchen. Eigentlich wird es zu einer Kostenexplosion führen. Wie wird man damit umgehen? Z.B. Pflegeversicherung.

Mir fehlt, dass von der öffentlichen Hand immer mehr Aufgaben abgegeben bzw. ausgelagert werden. Daher wird es Strukturen brauchen, damit die „Bürgergesellschaft“ aktiv werden kann.

Hinweis zur Textierung: Die Klammerausdrücke erwecken eine Priorisierung bzw. manche Dinge, die hinten vorkommen, werden am Anfang nicht genannt.

Der **Aspekt der Armut** fehlt hier.

Zum Absatz zur Rolle der Frau: Bitte die ersten zwei Sätze streichen.

Bitte um **Ergänzung: Jugendarbeitslosigkeit und die Entwicklung der Jugend** als eigenes Thema anführen.

Österreich als Einwanderungsland? Das findet nicht allgemeine Zustimmung. Der Nationale Integrationsplan des BMI muss mit den Ländern noch besprochen werden!

Die **Kernfrage ist die Finanzierung** des Sozialstaates und der Gesundheits- und sozialen Leistungen. Achtung das ist ein Raumordnungskonzept, **wir sollten uns auf die Themen**

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

3

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

<p>konzentrieren, die die Raumordnung betreffen.</p> <p>Hier muss es um die Steuerung von raumordnerischen Themen gehen, in denen man auch aus der Raumordnung steuern kann. Letztlich mündet aber alles in die Finanzierung.</p> <p>Zu „die neuen demographischen „ Herausforderungen → neu ist nicht richtig – sind schon länger bekannt, diese Herausforderungen.</p> <p>Zivilgesellschaftliches Engagement!</p> <p>Das kann ich nur bestätigen. Durch Zwang zur Kürzung geht eine differenzierte Betrachtung verloren. Eine differenzierte Betrachtung wäre gerechtfertigt und da könnte man Missverständnisse auflösen: ausführlicher Text.</p> <p>Die Lebensumstände verändern sich völlig. Die Gesellschaft kommt mit Stress, Globalisierung, etc., d.h. mit den neuen Anforderungen nicht mehr zurecht. Das fehlt mir auch. Es ist zu sehr auf konkrete Maßnahmen ausgerichtet.</p> <p>Die Familie verändert sich total: Das ist auf Kinderbetreuung und Vereinbarkeit reduziert.</p> <p>Die Zivilgesellschaft ist sehr wichtig.</p> <p>Zu den Begegnungsmöglichkeiten und dem Frauenbild bzw. der Sprache dazu – Das ist auch im interkulturellen Aspekt zu sehen. Ghettoisierung sollte angeführt werden. Dem soll entgegengewirkt werden.</p> <p>Der Fokus der Raumpolitik sollte nicht verloren werden!</p> <p>Zur Aufteilung in Alterskohorten: Das ist ein Problem, wenn man Maßnahmen auch sektoral ableitet. Positiv wurde aber gesehen, dass die Jugend herausgestrichen wurde! Die Maßnahmen müssen das Zusammenleben integrativ gestalten. Keine Privatisierung des öffentlichen Raumes! - Das ist für mich auch sehr raumwirksam und entgegen dem Trend zur Privatisierung.</p> <p>Mir ist die Darstellung auch etwas zu problemorientiert: z.B. Patch-Work-Familien werden durch Probleme dargestellt. Hier ist vieles raumwirksam: Nicht überall muss ein vollständiger Versorgungsgrad erreicht werden.</p> <p>Eine Alternative wäre, man könnte das klassische Familienmodell unterstützen.</p> <p>Gibt es in der Raumpolitik einen Hebel, dies zu beeinflussen? Sollte man auf diese gesellschaftliche Entwicklung nicht angemessen reagieren?</p>	
---	--

Syntheseblock Herausforderungen	
--	--

<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung: Absatz zu „Frauenpolitik“ auf S. 51 • Herausforderungen – was fehlt? <ul style="list-style-type: none"> - Unterschiedliche Anforderungen: Differenzierung vom Räumen mit starker 	
--	--

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

4

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
<p style="color: orange;">Verdichtung (Städte, Stadtregionen) versus Räume mit Abwanderung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Freizeitgesellschaft und ihre Anforderungen an den Raum (v.a. auch Bereich der ca. 60 – ca. 75 jährigen „rüstigen“ SeniorInnen) - Frage der Finanzierung der Leistungen – wie kann dies beachtet werden? 	

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Maßnahmen

Zu 3.1. Raumsensible Bildungspolitik

Es fehlt mir, dass die **ganztägigen Schulformen steigen werden**, weil es dazu einen Bedarf gibt. Das wird sich auch auf die Raumentwicklung auswirken. Neue Standorte wird es brauchen, weil die jetzigen Standorte den Anforderungen einer Ganztagschule nicht entsprechen.

Es gibt bereits Konzepte die einen regionalen Cluster-campus vorsehen. Die informelle Bildung in Jugendeinrichtungen und -organisationen sollen mit den Schulanbietern kooperieren und koordiniert werden.

Die **Gesamtschule** von 10-14jährigen ist ein Thema. Auch hier sind die Schulstandorte ein Thema. Hier entsteht auch ein Bedarf an höheren Schulformen.

Warum wird beim ersten Absatz die Grenze bei 10jährigen gezogen?

Die **Ganztagschule** ist auch ein integrationspolitisch wesentlicher Faktor. Es gibt bildungspolitisch das „Problem“, dass in manchen Schulen ein hoher Anteil von Zuwanderkindern sich sammelt. Das müsste man aufbrechen!!

Kann man das Thema Sprachförderung für Schüler und Eltern mit aufnehmen?

Die Überschrift sollte erweitert werden auf Bildungs- und Forschungspolitik. Hier wäre zu ergänzen: Die Bundesländer koordinieren sich gemeinsam mit dem Bund hinsichtlich Forschungsinfrastruktur und im regionalen Kontext und im Hinblick auf die EU.

Verstehe ich so ein Konzept auch als eines, das einen positiven Anspruch formuliert? D.h. **Potentialblick vor Defizitblick!**

Ich verstehe nicht, **warum man Integration immer nur in Verbindung mit Zuwanderung sieht? Es ist auch ein Thema zwischen jung-alt, arm-reich.**

Zuwanderung und Sprachförderung kann man nicht automatisch koppeln (Zuwanderer aus Deutschland!).

Wir haben es mit einer technisierten jugendlichen Gesellschaft zu tun. Hier gibt es ein soziales Defizit im Miteinander und hier sollte unter Bildung diese soziale Bildung gesehen werden.

z. B. Schweiz: Die sind sehr pragmatisch. Es gibt eine Kostenkalkulation, wenn jemand nicht integriert wird.

Die Prävention ist ein ganz wesentliches Thema für die Zuwanderung! Daher braucht es ein Bekenntnis für die Menschen, die hier leben - zur Integration, zu Aufenthaltsrechten, zu Arbeitsplatzchancen etc.

„Regional gleichwertiges Schulangebot ... „ - Ich kenne in Oberösterreich keine steigenden

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

SchülerInnenzahlen.

Zum **Ausbau der schulischen Infrastruktur** – Es kann **höchstens eine Verbesserung** gemeint sein, einen Ausbau sehe ich im Bereich der Pflichtschulen nicht!

->In Linz gibt es schon steigende SchülerInnenzahlen in einigen Stadtteilen. Andererseits stehen auch viele Klassenräume in Schulen in Linz leer. Hier gibt es einige Verlagerungen. Die Gefahr der Ghettobildung im Innenstadtbereich ist groß.

Rückbau will man nicht, weil man den Kindern die Mobilität nicht zumuten will.

Es wird **gemeindeübergreifende, einrichtungsübergreifende Kooperationen** brauchen bei den **Kinderbetreuungseinrichtungen, auch für Schulkinder**. Auf bestehende leere Räumlichkeiten soll zugegriffen werden (Mehrnutzen von Räumlichkeiten).

6-10jährige – Es besteht das Problem der ländlichen Gemeinden, dass Volksschulen in den ersten zwei Klassen zum Teil schon um 11 Uhr beendet sind (Vergleich: Kindergarten bis 14:00 Uhr). Das ist für niemanden hilfreich und nicht mit dem Beruf vereinbar. Schulen mit Tagesbetreuung nehmen zu (Bedarfsdeckung muss gegeben sein für die gesetzlich geforderte Einrichtung der Tagesbetreuung). Teilweise wird das nicht richtig nachgefragt.

Zu Fachhochschule - Warum sollen die in attraktiven zentralen Orten stehen? Das stört mich auch ein wenig. Die FH Gesundheit soll dezentral aufgebaut werden, das finden wir klug. Der FH-Rat ist eher zentralistisch orientiert.

Eine **Verbindung Bildung zur Wirtschaft** muss gegeben sein. Wirtschaftsrelevante Ausbildungen sind anzubieten. Bildung muss sich am Markt orientieren. Ein Bildungs-Package muss attraktiver gestaltet sein. Internationalisierung spielt hier eine Rolle.

Die **Vernetzung der Erwachsenenbildungen** funktioniert nicht. Es gibt kein Interesse der Bildungsanbieter. Das muss verpflichtend sein.

Lebenslanges Lernen – Es ist nicht möglich, einen Lehrstuhl außerhalb der Zentrale anzubieten (Jus). Bildung muss dezentraler zugänglich werden!!! Manche brauchen für eine Fahrt 2 Stunden in den zentralen Raum...

Hier muss man auch auf die Frauen verstärkt achten!

Der Wunsch nach einem Eigenheim ist ein „ungebremster gesellschaftlicher Drang“. Verdichteter Flachbau wäre wichtig, ist aber gesellschaftlich nicht gewollt und daher oft politisch nicht durchsetzbar. Werte müssen auch über die Bildung behandelt werden, daher greifen manche Maßnahmen zu kurz, weil die Werthaltung dazu nicht besteht. Raumordnerisch ist es ein Problem, wenn Wohnräume immer mit dem Eigenheim assoziiert werden (Literaturtip: „Der einzelne und sein Eigenheim“).

„Räumlichkeiten“ für Blaskapellen etc. - Die Nutzung von solchen Objekten beschränkt sich auf 2 h in der Woche. Hier wäre die **Mehrfachnutzung zu forcieren**; z.B. in Traun gibt es zwei Kapellen und jede hat ihren eigenen Proberaum.

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

7

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Mehrfachnutzungen sollten möglich sein.

Das ist relevant. Mir fehlt, dass es Personen über 40 schwer gemacht wird, etwas ganz neues zu machen. Es bräuchte mehr Vermischung der Bildungsangebote. Das braucht es in jeder Altersstufe.

Zur **Diskussion der Gesamtschule** – Die hat **große räumliche Auswirkungen** und sollte stärker in Betracht gezogen werden. Die Abwanderung von Jugendlichen in die Städte etc. beeinflusst das Gemeinwesen in den Gemeinden (keine Jugendgruppen, Firmgruppen etc. kommen zusammen, da alle den ganzen Tag in der Stadt, in der Schule sind) – Schulen sind in der Stadt

Zur Erwachsenenbildung – Nicht nur die Qualifizierung im ökonomischen Sinn sondern auch die Persönlichkeitsbildung sollte gleichwertig gesehen werden. Die Teilnahme wird für manche Menschen ist im ländlichen Bereich aufgrund des ausgedünnten öffentlichen Verkehrs fast nicht möglich -> Mobile Bildungseinrichtungen.

Parallelangebote und Konkurrenz finde ich in diesem Bereich nicht schlecht.

Die Problematik der Kleinschulen im Pflichtschulbereich (in jeder Gemeinde eine Schule) ist vor allem ein finanzielles Problem. Seit 2001 werden die Ressourcen ausschließlich bezogen auf die Schülerzahlen ausgewiesen. Vorher gab es auch ein **Standortkriterium**. Der Tiroler Landtag will diese Kleinschulen erhalten, aber es ist finanziell fast nicht umsetzbar. Hier gibt es auch eine andere Schulstruktur im Westen wie im Osten. Nahezu alle Länder müssen Kosten im Pflichtschulbereich übernehmen, obwohl es Bundesangelegenheit ist.

Ergebnisse einer OECD Untersuchung: Gerade jene Regionen sind top, wo es eine aktive Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und Wirtschaft gibt. Rund um Hochschulen bilden sich Cluster. Das ist wichtig und wesentlich für Topregionen.

Mir fehlt die **Bildung als Mittel zur Integrationshilfe**.

Zu LLL: Hier wird es sehr wichtig, dass das LLL mit dem Beruf vereinbar ist. Hier müsste man einiges ergänzen.

Ausweiten: Wildwuchs der Institutionen im EWB (Erwachsenenbildung). Hier sollte es eine Qualitätssicherung geben. Die Ausbildungen müssen von mehreren Anbietern auch vergleichbar sein. Da könnte der Bildungskordinator eine wichtige Rolle spielen. -> Das ist ein zentraler Punkt und wird ab Herbst mit einer 15a BVG in Kraft treten!

Grundsätzliche Frage: Eindämmen des Wildwuchses und die EWB an die bestehenden Institutionen, wie will man z. B. Universitäten anbinden?

Wir müssen darüber nachdenken, dass wir in den ländlichen Regionen qualitative Anbieter haben. Ich freue mich über den Ansatz der EWB und LLL. – und dass das hier angesprochen wird

Querverweis zur Siedlungsentwicklung/-politik wäre hier sehr wichtig!!!!

Lehrlingsausbildung ist in den Regionen ein starkes Thema, diese gehen oft an den Bedarf vorbei!

Wie wäre es mit **bildungssensibler Raumordnungspolitik?** Den Begriff „**raumsensible**

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

8

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bildungspolitik“ verstehe ich nicht. Was ist damit gemeint?

Lehrwerkstätten für die Ausbildung von Jugendlichen fehlen mir hier. Gerade im Burgenland ist dies ein sehr wichtiger Aspekt.

Die **neue Mittelschule und gemeinsame Schule** ist hier gar nicht angesprochen und hier müsste eine Verbindung hergestellt werden. Auch Lehre mit Matura ist nicht angesprochen.

Der Begriff „raumsensibel“ gefällt mir auch nicht. Besser wäre bedarfsorientierte Bildungspolitik mit Schwerpunkt auf die Facharbeiterausbildung.

Ich vermisse hier die Rolle des Internet! Die Weiterbildung und tertiärer Bereich. Hier wird man raumunabhängige Angebote schaffen; Stichwort „blended learning“ = Mischung aus e-learning und face-to-face (Z.B. Waldviertel).

„Behutsamer Rückbau“ ... es wäre fair, wenn man es direkter anspricht, dass es in manchen Regionen zu wenig Kinder gibt.

Was sind Vorschulische Einrichtungen? Sind hier Kindergärten gemeint?

Weiterbildung und Erwachsenenbildung ist das Thema das vor allem für Regionen große Bedeutung haben wird.

Fachhochschulen = Achtung hier spricht man von Studiengängen!

Zu regional gleichwertiges Schulangebot: Städte haben ganz andere Herausforderungen (Muttersprache, Auffälligkeiten im Verhalten) als ländliche Räume. Das sollte auch hier berücksichtigt werden.

Ganztageschule in Zusammenhang mit Familienpolitik finde ich interessant.

Zur Rauwirksamkeit der Gesamtschule und Entscheidung der Schule (örtlich): Wenn Schüler durch eine Schulbesuchsentscheidung eine örtliche Veränderung haben, geht die Verankerung in der Gemeinschaft verloren. Eine räumliche und bildungsmäßige Trennung führt zu einer Änderung der Identifikation.

Zu Punkt 5 -LEADER ist ein Programmansatz. Ich würde das rausnehmen, sonst müsste man auch auf andere Programme verweisen. Das ist ein Förderprogramm.

Ein praktizierter Rückbau des ÖV erschwert die Zugänglichkeit der Bildung.

Ganztägige Schulen: Der Raumbedarf ist nicht immer gleich - frühe räumliche Segregation.

Infrastrukturbedarf hat finanzielle Auswirkungen: Das ist mit erheblichem Raum- und Finanzbedarf verbunden.

Syntheseblock Maßnahmen

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu 3.1. Raumsensible Bildungspolitik	

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Maßnahmen

Zu 3.2. Familienpolitik

Der Bereich der Tagesmütter/-väter fehlt mir hier, der sollte ausgebaut werden.

Ist richtig und wichtig.

Die Reduktion von 3 auf 2,5 Jahre halte ich für „hinterwäldlerisch“. Es braucht schon Betreuungseinrichtungen, die für jüngere Kinder gegeben sind.

Die Betreuung hat Auswirkungen auf die Bildung. Es gibt einen Mangel an ausgebildeten Leuten und damit der Qualität der Betreuungspersonen und der Einrichtungen.

Was kann die Familie als Bindungsformen ersetzen (soziales Miteinander)? Hier muss man früher ansetzen. Hier geht man von einer biologischen Familie aus, wir wissen aber, dass es wenige Kinder gibt. Es ist die Frage, warum haben wir so wenig Kinder, hier bräuchte es Maßnahmen für eine „Bindungspolitik“, Frage des Lebensstils, ...

Die Maßnahmen für Männer fehlen mir!

Werden diese **Maßnahmen noch mit den Budgets abgeglichen?** Ansonsten ist ein schönes Wunschkonzert.

Was kann man von den Migranten auch verlangen? Wahrscheinlich kann man ohne gesetzliche Maßnahmen keine Veränderung herbeiführen.

Drei Instrumente haben sich bewährt: finanzielle Unterstützung, Betreuungseinrichtungen, familienfreundliche Wirtschaft.

Wir sehen, dass die finanziellen Unterstützungen nicht ausreichen. Ein Mangel an Betreuungseinrichtungen herrscht vor. Den Ausbau von Betriebskindergärten sollte man ansprechen.

Audit: Die familienfreundliche Gemeinde könnte man als Empfehlung in der Box unterbringen.

Familienfreundliche Wirtschaft: Eine generationsspezifische Betrachtung der geforderten Flexibilität von Arbeitnehmern wäre gut.

Gemeinde- und einrichtungsübergreifende Kooperationen sind notwendig (Mehrfachnutzungen).

Bedarfsorientierungen sind differenzierter mit zu berücksichtigen (Betriebskindergärten, etc.). Eine Vereinbarkeit ist ein wesentliches Thema.

Zu S. 54, Absatz 2 – Kleinkinder und Schulkinderbetreuung ist zu ergänzen.

Im letzten Punkt - auch Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote (z.B. Tageseltern).

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

11

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Das ist gerade ein hochaktuelles Thema in Österreich: **Wer liefert denn das Geld dazu?** Gerade kleine und Kleinst-Gemeinden können das nicht finanzieren.

Inhaltlich ist es natürlich wünschenswert.

Kindergarten sollte bei 3 Jahren bleiben, unterhalb sollte es *Kinderbetreuung* heißen. -> Länder mit höchster Geburtenrate haben die Kinderbetreuungseinrichtungen für die Jüngsten Kinder.

Zur neuen Leidenschaft für die Kinderbetreuung – Die Tendenz alles zu zentralisieren - das zivilgesellschaftliche Eigenengagement sollte dabei nicht untergraben werden. Hier wäre noch einiges zu aktivieren (Nachbarschaftshilfe, flexible Versorgungsformen...). Der Gratiskindergarten war zur falschen Zeit das falsche Signal.

In Schweden zahlen alle für Kinderbetreuung.

Familienpolitik nur mit Kinderbetreuungsmaßnahmen zu belegen ist mir zu wenig. Hier geht es um das Gesamtumfeld. Die Kinderbetreuung dient nur dazu, dass die Eltern der Arbeit nachgehen können. Das Thema der Ganztagschule macht für das Kind einen großen Unterschied (alle gehen hin und nicht nur jene, die aus irgendwelchen Gründen müssen).

Mir fehlen hier die Kinderkrippen, die es für eine Vereinbarkeit auf jeden Fall braucht. In den Städten ist die Abdeckung viel besser, im ländlichen Bereich gibt es noch großen Nachholbedarf.

Das ist wirklich eine finanzielle Herausforderung – vor allem für die kleinen Gemeinden. **Kooperationsmodelle** sind hier gefragt!

Mir fällt auf, dass dies diametral zu den Forderungen der Raumordnung gegenüber stehen: „Wir brauchen mehr Bauland, dadurch können wir Ansiedeln bzw. Familien halten... „

Hier muss man sich klar dazu bekennen, dass das **ÖREK ein Raumordnungspapier ist und zugeben, dass die Versorgungsqualität nicht überall gleich sein kann. Man müsste jedenfalls Mindestqualitäten definieren.** Die **Versorgungsqualität sollte eng mit der Zentralität** – mit dem Zentralitätsprinzip verknüpft werden. Es kann nicht überall gleich sein.

Zur Ausweitung der Angebotsstruktur: Hier muss man die demographische Entwicklung mitberücksichtigen. Da wird man noch nachdenken müssen. Riesige Gebäude und dann keine Kinder, die sie füllen.

Provokante Frage: Warum braucht es eine Ausweitung? In Niederösterreich/Burgenland haben wir schon 98% der Betreuungsquote gedeckt, bezogen auf die Altersgruppe. Es wird wohl eher Ergänzungen dieser Einrichtungen brauchen.

In Wien ist der Bedarf noch besser gedeckt.

Es wird wohl eher um Versorgungslücken, die es zu schließen gilt, gehen.

Es fehlt mir die **familienfreundliche Wirtschaft**. Mir stellt sich die Frage, ob das die Raumplanung ansprechen kann.

Problem bei der Kinderbetreuung sind vor allem auch die Öffnungszeiten! Das ist oft viel mehr das Problem. Wenn 98% der Kinder betreut sind, ist das gut, sagt aber nichts über die Qualität im

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Hinblick auf Öffnungszeiten übers Jahr und pro Tag aus!</p> <p>Die Frage der instabilen Arbeitswelten ist ein wichtiges Thema. Wie man das lösen kann, ist fraglich?</p> <p>Zu Vereinbarkeit Familie & Beruf: Es gibt ein gemeinsames Verständnis auf Länderebene. Aber wenn man die Öffnungszeiten anschaut, gibt es eine große Diskrepanz, um Vereinbarkeit wirklich zu gewährleisten. (Jahres- und Tagesöffnungszeiten)</p>	
---	--

<p>Syntheseblock Maßnahmen</p> <p>Zu 3.2. Familienpolitik</p>

--	--

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

13

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Maßnahmen

Zu 3.3. Jugendpolitik

Mir fehlt hier das geschlechtersensible, wie diesbezüglich unterschiedliche räumliche Bedürfnisse bestehen.

Jugendliche: Lt. ABGB gelten diese bis zum 18 Lebensjahr; ->Verweis auf die UN-Konvention und die dort verankerten Kinderrechte, die auch auf die Einbeziehung münden: Die Jugendbeteiligung sollte auch als Empfehlung formuliert werden. Jugendpolitik ist auch hier eine Querschnittsmaterie.

Die Soziologische Definition gilt bis 24 Jahre. Das Bundesjugendvertretungsgesetz besagt, jugendliche gelten bis 30 Jahre.

Wichtig ist das mit dem Raumangebot.

Jugendliche zeigen sich gern im **öffentlichen Raum und daher sollten dort Plätze für die Nutzung vorgesehen werden (nicht nur getrennte Betrachtung).**

Mir fehlen hier ein wenig die Forderungen. Die Maßnahmen scheinen mir zu beschreibend.

Das gilt auch für Studierende!

Das ist wichtig. Hier muss man aber auch auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse eingehen (z.B. Fußballplätze fast in jeder Gemeinde; für Mädchen gibt es keine Räume bzw. nur die Tribüne...). Es braucht nicht nur den Raum, sondern auch Ansprechpersonen (z.B. geführte Jugendzentren...).

Politische Mitgestaltungsräume werden oft gefordert. Es braucht Überlegungen, wie man Jugendliche einbeziehen kann.

Man braucht einen sehr niederschweligen Zugang für Jugendliche.

Ich unterstütze das sehr. In Vorarlberg im Spielraumgesetz ist dieser Ansatz aufgenommen und wird vom Land gefördert.

Die vier Punkte sind für mich **eher Herausforderungen und nicht Maßnahmen.** Eine wichtige Maßnahme wäre für mich die **Mehrfachnutzung von öffentlichen Räumen.** Das finde ich auch sehr gut. Gegenseitiges Lernen wäre dadurch möglich. Diese öffentlichen Räume sollten zur Verfügung gestellt werden und Räume der „Begegnung sein“

Wenn man die Kostenkeule hier als Argument verwendet - Vergleich „Parkaufwand – Jugendräume“... („Betreuungsplätze für Autos“) – diese müssen auch gebaut werden. **Wo bleiben Plätze, der öffentliche Raum für Jugendliche, Kinder, Alte, Mittlere? Wichtig ist auch ein frei verfügbarer und selbst gestaltbarer, qualitativ hochwertiger freier, öffentlicher Raum**

Ich würde es besser finden, wenn man hier in allen Bundesländern diese Spielplätze vorgesehen sind, nicht nur in Wien.

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

14

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Ich unterstütze das sehr. Diese **Freien Räume** sollten Engagement und Arbeitsplätze („Laboratorien“ mit niederschwelligem Zugang zur Arbeit) sein und keine Event- und Konsumräume.

Die Altersgruppen sind ja vernetzt und sollten nicht nur sektoral abgebildet werden (wie hier im Papier...), z.B. Kinderspielräume. **Man braucht nur einen Platz** und eine Grundsicherheit und die Menschen erobern sich dann diese Räume.

Eigentlich geht es um die Aufwertung bzw. die **Schaffung eines öffentlichen Raumes**, der nicht privatisiert (Einkaufstempel...) ist!

Die Jugendlichen wollen auch schon mitbestimmen. Man muss sie auch in die Planung solcher Räume mit einbeziehen! Das gilt auch für Kinder und die Spielplätze.

Es gibt ein Projekt in Vorarlberg – Hier gestalten Jugendliche mit einem Architekten ihren Freiraum - auch in der Standortwahl, kein fixes Gebäude, sondern immer dort, wo sie sich ansammeln wollen, sind die Bänke abmontiert, daher mobiles Mobiliar... - so entstehen passende Räume.

Stichwort Mobile Jugendtreffs (Wohnwagen)...

Für mich sind das **eher Analysen und keine Maßnahmen**.

Wenn ich an große Siedlungen in Städten denke...welche Angebote sollten geschaffen werden? Diese Vorschläge fehlen mir hier. Es müsste dazu verschiedene Konzepte geben (auch für den ländlichen Raum).

Ich habe die Sorge, **dass wir hier für jede Altersgruppe ein „Ghetto“ schaffen**. Der **Aspekt des Miteinanders der Generationen** gehört hier aus meiner Sicht stärker forciert. Ansonsten fehlt mir die Verbindung. Nicht für jeden einen einzelnen Raum – gemeinsame Räume für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind wichtig! Auch **FREIE und ÖFFENTLICHE Räume**, die Freiheiten der Nutzung ermöglichen, aber auch das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen fördern.

Ich finde man sollte keine eigenen Räume schaffen, aber man sollte sich an Aktivitäten orientieren z.B. für Senioren und Jugendliche. Ich finde, dass hier das Vereinsleben im ländlichen Raum viel übernimmt. Manche fallen dann aber durch den Rost.

Ländlicher Raum = Organisation

Städtische Gebiete = öffentliche Räume für alle Altersgruppen, **Freie Räume für das Miteinander schaffen**

Das Instrument **„örtliches Entwicklungskonzept“ unter partizipativer Einbindung der Bevölkerung!** Hier gibt es eine starke Ermüdung in den Gemeinden, dennoch ist das als Instrument für die strategische räumliche Entwicklung zu verfolgen.

Die Einbeziehung einer Zielgruppe in die Raumplanung ist hier angesprochen, das könnte man auch auf andere Zielgruppen ausdehnen (Senioren, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ...).

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Bei Jugendlichen gibt es dieses Bewusstsein wirklich gar nicht im Gegensatz zu Kleinkindern und Kindern oder auch SeniorInnen.</p> <p>Ein wichtiger Punkt ist die Schaffung von Räumen, die für Jugendliche geeignet sind und auch für andere Bevölkerungsgruppen möglich sind.</p> <p>Hinweis zu einem Best Practice Beispiel: Mehrfach- und Zwischennutzung in Wien von leer stehenden Gebäuden. Eigentümer die diese Flächen öffnen, Sponsoren, die die Flächen auch gestalten ... das sind Räume, die von Jugendlichen angenommen werden (z.B. Industriehallen für Skater etc. ...).</p> <p>Den Begriff für „Bewegung und Bewegungsmöglichkeiten“ sollte noch aufgenommen werden. Jugendliche bewegen sich nicht immer am Sportplatz ... bzw. z.T. überhaupt zu wenig.</p> <p>Es ist sehr auf Freizeit orientiert. Das Thema Arbeitswelt sollte auch behandelt werden: Wie kann man das erleichtern? „Laboratorien für Jugendliche“- aktives Engagement fördern - Problematik mit Perspektivenlosigkeit der Jugend.</p> <p>Ich möchte dem zustimmen. Das ist ein Defizit auch im Familienkapitel: Es steckt nur ein Teil der Problematik drinnen. Aber: Es sollen nur infrastrukturelle Gesichtspunkte artikuliert werden.</p> <p>Ich habe beobachtet, gerade im allgemeinen Teil hat die Kürzung die differenzierte Betrachtung reduziert, zu stark reduziert. -> Das Thema Arbeitswelt und deren Herausforderungen sind eigentlich nirgendwo betrachtet.</p> <p>Die Verfügbarkeit neuer Medien in peripheren Regionen fehlt mir.</p> <p>Vorschlag -Genaue Betrachtung des Vorarlberger Spielraumgesetzes: Hier werden öffentliche Räume abgesteckt – Jugendliche können Räume gestalten ->Bewusstseinsbildung. Das könnten Anregungen für Lösungsansätze sein.</p> <p>Zur geschlechterspezifischen Trennung: Es besteht unterschiedlicher Bedarf in öffentlichen Räumen (Sportstätten, etc.).</p>	
--	--

<p>Syntheseblock Maßnahmen</p> <p>Zu 3.3. Jugendpolitik</p>	
---	--

--	--

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Maßnahmen

Zu 3.4. SeniorInnenpolitik

Partizipation ist in allen Bereichen wichtig. Generationenübergreifendes Wohnen sollte stark gefördert werden.

„Alterssegregation“ fehlt mir hier ein wenig. Es gibt Regionen, wo alte Menschen sehr dominant sind. Es gibt Entmischung, weil junge Leute dieses Gebiet nicht attraktiv finden.

Die Lösung der Altersversorgung durch neue Wohnformen im Neubau löst unser quantitatives Problem nicht. **Nachrüstung des bestehenden Wohnraums für altersgerechtes Wohnen** ist eine der dringenden Maßnahmen!

Ein Wohngebäude hat eine längere Lebensdauer als ein Mensch und die Nutzung wird sich mehrmals verändern → **flexibler Wohnraum und Aufrüstung ist daher wichtig!!** Das gilt für jeden Wohntyp und jede Wohnart.

Gibt es eine Definition von Senior? Hier gibt es auch eine andere Wahrnehmung zum gefühlten Alter!

Wichtig wäre eine Regionale Abstimmung von Pflegeeinrichtungen, dies sollten keine Prestigeprojekte eines Bürgermeisters sein!

Kleine regionale Pflegeeinrichtungen ergänzen, die wenige zu Pflegende betreut, wo die Pflege organisierbar ist.

Das liest sich sehr gut, **kostet ein irres Geld** und es wird die Frage sein, ob man sich das so leisten kann oder will??? Ich würde mehr Mittel in die Bildung investieren, als in Pflegeeinrichtungen.

Bestehende Strukturen müsste man bestmöglich nutzen und anpassen. Die Richtung passt, aber wir können uns das, was hier steht nicht leisten.

Wohnungsbau müsste zunehmend im Erdgeschoß barrierefrei sein, damit eine einfache Umfunktionierung möglich ist. Das müsste man über die Lebenszeit hinweg steuern können. In Oberösterreich sind alle Wohnungen barrierefrei zu errichten seit 2005 (Lift ab zweistöckigen Gebäuden,...) Das führt zu Baukostenerhöhungen und wird wahrscheinlich wieder politisch zurückgenommen werden.

Z. B. in Oberösterreich: Hier gibt es das Prinzip von eigenen Wohnungen in betreubare barrierefreie Wohnungen zu übersiedeln. Dabei werden hohe Landesförderungen in Anspruch genommen. Das Problem ist, dass die eigenen, großen Wohnungen oft trotzdem billiger sind, als die betreuten Wohnungen.

In Oberösterreich gibt es eine Förderung von € 3.000,- für barrierefreie Errichtung eines Eigenheimes. Das wird von nur 2% in Anspruch genommen. Das Thema ist sehr schwierig.

Hier fehlt mir ein wenig die Konkretheit, gerade für die örtliche Raumplanung. Hier finde ich nur etwas zur Standortwahl von Betreuungseinrichtungen. Das ist für uns eigentlich zu wenig, bei den

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

17

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

übrigen ist mir nicht klar, wer hier was machen soll?

Wo spielt hier die Raumordnung eine Rolle? Das Prinzip unterstreiche ich auch. Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen aber mitgedacht werden. In den nächsten 2 Jahren sehen wir keinen Ausbau irgendwo, sondern müssen schauen, wie wir den Bestand erhalten sollen. Achtung vor Abwägungen, in wen man das Geld investieren soll. Wo sind die altdimensionierten Altenwohnheime? Ja, die gibt es schon...

Betreuung zu Hause solange es geht – so billig ist das aber nicht wirklich, wenn man alles zusammenrechnet! Achtung, das wird dann oft zum Argument verwendet, das uns in der örtlichen Raumplanung Schwierigkeiten macht und die Zersiedelung unterstützt.

Z.B. Kooperation betreutes Wohnen und Kinderbetreuung funktioniert in Freistadt.

Man muss in diesem Thema auch auf die Pflegestufen bei Heimen eingehen (ab Pflegestufe 3 aufwärts!) und man müsste das Spitalssystem mit bedenken.

Zu Punkt 3 –

Die mobilen und stationären Dienste müssen besser verzahnt werden. Es geht nicht nur um Betten oder kleinere Einheiten. Eigentlich bräuchte es eine **Räumlichkeit für gemeinsame Aktivitäten/Tagesangebot** und daher eine zeitweise Entlastung der Familien (2 oder mehrere Tage/Woche). Hier könnte auch die klassifizierte Denkweise aufgegeben werden.

Zu Punkt 4 –

Der Text scheint mir ein wenig altertümlich – hier sind wir schon ein wenig weiter. Betreutes Wohnen bzw. neue Wohnformen sollten direkter angesprochen werden.

Zentrale Orte sind ok. Das hat aber auch eine Tücke. Es müssen auch Erweiterungsmöglichkeiten möglich sein (hier hat es Fehler in den vergangenen Jahren gegeben), aber es sollte natürlich keine Größe überschritten werden.

Die technische Entwicklung, die es auch älteren Menschen ermöglicht, länger zu Hause zu bleiben (z.B. visueller Kontakt über Liveschaltungen, Überwachung von Herz und Kreislauf...), gibt für die Zukunft noch mehr Möglichkeiten. Das wirkt auch gegen die Vereinsamung, weil mehr Kommunikation möglich ist.

Ich sehe das auf der andren Seite als Fluch, topfite Rentner können manche Technologien nicht mehr bedienen, weil das Wissen fehlt.

Die Technik muss insgesamt mehr in diesem Papier vorkommen!

Förderung des freiwilligen Engagements ja! Die jungen gilt es zu aktivieren für die Älteren da zu sein – ein Abschieben von Gemeinwohlarbeiten ist eher der Trend heute -> „verpflichtete Gemeinwesensarbeit (Zivildienst) für alle“ !

Zum Thema Pflege – Integrierte Care-Modelle: Für die Zusammenarbeit mobiler Pflege, Nachtbetreuung, betreutes Wohnen braucht es ein Care-Management und Beratung von Ort.

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

18

Es braucht eine Förderung in Wohnbau / Mehrgenerationenhäuser.

Niederschwellige REHA-Maßnahmen wäre ein zusätzlicher Begriff für Maßnahmen.

-> Es benötigt die Abstimmung in der Planung mit dem Gesundheitswesen und konsistente Systeme.

Räumliche Entwicklung die Begegnungen und Kontakt/Kommunikation ermöglicht!

Wichtig wäre auch die **Frage der „Mehrfachnutzungen“**: man sollte die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht so auseinanderdividieren – Räume der Begegnung für alle schaffen, integrierte Konzepte – so eine Maßnahme fehlt eigentlich noch!

Ich finde es schön, dass ältere Menschen nicht nur als Pflegefall gesehen werden!!! Und dass hier ein positives Altersbild gezeichnet wird. Das ist sehr zu unterstützen.

Zu Pflege: Ich unterstütze die Vorschläge. Es bräuchte mehrere Abstufungen von Pflege zu Hause bis hin zum Pflegeheim.

Die ältere Generation zieht sich sehr zurück (auch wenn sie nicht pflegebedürftig sind). Man muss hier auch Maßnahmen setzen, damit man sie aus der eigenen Wohnung rausholt (Tagesbetreuung...). Hier wären auch **generationenübergreifende Projekte** sehr interessant (Studentin in Wohnungen von älteren Menschen ...) – kombinierte Angebote zB Vormittag für Kinder, am NM für Kinder und ältere Menschen gemeinsam.

Vieles gibt es schon. Individuelle Leistungen.

Alten- und Pflegeheime brauchen eine wirtschaftliche Größe.

Wohnortnähe „Unterbringung“ sollte auch aufgenommen werden – dies ist ein bedeutender Bereich.

Der vierte Punkt muss mehr auf den ländlichen Raum eingehen: Die richtige Strategie wäre hier, dass vor allem auch dezentrale Orte dadurch gestärkt werden (Arbeitsplätze, Belegung von Ortskernen, ...).

Hinweis auf eine **Studie der Stadt Wien: „Ageing Society“** (WU Wien) - das was hier beschrieben ist bezieht sich auf **80+ Menschen, die 60+Generation ist hier nicht angesprochen**. Es braucht auch Angebote für die 60igjährigen.

Zu den Senioren am Arbeitsmarkt – Ab wo beginnen die Senioren?

„Chancengleichheit“ im ersten Absatz – Was ist damit eigentlich gemeint? Wo stehen Senioren in einem Wettbewerb?

Die Bezeichnung „Alten- und Pflegeheime“ ist nicht „gut“. Hier könnte man mal einen anderen Begriff finden.

In den 60iger Jahren gab es eine starke Landflucht. Viele von diesen Personen gehen jetzt in Pension ... vielleicht kann es hier einen Trend geben, dass diese Personen wieder in Richtung Land gehen (Das müsste man sich anschauen. Es könnte auch eine Chance für diese Gegenden sein.) -> Für Wien-Waldviertel ist es ein Trend -> Das bringt aber auch große Probleme, weil die

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

19

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Infrastruktur hier nicht so gut ist etc.</p> <p>Das Bild der Alterung und der Jugend sollte ein wenig überarbeitet werden: „Prospektive Alterung“ - Ein 60igjähriger hat eine höhere Lebenserwartung als früher; Umgekehrt: Jugendliche und Kinder sind bereits mit systematischen Krankheiten befasst, die eine geringere Lebenserwartung vermuten lassen. Es könnte sein, dass hier wieder andere Strukturmaßnahmen auf uns zukommen.</p> <p>Bsp. Projekt „sALTo“ selbstbestimmt älter werden im Stadtteil, Unterstützen das Leben im geläufigen Umfeld durch verschiedene Instrumenten z.B. Telefonketten, Gestaltung von Fußwegen, ... könnte hier als Box angeführt werden.</p> <p>Hinweis auf eine Studie: Flexiblere Definition des Alterns (vor allem auch im Hinblick auf Gesundheit und Einkommen, Korrelationen).</p> <p>Rückkehr zu sozialen Netzen. Die erste Generation der Zuwanderer hat oft nicht diese Möglichkeiten – Z.B. Tageszentren in Wien bieten hier Angebote.</p>	
<p>Syntheseblock Maßnahmen</p> <p>Zu 3.4. SeniorInnenpolitik</p>	

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

20

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Maßnahmen

Zu 3.5. Gesundheitspolitik

Gesundheit ist mehr als Krankenversorgung. Die Raumplanung hat sehr viel mit Gesundheit zu tun z.B. Mobilität, Stress ... und Gesundheit muss hier breit mitgedacht werden.

Es sollte sich hier im Kapitel niederschlagen - gerade Gesundheitsförderung und –prävention.

Das **Gemeinschaftsprojekt** „sALTo“ wäre für eine box geeignet (Stadtentwicklung und Gesundheitsplanung!)

Hier steht alles und nichts. **Es ist nicht konkret.**

Das sind Allgemeinplätze. Es gibt sehr genaue Planungen und Vorgaben im Gesundheitsbereich.

Was heißt die Zusammenführung? Schreiben für die Übersicht? Oder ist damit gemeint, dass ein gemeinsamer Plan geschrieben werden soll? Hier hängt die Finanzierung auch zusammen und dann bräuchte es eine gemeinsame Finanzierung? Ein erster Schritt wird derzeit gemacht (ÖSG) – hier ist die Finanzierung immer ein zentraler Punkt.

Bei den Krankenhäusern gehen wir in die Richtung Kompetenzzentren. Das wird wohl der zentralen Gesundheitseinrichtung entsprechen. Derzeit wird folgendes verfolgt: Basisversorgung in der Region und spezielle medizinische Angebote in Zentren.

Die demografische Struktur wird im ÖSG und RSG sehr wohl abgebildet. Sozioökonomie und Verkehrswege könnte man besser berücksichtigen.

Was sind zentrale Orte? Vielleicht deckt es sich mit dem Regionalen Strukturplan?

Mir fehlt hier eigentlich die therapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, auch an Schulen (z.B. in Oberösterreich: Wartezeiten von 2-3 Monate für Logopädie). Auch die psychotherapeutische Versorgung sollte man ergänzen. Diese Themen sind immer relevanter.

Gut wäre eine Evaluation, ob die Leistungen, die angeboten werden auch sinnvoll sind im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Grundsätzlich ist das ok. **Zentralität und Verkehrserschließung ist wesentlich** - In Tirol ist das Bestand. Die Aussagekraft vom BIP wird auch im Gesundheitssektor diskutiert: d.h. als Patient werde ich ein Erfolgsfaktor für das BIP; Als Gesunder trage ich im Gesundheitswesen nichts zum BIP bei.-> hier müsste man ganz anders herangehen.

Es gibt in Österreich einen Mangel im nichturbanen Bereich. Die Gemeinschaftspraxen sind in einem gewissen Rahmen erlaubt und im Kommen.

Bestimmte Indikatoren rechnet man mit „Wald- Wiesen-Schlüssel“ aus. H hier könnte man einiges ändern und die demographische Entwicklung berücksichtigen.

Die Zusammenführung der Teilbereiche sollte auf Länderebene durchgeführt werden. Es fehlt

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

21

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

<p>sicher eine stärkere Vernetzung und Durchlässigkeit der Gesundheits- und der Sozialversorgung. Es würde Sinn machen hier eine Empfehlung abzugeben.</p> <p>Wir kennen nur zwei große Einrichtungen: Krankenhäuser - Niedergelassene Ärzte (Einzelkämpfer). Zwischen den beiden fehlt eine Zwischenstruktur wie z.B. kleine ambulante Versorgungseinrichtungen (Ärztzentren), die regionale Strukturen bieten könnten und eine größere Potenz wie ein einzelner Arzt haben.</p> <p>Die Finanzierung ist hier und bei der Pflege ein großes Thema. Daher sollte man hier auch wirtschaftliche Überlegungen anführen (z.B. Krankenhaus sind nicht nur Gesundheitsversorgung sondern auch ökonomischer Betriebe ...).</p> <p>Die hier angeführte Abstimmung mit den zentralen Orten sollte man auch bei den anderen Kapiteln übernehmen. Dieses Kapitel orientiert sich gut am zentrale Orte Konzept.</p> <p>Bitte aufnehmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) integrative Gesundheitsplanung (inter- und extramural) und grenzüberschreitend 2) Ausbau der betriebliche Gesundheitsförderung (Vorbeugung ...) 3) Frühzeitige Bewusstseinsbildung, möglichst schon in der Schule <p>Ist ok.</p> <p>Bitte um Ergänzung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Entwicklung der Gesundheitsziele und Strukturpläne sollte in Landesentwicklungskonzepten berücksichtigt werden. 2) Bei bestehenden Krankenhaus-Standorten sind funktionale und abgestufte Differenzierungen vorzunehmen. Z.B. Niederösterreich hätte zu viele Krankenhaus-Standorte. Es kommt wohl eher darauf an, was man daraus macht (Umwandlung in REHA-Einrichtungen, etc.). <p>Wohnortnahes Spital sollte man beibehalten (hat auch arbeitspolitische Maßnahmen). Kurze Wegstrecken sind eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung.</p> <p>In dem Papier beginnt die Gesundheitspolitik erst bei der Krankheit.</p>	
--	--

Syntheseblock Maßnahmen Zu 3.5. Gesundheitspolitik	
---	--

--	--

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

22

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung – Maßnahmen

Zu 3.6. Zuwanderung und Integration

Seit den 60iger Jahren waren die Zuwanderungssalden positiv. Die höchsten Zuwanderungsspitzen waren Zuwanderungen aus Krisengebieten. Das lässt sich nicht steuern. Aktuelle Zuwanderung findet vor allem aus den EU-Ländern statt. Typischer Zuwanderer ist derzeit ein Deutscher Staatsbürger.

Die Zuwanderung von EU-Bürgern ist direkt im EU-Gesetz geregelt (z.B. verpflichtende Deutschkurse gehen hier nicht). Die EU-Regelungen dazu „Vergemeinschaftung“ wird immer stärker.

Ich finde die **Maßnahmen z.T. ein wenig widersprüchlich**. Ein sozialer Mix ist sicher zu unterstützen. Der Handlungsbedarf der Kommunen widerspricht dem, weil hier die Gemeinde als zuständige Organisation für Migranten gesehen wird. Eine Privatisierung kommunaler Bestände gibt es „systematisch“ in Österreich nicht.

Teilprivatisierung – Abschottung von öffentlichem Raum: Die Frage ist eher eine der Auswirkungen durch die ökonomische Schere.

Ich kann nicht so viel damit anfangen. **Was ist ein gelungener sozialer Mix?** Das ist sehr schwer zu sagen, das hängt sehr von der Region ab. Es ist schwer, hier Indikatoren zu finden.

Es gibt schon Möglichkeiten der Steuerung (Wien ist ja sehr gut damit gefahren). Gemischte Preisniveaus des Wohnbaus in einem Viertel , der geförderte Wohnbau (hohe Finanzierungsbeiträge oder niedrigere Finanzierung, dafür niedere Miete),...

Im Neubau ist der höchste Ausländeranteil gegenüber anderen Beständen, wenn zwei Personen des Haushaltes erwerbstätig sind.

Die Antidiskriminierungsrichtlinie ist zu beachten, wenn wir die einen oder anderen Maßnahmen verankern wollen!!!

Ich würde für das Kapitel empfehlen: Zuwanderungsmuster ein wenig zu beleuchten, z. B. Wohnraum für Zuwanderung im Altbau.

Wohnfläche für österreichische Staatsbürger vs. Wohnfläche für Zuwanderer (Achtung: nach Haushaltsgröße anschauen): Hier gibt es große Unterschiede, so auch beim Einkommen (hat wohl mit Bildung zu tun ...); Vielleicht kann man diese Hintergründe mit aufnehmen und kommt dann eher zu gezielteren Lösungsansätzen. Ich verstehe nicht, warum man das auf Zuwanderung hin betrachtet, das spielt auch für Österreicher eine Rolle.

Empfehlung zu wohnpolitischen Maßnahmen: Hier gilt es Finanzierungstöpfle der EU zu nützen.

Wir haben einiges davon in Oberösterreich umgesetzt und trotzdem kommt es zu den Entwicklungen, die hier angesprochen werden. In der Wahrnehmung der Bevölkerung ist nicht die Staatsbürgerschaft relevant, sondern die Wahrnehmung als MigrantIn.

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

23

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Es ist alles zu bejahen, aber es ist sehr schwierig hier in der Wohnbauförderung aktiv zu werden. Außer wir führen eine stärkere Planungswirtschaft. Aber hier haben wir einen Konflikt zum Eigentum.

Es sind nicht nur die Städte sondern städtische Ballungsräume - das können auch kleinere Ortschaften mit Wirtschaftsstandorten sein.

Zu Handlungsspielräume –

Ein Integrationsleitbild (Land, Gemeinden, NGO's) in Oberösterreich wurde erstellt. Dazu müssen die Schnittstellen (=Nahtstellen) hergestellt werden.

Zur Wohnbauförderung -

Förderungsempfänger und Förderungsprofiteure sind nicht die gleichen Personenkreise. Das ist ein Spannungsfeld, in dem wir stehen.

Der soziale Sprengstoff ist für mich hier nicht ganz abgebildet. Z.B. die Wohnungsgenossenschaften akzeptieren AusländerInnen gar nicht. Die Eltern geben die Kinder nicht mehr in die Sprengelschulen, weil zu viele AusländerInnen dort sind... Wir bemühen uns derzeit, Substandardwohnungen mit Schwarzvermietung auszuräumen.

Die Frage hier ist – ist es ein raumordnerisches Thema oder ein anderes Thema? Substandardwohnungen sind kein raumordnerisches Thema...

Es ist ein höchst - raumordnerisches Thema - wo wird Bauland ausgewiesen und wie wird dort gebaut... Viele dieser Zusammenhänge müsste man wirklich bewusst machen.

Z.B. Der Qualitätsbeirat versucht Neuerrichtungen so zu gestalten, dass der Standard passt. So kann man mit Förderungen irgendwie eingreifen.

Zu Punkt 4 –

Es geht einfach um die Förderungspolitik, z.B. allgemein genutzte Erschließungsflächen die nicht gefördert werden, sind dann klein gehalten.

->**Hinweis qualitätvoller öffentlicher Raum** – dieser sollte da sein!

->**Bildungsmaßnahmen als Integrationsunterstützung**

Qualitätvoller öffentlicher Raum ist auch hier ein zentraler Schlüssel für ein gelungenes Zusammenleben – dies sollte hier stärker berücksichtigt werden!

Es schert den Ausländer über einen Kamm. Für Ausländer braucht man spezifische Maßnahmen. Ausgrenzung wird hier durch die Formulierung vorgenommen.

Es ist **sehr auf Wohnen fokussiert**. Es fehlen hier Beispiele, die es plastischer machen können. Hier gibt es ja ganz positive Maßnahmen aus den Städten (Sprachen für Kinder,...).

Das ist zu planerisch gedacht. Z.B. Der „**ethnische Mix**“ – das geht nicht überall und wird es wohl auch nicht geben. Es sind andere Kriterien, die eine Stadt für Zuwanderer attraktiv machen. Ein

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

24

„Mix“ kann nicht planerisch hergestellt werden! Wo endet die Planbarkeit – das sollte mitgedacht werden.

Ich sehe das auch so. Wir haben die Erfahrung gemacht, wenn in einer Wohnanlage unterschiedliche Migrationsfamilien sind, dann sprechen die Kinder am Spielplatz deutsch. Wenn sie eine Sprache sprechen müssen, dann fördert das die Integration.

Gezielte Zuwanderung – Ist das ein Thema, oder nicht?

Jene, die Zuwanderer wollen und brauchen, sind aus meiner Sicht in die Pflicht zu nehmen. Man kann hier nicht alles auf die öffentliche Hand abschieben (Unternehmer einbeziehen!). Z.B. Sprachkurs für Mitarbeiter, etc.

Mir fehlt die **gesellschaftliche und kulturelle Integration** (z.B. Feuerwehr, Vereine, ...), die hier nicht erwähnt ist.

Der letzte Satz „...überlastet“ ist so ein Blödsinn. Es kommt auf die Planung an.

Bei größeren Wohnanlagen sollte auch soziale Begleitung aktiv sein, um die Hausgemeinschaft zu fördern. Hier gibt es auch ein größeres Potential für alle möglichen Maßnahmen.

Es wäre hilfreich, zu wissen, ob die „Brandstifterei“ nicht auch gesetzlich eingedämmt werden kann.

Die Sprache hier ist sehr schwer verständlich und sehr technisch. Es geht um Menschen.

Mir fehlt das Potential der einzelnen Gruppen – viele Zuwanderungsgruppen haben soziale Netzwerke, die zum Teil diese Aufgaben übernehmen. Die **Selbstorganisation** müsste hier angesprochen werden. Das kann natürlich auch negativ sein, weil es die Segregation unterstützt.

Auch die Umlandgemeinden sind sehr gefordert, weil sie oft die billigeren Wohnungen anbieten.

Ich finde, dass die Maßnahmen sehr allgemein gehalten sind.

Eine eventuelle Ergänzung: Integration ist keine Einbahnstraße und von allen Bevölkerungsteilen wird ein aufeinander zugehen bedingt.

Zu Absatz 1: „... Ausbau und gezielt fördern“ in Wien existiert es schon.

Die **Rolle der ethnischen Ökonomie** fehlt mir hier ein wenig: Z.B. Die Kaufkraft wird nicht immer abgezogen, es kann auch zu einem Aufschwung führen (türkischer Lebensmittelhändler ...).

In Wien wird ein großer Teil der Wertschöpfung schon von Menschen mit Migrationshintergrund gemacht. Hier braucht es eine besondere Förderung für diese „Unternehmen“.

Auch der hier geschaffene Arbeitsmarkt sollte angeführt werden.

Werturteil zieht sich zum Beitrag: Gleichsetzung von Zuwanderung und sozial Schwächeren stimmt nicht.

Es gibt auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen ohne Migrationshintergrund, wo auch

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

25

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Konfliktfelder auftreten.

Segregation ist nicht per se schlecht bzw. ist sie unerwünscht → Es geht um die Wahlfreiheit (rechtlich und ökonomisch), eine unfreiwillige Konzentration von benachteiligten Gruppen ist nicht gewünscht. Herausforderungen treten vor allem dort auf, wo sozial schwache Gruppen (Inländer und Ausländer) sich konzentrieren.

Integration hat nicht nur mit Ausländern zu tun sondern betrifft auch die soziale Situation → „Diversität“.

Zuwanderung ist nicht mit Ausländern automatisch zu verknüpfen.

Quoten der Besiedelung sind mir nicht bekannt und diese sollte es auch nicht geben.

Bitte den Text nochmals überdenken und mit den Wanderungsdaten der Statistik Austria anschauen – z.B. hochrangige Zuwanderung um Bratislava und Umland, etc. Wanderung ist für viele Bereiche auch ein positiver Impuls.

Problematisch ist die Zuwanderung vom Ausland oft im Bezug auf die Sprache. Es ist eine Querschnittsmaterie; Integration funktioniert in den Gemeinden; Sprache ist ein wesentlicher Faktor! Bereich Wohnen, Beruf und Ausbildung und Sicherheit und Sprache sind hier relevant und hier müsste man investieren. Dann dürften keine „Enklaven“ entstehen. Zuwanderung ist in den Ballungszentren ein Thema, die oft auch nicht „kontrolliert“ stattfindet.

Was tun, wenn Zuwanderer nicht willig sind für Integration? Subgesellschaften sollten nicht entstehen.

Im Text sind einige Mutmaßungen vorhanden, z.B. Konzentration von Bevölkerungsgruppen und Abwanderung – es gibt keine zustimmende Datenbasis für diese Aussage...

Für welche Bevölkerungsgruppe ist Integration überhaupt notwendig? Hier gibt es sehr unterschiedliche Bedürfnisse der Regionen.

Die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft ist wichtig.

Zivilgesellschaftliches Engagement! Hinweis auf 3.2. - Strich 1: Kinderbetreuung – Die Qualität und Notwendigkeit in Hinblick auf Integration muss definiert werden.

Es ist zu sehr auf Wohnen fokussiert: Siedlungs- und Wohnbaupolitik. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, das alle Bereiche durchdringt. Bildung ist sehr wichtig! Stichwort Zivilgesellschaftliches Engagement: Vereinsleben.

z. B. Hausbesorger: Begleitung des Zusammenlebens, als Unterstützung des konfliktarmen Zusammenlebens.

Hier muss über Wohnungs- und Stadtteilpolitik eine Brücke zur RO Politik erst geschaffen werden. Hinweis auf RAUM Ausgabe „Standortfaktor Integration“.

Hinweis auf „Nationaler Aktionsplan Integration“.

Es gibt eine spezifische regionale Sensibilität diesem Thema gegenüber: Z.B. In Graz bei der

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

26

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) BEVÖLKERUNGS- UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Reflexion wurde kaum darauf hingewiesen.</p> <p>Zusammenfassung Reflexion: Zu viele Wohnungspolitische Maßnahmen; Warnung vor Privatisierung sozialer Wohnungen. -> Das könnte rausgenommen werden.</p> <p>Es ist kein integrationspolitisches Kapitel! Da ist man schnell im Nationalen Aktionsplan Integration. Den Räumlichen Aspekt herauszufiltern, das ist die Schwierigkeit in den Kapiteln!</p> <p>Die Kapitel sind defizitorientiert! Eine Potentialorientierung wäre wichtig! Mir fehlt etwas die Zukunftsorientierung. Z. B. Positive Sichtweise aus multikulturellem Ansatz.</p> <p>Dort wo kein Problem ist, ist auch keine Notwendigkeit für politische Maßnahmen! Daher ist es nicht nur Chancenorientiert.</p> <p>-> Vermeidung von Konzentration als Zielvorstellung von wohnungspolitischen Maßnahmen.</p> <p>Eine Verhinderung von Parallelgesellschaften sollte man mit hineinnehmen.</p> <p>Interkulturalität als Standortfaktor: RO Instrumentarien regional- und stadtpolitisch; Integrationskonzepte für Gemeinden / Gemeindeübergreifende Konzepte.</p> <p>Interkulturalität als Standortfaktor ist Aufgabe der Verwaltung, nicht der Raumentwicklung. Wo hört das ÖREK auf?</p> <p>In ganz kleine Gemeinden gibt es Leerstände, auf die Migranten zugreifen. Hier kann eine neue Problematik entstehen -> Gesellschaftliche Integration -> andere Angebote ziehen sich zurück.</p> <p>Da ist dann kein Standortvorteil.</p>	
--	--

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

27

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Syntheseblock Maßnahmen gesamt

- Wesentliche Bereiche sind angesprochen, besonders wichtig: Jugendpolitik (kommt sonst kaum vor), Zuwanderung und Integration, Bildung
- Was genau wird unter „Raumsensibler Bildungspolitik“ verstanden?
- Bereich Bildung - Ergänzungen: Lehrlinsausbildung, stärkere Beachtung von ganztägigen Schulformen und Gesamtschule – v.a. wegen den räumlichen Auswirkungen (sowohl Gebäude als Schülerpendelbewegungen)
- Bereich Zuwanderung – Ergänzungen: Potenzialblick, ethnische Ökonomien
- Integration allgemein sollte nicht nur im Hinblick auf Zuwanderung gesehen werden: Integration verschiedenster Bevölkerungsgruppen: alt- jung, Frauen – Männer, etc.
- Integrativere Betrachtung: es sollte nicht jede Altersgruppe nur einzeln gesehen werden! Integrative Maßnahmen anführen (- siehe öffentlicher Raum)
- Wesentlicher Punkte:
 - Zur Verfügung-Stellung von qualitativem öffentlichen Raum, Raum für Begegnungen schaffen, Freiraum schaffen zur Begegnung aller Gruppen
 - Mehrfachnutzungen forcieren: im öffentlichen Raum, bei Gebäuden (zB Schulen), Sälen, Vereinslokalen etc.
 - Kooperation als wesentlicher Punkt: zB bei Betreuung von Kindern, SeniorInnen in ländlichen Gebieten
 - Familienpolitik ist mehr als nur „Vereinbarkeit“
 - Herausforderung der Finanzierung der Maßnahmen mitdenken

Farbcode:

BKA – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

28

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum (PIP), Kapitel

Verkehr & Mobilität

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

--	--

Verkehr und Mobilität – Herausforderungen
--

<p>Die Reduktion der Kfz-Fahrleistung ist wohl eher ein Wunsch an das Christkind. Ist hier nur der Individualverkehr und LKW Verkehr gemeint?</p> <p>Das ist im Widerspruch zu Punkt 3, der Sicherung der Mindeststandards.</p> <p>Wir wissen doch alle, dass es keine Kostenwahrheit gibt im Verkehr, daher kann ich das mit den konkurrenzfähigen Transportkosten nicht unterstützen.</p> <p>Die drei Punkte zeigen die Widersprüchlichkeit von Raum und Mobilitätsentwicklungen. Die Herausforderungen widersprechen sich in sich. Man sollte sich eher auf ein Ziel konzentrieren, das man erreichen will. Das ist natürlich eine gesamtpolitische Entscheidung (wenn ich Klima in den Vordergrund stelle, dann darf ich im Waldviertel keine Betriebe ansiedeln,... weil ich damit Verkehr produziere). Das geht im Kapitel so fort. Es gibt sehr viele Widersprüche/Zielkonflikte, die hier angesprochen sind.</p> <p>Prinzipiell sind die einzelnen Punkte zu unterstützen, z. B. Kostenwahrheit ja, aber da hat man die Verdünnung der ländlichen Regionen.</p> <p>Die Schweiz ist ein gutes Beispiel dafür, dass es anders geht. Eine LKW-Maut auf allen Straßen, das bräuchten wir auch.</p> <p>Die Ziele sind prinzipiell richtig: 40% der Energie fließt in die Mobilität. Ein Bergbaubetrieb bringt Material in den Zentralraum. Er kann dazwischen auch die Schiene benutzen und muss nicht nur den LKW nützen. Da ist viel zu tun.</p> <p>Kostenwahrheit kann nicht schlecht sein. Der Steuerzahler zahlt es immer und ohnehin. Wenn ich falsche Signale gebe,... aber die Politik entscheidet immer auch politisch ... (Erhöhung Benzinpreise – Erhöhung Pendlerpauschale)</p> <p>Die Gefahr ist immer, ob man durch Fördermaßnahmen für die Kostenwahrheit Aktivitäten setzt, die andere Effekte mit sich bringen. Oft kosten dann die Gegensteuerungseffekte mehr.</p> <p>Dieses Thema müsste man fast übernational lösen.</p> <p>Zu Punkt 3</p> <p>Den Punkt Geschwindigkeit würde ich um „Bequemlichkeit“ ergänzen - manche gute planerische Ansätze werden nicht angenommen, weil sie nicht bequem sind.</p> <p>Zu Punkt 2</p> <p>Es benötigt eine unbedingte Berücksichtigung der externen Kosten des Verkehrs. Man darf es nicht auf die reinen Transportkosten beziehen, wie es hier gemacht wurde.</p> <p>Öffentlicher Verkehr darf nicht nur nach den Kosten entschieden werden, sondern nach den Notwendigkeiten, die es zu definieren gilt (Betriebe, Anzahl der Bewohner, ...). Das</p>	
--	--

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Kostenargument ist zu stark gewichtet derzeit.

Die Dinge müssen auch wirtschaftlich langfristig sein – nicht aktuell bezogen sondern einen Zeitraum von 50 Jahren im Auge haben. Die Frage, was ist wirtschaftlich, hat hier einen längeren Planungshorizont.

„**Postfossile Mobilität**“ – eigentlich müsste man möglichst früh überlegen, was macht man, wenn eine Verlagerung aufgrund der Entwicklungen unausweichlich ist. Hier wird sich in den 10 Jahren des ÖREK einiges ändern. Ein laufendes Abchecken, ob hier schon Veränderungen stehen ist nötig.

Ich sehe einen Widerspruch zwischen Punkt 1 und 2 und 3: Kurze Wege – Wettbewerb – vergleichbare Chancen ... die große Herausforderung ist ja, wie gehe ich mit einem stark dominierten Verkehr auf der Straße um? Wenn wir den ersten Punkt verfolgen, kommen wir bald in eine Diskrepanz. Die Botschaft muss doch lauten, was machen wir wirklich auf der Straße?

Wieder die Frage – was verträgt welcher Raum?

Die Entsolidarisierung durch den Verkehr ist noch verstärkt.

Die starke **Wechselwirkung zwischen Verkehrs- und Raumplanung und die notwendige Zusammenarbeit soll hervorgehoben werden!**

Der Anspruch ist, dass Raumplanung im Bezug auf die Verdichtung im ländlichen Raum noch schärfer als im städtischen Raum interpretiert wird. Die Gretchenfrage ist ja, auch wie kann man die Infrastruktur im ländlichen Raum finanzieren? Würde das nicht dazu führen, dass in diesen Räumen nur mehr Hochhäuser stehen?

Die Expansion ins Umland – es passiert eher eine Rezentralisierung.

Zielkonflikte:

Steuerthematik, Erhöhung der Mineralölsteuer ... man müsste wirklich die Pendlerpauschalen etc. grundlegend überdenken.

Jeder handelt für sich ja richtig...

Erwähnt sollte noch werden, dass Wohn- und Gewerbegebiete mehr gemischt werden sollen, um gerade kurze Wege zu ermöglichen. Natürlich müssten sie verträglich sein.

Frage: 3 km Umweg ist eigentlich egal – zwar energiepolitisch nicht - aber der Gesamtradius wird größer durch die Umfahrungen. Darum geht es.

Mein Problem ist, dass man sich **zu wenig um den Fußgängerverkehr** kümmert.

Verkehr ist die Folge von verfehlter Raumordnung. Nahversorgung ist hier natürlich ein großes Thema, wenn es keine Post mehr gibt etc. dann muss man sich weiter bewegen. Das müsste man überwirtschaftlich sehen.

Mir fehlen in diesem **Kapitel die Stärkung der regionalen Zentren und deren Infrastruktur.** Dadurch kann man Mobilität reduzieren.

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Mobilität könnte vielfach einfacher sein, z.B. für die Bahn wenn nicht alle Schulen um 8 Uhr sondern gestaffelt beginnen würden.

Zu 1 (S. 63, erster Spiegelstrich): Das ist stark auf Ballungszentren und Städte bezogen, das sehe ich im ländlichen Raum als unrealistisch. Wie der öffentliche Verkehr manche Gebiete nicht so bedienen kann. Hier wäre eine Unterscheidung zu treffen

Ergänzung: Öffentlicher Verkehr trotzdem. **Der Güterverkehr und die Erreichbarkeit von Zentren ist nicht angesprochen; Erschließungen/Schnittpunkte der verschiedenen Verkehrsträger.**

Sehr auf den Punkt gebracht!

Hinsichtlich **Erreichbarkeit** wäre es wünschenswert zu benennen, dass Ballungsräume auch gut funktionieren und sich gut entwickeln (weitere Verdichtung, etc. ...). Wenn wir nur den Fußgänger forcieren, dann sprechen wir von sehr kleinen Distanzen, dazu braucht es eine starke Verdichtung.

Zu Zielkonflikten: Hier fehlt die Kostenwahrheit!

Die zentrale Schraube ist die Siedlungsentwicklung. Es braucht Zentrale-Orte-Konzepte etc.

Zu 1: Es geht vor allem darum, Menschen vom Individualverkehr in den öffentlichen Verkehr zu bewegen. Dazu muss man etwas tun, damit die Angebote angenommen werden.

Z. B. Murtal: Wir erleben, dass immer mehr Haltestellen reduziert werden aufgrund von Einsparungen. Es sollte festgehalten werden, dass funktionierende Verbindungen beibehalten werden sollen -> Zielkonflikt!!!

Es ist eine finanzielle Frage! Auch die schwindenden Schülerzahlen führen dazu, dass bestimmte öffentliche Verkehrswege reduziert werden. Warum funktioniert es in anderen Ländern, z.B. Schweiz? Dort funktioniert der öffentliche Verkehr wesentlich besser und der öffentliche Verkehr macht sogar Gewinn. Das hat wohl mit dem Bewusstsein der Nutzer zu tun.

Hypothese – es gibt keine Idee in der Regionalpolitik: Die flächige Entwicklung und das Halten der Besiedelung um jeden Preis oder die ökonomische Verdichtung und der Rückbau von dünn besiedelten Gebieten – **diese Entscheidung ist noch nicht gefallen**. Was gibt es hier in Österreich für eine grundlegende Strategie? **Wie sieht die Positionierung aus?**

Wir haben so große Baulandreserven – Wie kann man gut verdichten, ist hier die Frage? Wir sind unter der kritischen Maße, um die Siedlungsentwicklung zurückzunehmen. Hier braucht es wirklich schärfere Mittel.

Die Siedlungsentwicklung ist die zentrale Stellschraube. Z.B. die Schweiz hat eine andere Siedlungsstruktur. Das öffentliche Verkehrsangebot muss heruntergefahren werden. Man muss sich andere Konzepte überlegen.

Das Verkehrsthema gefällt mir sehr gut, aber es ist eine hilfreiche Argumentationsebene hier die Verdichtung auch von dieser Seite zum Thema zu machen.

Zu 1 - Schön und gut, aber wie geht man da in dispers besiedelten Gebieten um?

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

3

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Der Absatz ist nicht ganz klar...Wie kommen wir weiter? Das ist die Kernfrage CO2-Zertifikate.</p> <p>Zu 2 - Ist eine no-na Ansage.</p> <p>Was heißt das? Sollen wir uns vom Straßenbau verabschieden? Oder sollte man für die Standortentwicklung mit Straßenausbau und ÖV-Ausbau sein?</p> <p>Wichtig ist die Sicherung von Erreichbarkeit.</p> <p>Zur nationalen Entwicklung der Erreichbarkeit – Mindeststandards macht wer? Hier fehlt mir ein wenig das betriebswirtschaftliche Weiterdenken (wo liegt die finanzielle Kompetenz?) .</p> <p>->Der Ausbau und der Betrieb der Infrastruktur ist die Kernherausforderung.</p> <p>Zu 3 – Da liest sich gut, aber wo ist die Definition des Mindeststandards? Das kann man nicht über ganz Österreich drüber ziehen. Das Vorhandensein und die Finanzierbarkeit wird eher das Thema sein ... hier stimmt die Begründung nicht.</p> <p>Hier gibt es einen Zielkonflikt mit Punkt 4. Hier wäre ein Bekenntnis wichtig, Elektromobilität sollte eventuell auch direkt als Chance angesprochen werden.</p> <p>Die österreichischen Zielsetzungen sollten sich wohl von der Europäischen Diskussion nicht gravierend unterscheiden. Gerade das Thema der Sicherung der Erreichbarkeit ... (Punkt 2) könnte noch umfassender dargestellt werden.</p> <p>Zu ergänzen wäre auch die „langfristige Finanzierbarkeit“ des Verkehrssystems. Das ist eine zentrale Herausforderung der heutigen Zeit.</p> <p>Es muss uns bewusst sein, dass wir mit dem Verkehrssystem Erreichbarkeit schaffen und damit die Entwicklung eines Raumes maßgeblich beeinflussen! Disperse Gebiete brauchen einen neuen Ansatz...</p> <p>Was ist die Lösung? Wie kommen wir aus dem Gefangenendilemma raus? Kooperation ... Ausgleichsmaßnahmen ... Problemauflistung...?</p>	
---	--

Syntheseblock Herausforderungen

<ul style="list-style-type: none"> • Auf den Punkt gebracht • Wesentlich: Zielkonflikte im Verkehrsbereich! • Wesentliche Bereiche: <ul style="list-style-type: none"> - Siedlungsentwicklung als zentrale Stellschraube für die Verkehrsentwicklung - Abstimmung RO und Verkehr als zentrale Herausforderung - Kostenwahrheit im Verkehr - langfristige Finanzierbarkeit des Verkehrssystems (Infrastruktur und Betrieb) - Erreichbarkeit und Standortqualitäten 	
--	--

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Verkehr und Mobilität– Maßnahmen

Zu 4.1. Kompetenzübergreifende Zuständigkeiten

Zu 4.1.1 Festlegung bundesweiter Mindeststandards der öffentlichen Verkehrserschließung

Grundsätzlich würde ich 4.1.6 (Kostenwahrheit im Verkehr) an die erste Reihe stellen. Alle Maßnahmen kann man erst dann reihen, wenn die Finanzierung gesichert ist.

Dem möchten wir uns alle anschließen.

Begrüßen auch Mindeststandards für das was wir wollen. Wenn ich an die Kapitalbindung von Tunneln denke, dann muss man sich auch entscheiden, was man nicht will. Hier gibt es bereits Benchmarks, wo man ableiten kann, was das kosten wird. Es braucht in diesem Themenfeld Benchmarks - wie viel bräuchte ich, um bestimmte Deckungsraten zu erreichen? Daran würde man erkennen, was man wirklich braucht.

Mindeststandards – hier stellt sich die Frage, ob sie verpflichtend sind? Wenn ja - das Vorbild Schweiz ist hier ein wenig herauszulesen - Fern- und Nahverkehr in das Mindestangebot hineinnehmen. Das hat natürlich Konsequenzen.

Es gibt eigentlich keinen Fernverkehr innerhalb Österreichs ... ;)) - Das ist eher Regionalverkehr im Vergleich zu BRD.

Verlängerung der Bahnstrecken - die Frage ist, wer übernimmt die Trägerschaft von regionalen ÖV-Einrichtungen, die schienengebunden sind?

Die **Prioritätenreihung würde ich eher hinterfragen**, erscheint mir nicht so nachvollziehbar.

Die **Integrierten Mobilitätskonzepte** (gerade auch für Ballungsräume) wären sehr hilfreich und würden ein Mobilitätsangebot schaffen. Das ist genau das Thema der gemeindeübergreifenden Mobilitätsplanung. Das wäre sehr wichtig! Die Finanzierung dazu muss aber auch stehen!

Eine Verschränkung von aufeinander aufbauenden Systemen ist dabei aber sehr wichtig (Abgestimmte Konzepte, welches Transportmittel bei welchem Andrang)!

Steuerrechtliche Fragen spielen auch hier eine Rolle. Die Fragen der Fahrtpauschale und Jahreskarten, die sind hier nicht angesprochen.

Es gibt niemanden, der weiß, was der Verkehr in Österreich kostet. Es wäre schon die Frage, ob man dieses Thema in das örek mit aufnimmt.

Mich stört immer, dass die Nutzer des ÖV nicht wissen, was die Aufrechterhaltung des ÖV kostet und sich über die tatsächlichen Fahrtkosten aufregen.

Die Maßnahme Mobilitätskonzepte ist viel zu weich formuliert. Das ist eine Notwendigkeit (z. B. Krankenhäuser, die nicht am ÖV angebunden sind oder Ärztezentren am Kreisverkehr ... da gibt

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

es meist keine Busanbindung). Das hat die Raumplanung gar nicht mehr in der Hand.

Kostenwahrheit – soll man Infrastrukturprojekte bzw. deren Finanzierung nicht anhand ihres Beitrages und ihrer Wirkung für die Mobilität beurteilen?

ÖV ist ein allgemeiner Begriff. Wichtig ist, dass ein „Attraktiver“ ÖV eingerichtet wird, z. B. Bahn auf eigener Trasse

Hier gefällt mir die klare Zuständigkeit, wer was zu machen hätte.

Was mir noch fehlt ist der Zeitrahmen, in dem etwas zu machen ist und Folgen für Nichthandeln.

Die Mindeststandards sollten wirklich auf Österreichischer Ebene erarbeitet werden und diese sind dann auch zu befolgen. Das wäre sehr wichtig.

Was soll die Wirkung solcher Standards sein? -> Das wäre eine sichere Alternative zum PKW, egal wo ich lebe. Die Frage ist ja dann, wie man das sicherstellen kann, dass es gemacht wird? Hier haben wir ein finanzielles Thema, das fraglich ist, ob es so umgesetzt wird. Das könnte letztenfalls dann dazu führen, dass regionale Konzepte wieder verunmöglicht werden. Es sollte eine Richtlinie sein. **Die Schweiz macht das sehr gut vor.** ...es wird schwierig sein, das über einen Kamm zu scheren...

Es fehlt mir noch der Punkt, was als zumutbare Entfernung für die Erreichbarkeit der Haltestellen gesehen wird.

Das wirft viele rechtliche Fragen auf.

Man muss sich das „Gefäß“ überlegen. Das ist regional sehr verschieden zB Tirol – Oststeiermark erfordern andere Erschließungen des ÖVs.

Gemeinde, Bundesland und überhaupt grenzüberschreitendes Denken - dazu ist sehr wichtig und gefragt eine raumübergreifende Struktur.

Wer soll das umsetzen? Ich weiß nicht, wie das zustande kommen soll? Das ist ja auch eine **budgetäre Frage**, wenn man solche Normen formuliert.

Bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen erschweren die Kooperation in der Region (z.B. nur Schüler, Konzessionsschutz), das ist gerade im ländlichen Bereich ein Thema. Dazu wäre eine Änderung der gesetzlichen Möglichkeiten auf der Bundesebene notwendig. Die Schüler sind eine gute Stütze des ÖV.

Der ÖV ist in Österreich überhaupt nicht „geordnet organisiert“. **Eine österreichweite Rahmenorganisation des ÖV wäre hier sehr wichtig.** Ziel: Ein stabiles öffentliches Verkehrssystem, das eine Verdichtung unterstützt bzw. Planungssicherheit gibt für Siedlungsentwicklungen.

Derzeit ist kein Geld vorgesehen, der Bund ist nicht aktiv in diesem Bereich. **Hier braucht es Rahmenbedingungen.**

Das können wir nicht ohne das Thema Finanzierung diskutieren. Das werden wir machen müssen, um überhaupt sagen zu können, was wir uns in Zukunft leisten können. -> **Bedarfsprüfung** ist

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

6

ÖROK-Gst. - orange

Verdichtung – Bundesländerreflexion Verkehr und Mobilität

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
<p>kurz angedeutet. Achtung die Schweiz hat eine andere Steuerstruktur (Verlängerung ist dort gegeben, Kantone haben Steuerhoheit), mit der heutigen Struktur wird es nicht gehen.</p> <p>Zu Mindeststandards im Hauptnetz - Was ist hier gemeint?</p> <p>Zu Öffnung SchülerInnenverkehr – Wahrscheinlich ist hier der SchülerInnengelegenhetsverkehr gemeint, oder?</p> <p>Mindeststandards wären aber schon gut.</p>	
<i>Zu 4.1.2 Entwicklung eines nationalen Mobilitätskonzeptes</i>	
<p>Hoffungsgebiet der nichtmotorisierten Mobilität – Fußgänger und Radfahrer (wird derzeit vom Lebensministerium forciert!). Gibt es vom BMVIT eine Zielsetzung nach unten? Nein, dazu gibt es derzeit nix, bzw. das ist kein Thema.</p> <p>Wichtig ist hier, dass es ein mehrstufiges nationales Konzept ist, wo die Länder und Regionskonzepte eingearbeitet sind. Schnittstellen sind von regionalen und überregionalen Konzepten zu definieren und zu bearbeiten. Ziel wäre eine koordinierte Angebotsplanung. Übergeordneter Fernverkehr müsste integriert sein.</p> <p>Strategische Handlungsfelder -> Ein Bekenntnis zur Förderung des öffentlichen Verkehrs müsste formuliert sein und die Finanzierungsbeteiligung geklärt werden.</p>	
<i>Zu 4.1.3 Integrierte regionale Raum- und Verkehrskonzepte (Mobilitätskonzepte)</i>	
<p>Das kommt mir am Griffigsten vor. Infrastrukturinvestition und Förderung soll an solche Konzepte gebunden sein. Es braucht verlässliche Fördermittel für die Gebietskörperschaften, eine Ergänzung durch Finanzierungssicherheit.</p> <p>Sehr gut!</p> <p>Koordinierung ist regional jedenfalls erforderlich und wichtig. Manche Einrichtungen laufen parallel (Bus, Bahn) und in der Abstimmung fehlt es manchmal. -> Das ist sehr wichtig.</p> <p>Bitte um Ergänzung von integrierten Mobilitätskonzepten (alle Verkehrsträger sollten betrachtet werden).</p> <p>Manche Regionen sind nur dann gut erschlossen, wenn die Schulfahrten stattfinden.</p>	
<i>Zu 4.1.4 Kooperationszwang und Kooperationsanreiz</i>	
<p>Kooperationszwang gefällt mir sehr gut und ist enorm wichtig. Offen bleibt für mich, wie will man das durchsetzen?</p> <p>Beides ist notwendig.</p> <p>Wie komm ich zum Zwang? Durch Gesetz oder gibt es andere Maßnahmen – wie macht man es?</p> <p>Was soll erzwungen werden? Vielleicht ist eine gezwungene Zusammenarbeit oft nicht möglich?</p> <p>Es muss Rahmenbedingungen geben, wo Zusammenarbeit einen Nutzen schafft. Ansonsten</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

7

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

haben wir nur Scheinkooperationen. Aber es macht es einfacher, wenn solche Rahmenbedingungen gegeben sind.	
--	--

<i>Zu 4.1.5 Konsequenzen von EU-Regelungen und deren Umsetzung</i>	
--	--

<p>Nr. 1370/2007 – das würde ich mir wünschen, dass Ausschreibungen nach dieser Richtlinie ausgeschrieben werden und nicht nach Landes- bzw. Bundesvergaberecht. Hier wird Sozialdumping verhindert. → Das sehe ich anderes, weil es keinen Rechtsschutz gibt.</p> <p>Das ist geltendes EU-Recht und gilt. Ob es sinnvoll ist Ausnahmeregelungen vorzunehmen sehe ich nicht.</p> <p>Mir fehlt die Neuaufteilung der Aufgaben und Ausgabenverantwortung.</p> <p>Dieser Punkt sollte aus meiner Sicht ganz vorne stehen, weil er den Rahmen für den Handlungsspielraum liefert.</p> <p>Ist dieser Punkt mit dem Mindeststandards vereinbar? Bzw. man könnte diese beiden Punkte zusammenfassen und dabei die Wechselwirkungen berücksichtigen (das geht vielleicht schon zu sehr ins Detail).</p> <p>Der erste Absatz gefällt mir nicht wirklich – er erscheint auch nicht ganz korrekt. Hier sind einige Dinge vermischt. Zum ersten Satz – Das ist eigentlich schon verwirklicht in den Gesetzesmaterien (Deregulierung in Großbritannien wird es bei uns nicht geben!). Änderungen am Markt werden auf Seiten der Marktteilnehmer kommen.</p> <p>Die Liberalisierung am Schienenverkehrssektor kann nur funktionieren, wenn die Finanzmittel regionalisiert sind.</p> <p>Der Absatz gibt einen Geist wieder, der sich nicht mit der Wahrheit deckt, zumindest aus regionaler Sicht. In jeder Nah- und Regionalverkehrsleistung steckt öffentliches Geld. Diese sind gemäß den Spielregeln der PSO (public service obligation) konsequent handzuhaben (Tarife, Schüler, ...). Daher ist das eine falsche Denkweise.</p> <p>Nicht ein „Betreiber“ muss gefunden werden, die zuständige Gebietskörperschaft muss eine Leistung entsprechend beauftragen – das ist der springende Punkt!</p> <p>4.1.5 ist problematisch.</p> <p>Dieser Bereich ist nicht klar verständlich und beinhaltet ein paar Unschärfen. Klarer formuliert sind diese Anliegen in 4.1.7 „Prüfverfahren von Plänen und Projekten“</p> <p>Kompetenz: Wie Soll hier die ÖROK aktiv sein? Bund und Wirtschaftsministerium sind zuständig,</p>	
--	--

<i>Zu 4.1.6 Kostenwahrheit im Verkehr gekoppelt mit räumlichen und sozialen Ausgleichsmaßnahmen</i>	
---	--

<p>Aus meiner Sicht wäre die Kostenwahrheit die wichtigste Maßnahme, weil sich einiges von selber regelt. Dann finde ich auch den Punkt Kooperation wichtig.</p> <p>Das führt wohl nicht dazu, dass Angebote im ländlichen Raum weiterhin aufrechterhalten werden? Außer es trägt der Bewusstseinsbildung bei im Sinne von wir leisten uns das. In vielen Fällen ist es wohl nicht die kostengünstigste Lösung, den ÖV so wie er ist aufrecht zu erhalten,</p>	
---	--

Farbcode:
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
<p>aber man denkt keine anderen Alternativen an.</p> <p>Kostenwahrheit brauchen wir überhaupt im ÖREK 2011!</p> <p>Das ist prinzipiell zu unterschreiben, aber es gibt auch Bereiche, wo es keine sozialen Ausgleichsmaßnahmen gibt.</p> <p>Zur Zuständigkeit: BMVIT -> bei Finanzierungen ist das BMF ein zentraler Player und eigentlich zuständig!</p> <p>Gibt es die Kostenwahrheit? Das ist nicht behandelt und es ist eigentlich eine Frage des EU-Rechts. Hier gibt es klare Grenzen und Regelungen!</p>	
<i>Zu 4.1.7 Prüfverfahren von Plänen und Projekten</i>	
<p>Zu 4.1.7 (Prüfverfahren von Plänen und Projekten)</p> <p>Ok! Z. B. gibt es ein verpflichtendes Mobilitätsmanagement für Betriebe? In der Bauordnung ...</p> <p>Genau das ist der Punkt -> Für das Einkaufszentrum in Vöcklabruck wurde erstmals im Baubescheid festgehalten, dass eine Kleinbusanbindung integriert wird. Ich bin sehr gespannt, wie das anlaufen wird. Vielleicht ist das der richtige Weg.</p> <p>In Salzburg wird bei Großbetrieben schon sehr darauf geschaut, wie die Anbindung gemacht wird (z.B. Hallein, ...).</p> <p>Wenn mehrere kleinere oder zeitlich nacheinander ... dann hat man das Instrument wieder nicht mehr in der Hand.</p> <p>Hier gibt es auch eine gesetzliche Grundlage auf Gemeindeebene, die Anschlussabgabe – wird nicht angewendet ...</p> <p>Das stimmt.</p> <p>Das Manko der Verkehrsgutachten, Fuß- und Radfahren müsste integriert sein.</p>	
Syntheseblock Maßnahmen Zu 4.1. Kompetenzübergreifende Zuständigkeiten	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

Verkehr und Mobilität – Maßnahmen
--

Zu 4.2. Raumpolitische Zuständigkeiten

<i>Zu 4.2.1 Koppelung der Wohnbauförderung an Lage, Mindestdichten, ÖV- und Raderschließung</i>

<p>Was ist unter Raderschließung zu verstehen?</p> <p>Hier wird es wohl um Radwege gehen. Mit dem Rad kann ich überall fahren. Der Radweg dient ja eher dazu, die Straße radfrei zu machen. Innerhalb von Siedlungen soll alles auf der Straße geführt werden, auf einer Landesstraße etc. Dann spielt der Radweg eine Rolle.</p> <p>Wenn hier gemeint ist, dass zwingend ein Radweg gemacht werden muss, dann wäre ich dagegen. Ich glaube, dass das ein hoher Erhebungsaufwand für die Wohnbauförderung ist.</p> <p>Eine Rückwidmung von Bauland ohne ÖV wäre „nett“ aber wahrscheinlich mangels Standards schwer umsetzbar. Das bleibt wohl eher Theorie. Das wird wohl eher weiter nach hinten gereiht.</p> <p>Welches Ziel steht darüber?</p> <p>Ok! Andere Förderungen sollte man auch anschauen.</p>	
--	--

<i>Zu 4.2.2 Beurteilungskriterien der Neuwidmung</i>
--

<p>Das ist eine gute Sache.</p> <p>Für Städte geht das rasch, bei ländlichen Bereichen ist der ÖV so schwach, das das kein Kriterium für die Entscheidung ist. Eine vorausschauende mögliche Erschließungsperspektive für den ÖV müsste vorgesehen sein für den ländlichen Raum.</p> <p>Wenn wir wüssten wie? Bei alten Widmungen ist es schwierig, bei neuen haben wir das Instrument der Vertragswidmung. In Kärnten haben wir leider einen hohen Bestand an gewidmetem Bauland.</p> <p>Das geht nur wenn die Mindeststandards vorliegen.</p> <p>Diese Eigenschaften werden hier beurteilt werden. Zu Neuwidmungen – Hier sind wohl nur größere Flächen gemeint.</p> <p>Nein, das sollte unabhängig von der Größe sein.</p>	
---	--

<i>Zu 4.2.3 Mobilisierung bestehender Baulandreserven bei guter ÖV-Erschließung</i>

<p>Natürlich wäre das wünschenswert, die Umsetzung ist aber die Gretchenfrage. Ansonsten ist es ein Eingriff in bestehendes Recht. Eine steuerliche Steuerung wäre möglich...</p> <p>Punkt 1 und 2 passen sehr gut.</p> <p>Ich habe ein wenig Unbehagen, dass hier nicht auf besondere Raumtypen eingegangen wird z.B. Berggebiete – Verdichtungsgebiete – Streugebiete.</p> <p>Ich habe ein wenig das Gefühl, hier herrscht eine sehr städtische Sicht vor und ich wünsche mir</p>	
---	--

Farbcode:
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>eine differenziertere Sichtweise. Das reale Veränderungspotential sollte machbar sein!!!</p> <p>Zu 1</p> <p>Wohnbauförderung wird hier verwendet für eine verfehlte Raumplanung. Die spielt eigentlich am Schluss eine Rolle.</p> <p>Es bräuchte einen eigenen Punkt: Die bestehende Widmung müssten auf die Mobilitätsauswirkung und bauliche Ausnützbarkeit überprüft werden -> mit welcher Konsequenz? Das ist eine Illusion. Wir können die Widmungssituation nicht umkrempeln. -> Es wird eine Vision brauchen, daher muss man das schon mit hineinnehmen. Das heißt noch nicht, dass sie verändert werden.</p> <p>Das Ziel ist beschrieben, aber wie?</p> <p>Was heißt gute ÖV-Erschließung? Bei den Mindeststandards kann ich mir nicht vorstellen, dass die überall gleich lauten können. Auch hier braucht es eigentlich die Mindeststandards!</p>	
--	--

Zu 4.2.4 Hochrangiges Verkehrsnetz und Standortentwicklung	
<p>Würde ich ergänzen mit Neuumfahrungen und Landesstraßen.</p> <p>Hier sind mehrere Sachen vermischt. Achtung - Autobahnknoten erzeugen wieder Umwidmungen – Autobahn – Landesstraße. Das hängt sehr vom Einzelfall ab. Eine differenzierte Betrachtung wäre wichtig.</p> <p>Was mir ein wenig fehlt, es gibt ja auch Gewerbegebieteförderungen. Hier könnte man durchaus anknüpfen und dieselben Überlegungen wie bei Wohnbauförderungen anstellen. Auch beim Güterverkehr und nicht nur dem ÖV sollte man die Überlegungen anstellen.</p> <p>Achtung Formulierung: Ich habe ein Problem bei Autobahnknoten, die nicht erschlossen werden – viele Autobahnknoten sind noch auf der grünen Wiese.</p> <p>Grundsätzlich: Eigentlich wird nur in der Einleitung dargelegt, dass der Ausbau schon „fast am Ende ist“. Hier müsste man sich die Investitionsprogramme anschauen. Dem Ausbaus des hochrangigen internationalen Verkehrsnetzes sollte man einem eigenen Punkt widmen.</p> <p>Zu 1 Manchmal ist es vielleicht der richtige Ort. Das ist daher nicht in jedem Fall zu vermeiden! ... „nicht ausschließlich mit Individualverkehr ...“ wäre eine Möglichkeit -> Ausnahmen sollte man anführen. Hier kommt auch der soziale Aspekt zu kurz. Wie soll der den Standort erreichen? Wenn es gelingt, wenn einen ÖV-Anschluss gibt ...</p> <p>Zu 2 - Grundsätzlich ist das interessant, eine Verkehrsanschlussabgabe. Das ist derzeit totes Recht – warum? Weil kein Bürgermeister/keine Gemeinde damit beginnen wollte. Vielleicht bräuchte es dazu eine übergeordnete Vorgabe für alle.</p>	

Zu 4.2.5 Rückwidmung von Bauland ohne ÖV-Erschließung	
<p>Wie wollen wir Distanzen definieren? Fußläufigkeit , oder...</p> <p>Mir fällt auf, dass das Wort „Entschädigung“ nicht vorkommt (Entschädigung kann ja nur gekoppelt sein an Infrastrukturinvestitionen, in manchen Themenfeldern ist es ohne Entschädigungen nicht machbar). Vielleicht sollte man das benennen. Es gibt keinen</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
<p>Nutzwertausgleich.</p> <p>Wie ist es gemeint? Wenn es keinen Betreiber mehr gibt, muss man dann rückwidmen? Oder meint man, großflächige Baulandflächen, die nicht genutzt wurden ... oder bezieht es sich auf Neuwidmungsflächen.</p> <p>Die Koppelung mit Bevölkerungsprognosen ist bedenklich. Da müsste man genauer ausformulieren. Die Strategie der schrumpfenden Regionen ist überhaupt klarer zu formulieren.</p> <p>Geist des Absatzes: Wer ist tätig? Es unterstellt, dass ein Verkehrsunternehmen etwas von selbst tun würde. Das ist mit der PSO eigentlich ausgeschlossen, die Leistungen werden bestellt von Gemeinden etc. Die Kernfrage ist, ob eine Gemeinde überhaupt die Finanzierung dauerhaft sicherstellen kann.</p>	
<i>Zu 4.2.6 Erschließung von Bauland bei Berücksichtigung von Energie- und Mobilitätskosten</i>	
<p>Eine Beratung der Betroffenen sollte hier verpflichtend sein.</p> <p>Ich sehe das eher als „Beratung zu den Mobilitätskosten“ – die Überschrift verspricht anderes.</p> <p>Es wäre aber schon sehr interessant, diese Überlegungen zu dokumentieren. Damit hätte die nachfolgende Generation die Information und den Diskussionsstand der Zeit der Entscheidungsfindung... Eine dokumentierte Kosten-Nutzenrechnung sollte ins Kapitel 6 einfließen.</p>	
<p>Syntheseblock Maßnahmen</p> <p>Zu 4.2. Raumpolitische Zuständigkeiten</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

Verkehr und Mobilität – Maßnahmen	
Zu 4.3 Verkehrspolitische Zuständigkeiten	
<i>Zu 4.3.1 Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur zur Sicherung der internationalen, regionalen und lokalen Erreichbarkeiten</i>	
<p>Die Prioritätenreihung ist schwierig nachvollziehbar. Muss das überhaupt sein?</p> <p><u>Die Maßnahmen sind alle zu unterstreichen.</u></p> <p>Das Papier ist eigentlich Raumentwicklung. Die CO2-Bilanz an sich und die Mineralölsteuererhöhung - soll das in diesem Papier geschrieben werden?</p> <p>Ist der Tanktourismus ein Problem für die Raumplanung??? Der Individualverkehr soll seinen Beitrag leisten und da wäre eine flächendeckende Maut für alle oder Zweckbindung besser (wobei Steuer und Zweckbindung verträgt sich nicht).</p> <p>Die Benützungsgebühr ist besser. Das fördert auch das Bewusstsein der Benutzung der Infrastruktur (das hat einen Vorteil zur Mineralölsteuer). Z. B. 2008: selbst der Österreicher hält sich zurück, wenn die Preise höher werden.</p> <p>Das liest sich so, als wäre das Bauen der Infrastruktur für die Erreichbarkeit notwendig, gleichzeitig wird der Bahnverkehr z.B. Wien-Venedig eingestellt... Maßnahme nicht ganz nachvollziehbar hier.</p> <p>Es gibt ein wenig eine starke Konzentration auf die Hardware. Es gibt einige Projekte wie die Koralmbahn bei denen man vor dem Bau neuer Infrastruktur die Notwendigkeiten festlegen müsste.</p> <p>Als Pendler ist es nicht entscheidend, ob ich 5 oder 10min. schneller bin, sondern ich will ordentliche und verlässliche Verbindungen haben.</p> <p>Es gibt sogar Fälle, wo es sinnlos ist, so etwas zu errichten, weil die Anschlüsse dazu fehlen.</p> <p>Die Differenzierung von Schiene und Straße wäre wohl wichtig, weil die Entwicklungspolitischen Ziele wichtig sind. Ist nicht die Qualität der Erreichbarkeit ein Thema (z.B. Süden versus Linz)? Hier braucht es vergleichbare Ziele.</p> <p>Der Norden hatte in den vergangenen Jahren aufgrund der Donau etc. so große Erschließungsvorteile im Gegensatz zum Süden. Hier wäre Chancengleichheit aller Regionen in Österreich wichtig und müsste hergestellt werden, ansonsten ist die Westbahn irgendwann sechsspurig und die Südbahn bleibt so wie sie ist (ÖBB, ASFINAG werden diese als AG-Unternehmen nicht unterstützen).</p> <p>Regionen stehen im Wettbewerb zueinander; Wien steht mit Budapest in Konkurrenz, zB Süden steht mit dem Raum Linz in Konkurrenz – diese Gedanken sollte man herausbringen.</p> <p>Z.B. Olympiabewerbung: Die Erreichbarkeit war ausschlaggebend für den Zuschlag.</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

13

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<p>Zieldefinition: vergleichbare Qualität der Erreichbarkeit.</p> <p>Die Infrastruktur ist ein Entwicklungsmotor.</p> <p>Der erste Punkt wäre für mich ein Rahmen, der die Regelung von Bund bis zur Gemeinde vornimmt. Eine Reform für Finanzierungsinstrumente !!!! Dann sehe ich die Punkte 4.3.2 und 4.3.3. als wichtig, die gehören dann Investitionsgebunden.</p> <p>Eine integrierte Standortpolitik ist wichtig. Der Vorrang des ÖV vor Güterverkehr sollte hier formuliert werden.</p> <p>Es braucht eine Differenzierung von Infrastruktur und Betriebsleistung.</p> <p>Die Terminologie ist ein wenig schwierig. Verkehrsinfrastruktur sehe ich anders als der Punkt 2. Der Bus lebt ja nicht von der Haltestelle ... Infrastruktur ist natürlich bei jedem Projekt zu betrachten, sie sagt aber noch nichts zur Erreichbarkeit. Das zieht sich wie ein roter Faden durch. Die Erschließung der Infrastruktur im ÖV ist nicht ausreichend, wichtig ist es auch, den Betrieb zu betrachten – ohne den Betrieb bringt die Infrastruktur nicht!</p> <p>Formaler Punkt: Die Botschaft der Handlungsempfehlung ist sehr schwach formuliert. Soll man weitermachen, wie bisher, soll man andere Prioritäten</p>	
--	--

Zu 4.3.2 Anhebung der Mineralölsteuer zur Vermeidung von Tanktourismus und Umwegverkehr

<p>Ist der Tanktourismus ein Problem für die Raumplanung??? Der Individualverkehr soll seinen Beitrag leisten und da wäre eine flächendeckende Maut für alle oder Zweckbindung besser (wobei Steuer und Zweckbindung verträglich ist).</p> <p>Die Benützungsgebühr ist besser. Das fördert auch das Bewusstsein der Benutzung der Infrastruktur (das hat einen Vorteil zur Mineralölsteuer). Z. B. 2008: selbst der Österreicher hält sich zurück, wenn die Preise höher werden.</p> <p>Die Anhebung der Mineralölsteuer ist ok (eigentlich ist die Wohnung außerhalb der Stadt billiger und daher muss man mehr zahlen, wenn man Verkehr produziert und daher kann man die Pendlerpauschale nicht generell erhöhen).</p> <p>-> Viele Menschen trifft das sehr in ihrem Einkommen, daher braucht es bei sozialen Schichten einen Ausgleich.</p> <p>Die Erhöhung Mineralölsteuer bitte auch für den Flugverkehr.</p> <p>Der Tanktourismus ist aus meiner Sicht nicht der zweitwichtigste Punkt.</p> <p>Ok. Das ist ein Weg zur Kostenwahrheit insgesamt – aber der Tourismus und Umwegverkehr ist nur ein kleiner Aspekt des Ganzen – warum steht dies hier in der Überschrift?</p> <p>Die Schwerpunktsetzung der Maßnahme ist nicht nachvollziehbar? Eine Ökologisierung der Pendelfahrten ... PKW-Roadpricing würde das ersetzen ... Einnahmen der Mineralölsteuer im Verhältnis des Tanktourismus ... Ist das die richtige Überschrift? Es wirkt so, dass die Anhebung noch andere Wirkungen hätte und nicht nur jene auf den Tanktourismus.</p> <p>-> Tanktourismus ist schon erheblich (CO2-Belastung).</p>	
--	--

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

Das ist eine Maßnahme den IV teurer zu machen. Insgesamt ist der Tanktourismus aber ein Nebenschauplatz. Insgesamt ist dies eine Maßnahme zur Kostenwahrheit, die den Umstieg auf ÖV erleichtern und beschleunigen könnte!	
Zu 4.3.3 Einführung einer flächendeckenden kilometerabhängigen Abgabe für den Straßengüterverkehr	
Die flächenabhängige Maut würde das ablösen und wäre eine gute Maßnahme! In Abhängigkeit von der Qualität des ÖV. gesamter Straßenverkehr. Passt! Ok!	
Zu 4.3.4 Kostenwahrheit bei Aufschließungskosten	
Passt! Aufschließungskosten trägt die Gemeinde – warum zahlen die das? Das Beispiel ländliche Streusiedlung ist nicht gut gewählt. Es könnte wohl ein besseres Beispiel geben.	
Zu 4.3.5 Verbesserung der Verbindungen im hochrangigen Schienennetz zwischen Ost- und Westösterreich	
Das schiene mir sehr wichtig – vor allem für Vorarlberg. Zum Thema Fahrplangestaltung - Güterverkehr und Fernverkehr wird priorisiert, Regionalverkehr ist benachteiligt. Das stimmt so nicht. Das hängt von der zur Verfügung stehenden Infrastruktur ab. Es braucht sicher noch einen Ausbau. Im Moment ist der Güterverkehr eingebrochen und daher ist es gerade leichter. Ok (Innsbruck – Salzburg). Das kann man so nicht stehen lassen, wenn man gerade die Südachse und den südlichen Korridor und die Donaustrategie diskutiert. Daher Ergänzung: Süd- Osterschließung bzw. Anlehnung an die europäischen Hauptachsen Ost-West – Das ist nur ein Schauplatz -> Da müsste man einiges ergänzen. Die Beseitigung von Engpass-Kapazitäten in Ballungsräumen, zu den Nachbarländern, ... -> Das ist zu eng betrachtet. Wien – Prag – Bratislava – Budapest -> 2/3 des ÖV spielen sich hier ab. Der gesamte Ostraum und seine Vernetzung in die benachbarten Städte fehlt hier eigentlich komplett. ->Das müsste eigentlich bei 4.3.1 angesprochen werden.	
Zu 4.3.6 Zeitlich abgestimmter Rückbau im nachrangigen Straßennetz beim Ausbau hochrangiger Netzteile	
Hier sehe ich Kosten für Gemeinden und Länder, weil Rückbaumaßnahmen nicht unmittelbar nach dem Neubau umgesetzt werden. Wenn der Rückbau verpflichtet wird, gibt es Mehrbelastungen, wenn es nicht verpflichtend ist, dann haben wir zwei stark genützte Straßen. Die Frage ist natürlich, welche Maßnahmen braucht es, damit der Rückbau überhaupt möglich ist.	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

15

ÖROK-Gst. - orange

Verdichtung – Bundesländerreflexion Verkehr und Mobilität

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
<p>Das ist ein kommunales Thema und hat mit städtebaulichen Konzepten zu tun (z.B. Henndorf), im Rahmen von abgestimmten Mobilitätskonzepten muss man sich das überlegen.</p> <p>Bei ASFINAG, bei Hochleistungstrecken etc. ist das bereits z.T. schon im UVP-Verfahren vorgeschrieben, dass rückgebaut werden muss.</p> <p>Wir bauen keine hochrangigen Netze mehr, der Grundausbau ist im Westen Österreichs gegeben. Das finde ich belanglos für Tirol. Das ist am ehesten bei Ortsumfahrungen ein Thema, daher schon eine Bedeutung. Die Frage ist, was macht man mit den Straßenräumen.</p> <p>Das hat nicht so eine hohe Priorität. Das ist ein betriebswirtschaftliches Thema des Straßenerhalters.</p> <p>Achtung zur Formulierung: Die ist irreführend. Eine Maßnahme hat andere Maßnahmen zur Folge.</p> <p>Das ist relevant und wichtig.</p> <p>Die Umsetzung sollte zeitgleich und nicht nur möglichst zeitnah stattfinden.</p>	
<i>Zu 4.3.7 Erhaltung und Entwicklung des schienengebundenen Regionalverkehrs</i>	
<p>Die Schaffung von regionalen Verkehrsträgern ist als Voraussetzung notwendig .</p> <p>Das finde ich in Tirol nicht so relevant, österreichweit natürlich schon.</p> <p>Bitte den Aspekt ergänzen: Schienennetze auf jeden Fall erhalten, auch für den Güterverkehr. Gewerbe sollte man wieder ans Schienennetz koppeln.</p> <p>Ich verstehe nicht, warum man derzeit wieder mehr Güter auf die Straße bringt -> 4.3.3 unterstützt die Maßnahme (Tarife spielen hier eine wichtige Rolle!).</p> <p>Achtung zum TEXT: Ziele müssen so formuliert sein, dass sie keinen Selbstzweckcharakter haben.</p> <p>Formulierungsproblem: Warum nur schienengebundener Regionalverkehr? Die Effizienzfrage ist hier zu stellen. Muss das ein schienengebundener Regionalverkehr sein?... mit dieser Forderung tu ich mir schwer ... denn der Adressat ist das Land und unverhältnismäßig ... Der Adressat sollte der Bund sein, d.h. aber leistungsfähiger Regionalverkehr oder man nimmt den Busverkehr dazu und betrachtet das gesamthaft. Regionalverkehrskonzepte -</p> <p>Die Bahn hat nicht per se einen Zusatznutzen. Die Finanzierung ist genau das relevante Thema! Diese Planung ist natürlich das Thema. Es darf nicht alles auf die Länder abgeschoben werden. Die Finanzierung ist durch die Länder nicht allein machbar.</p>	
<i>Zu 4.3.8 Nutzung der Instrumente des Ruhenden Verkehrs zur Steuerung des Quell- und Zielverkehrs</i>	
<p>Ruhender Verkehr ist verantwortlich für Begleitthemen.</p> <p>Hier hat die Schweiz sehr radikale Vorgaben im Bereich des Parkraumes (eine verpflichtende Parkgebühr, die für den ÖV zweckgebunden verwendet wird; wenn das Ziel ÖV nicht erreicht wird, wird die Gebühr erhöht), das wird in Vorarlberg sehr diskutiert. Das wäre sicher sehr wirkungsvoll.</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

16

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
<p>Die Stellplatzverordnung gibt schon Möglichkeiten: Dadurch sind Beschränkungen möglich. Die Stellplatzverordnung könnte man prinzipiell als Maßnahme ergänzen.</p> <p>->Zweckgebundene Strafgeelder für den ÖV nützen (z.B. Salzburg)</p> <p>Eine Ergänzung von Mobilitätsmanagement in der Überschrift wäre wichtig. Das müsste man von der Priorität her höher ansiedeln.</p> <p>In Graz gibt es derzeit ein Projekt mit Baurägern dazu: Verpflichtend car-sharing anbieten, ...</p> <p>Das ist relevant. Der überregionale Kontext fehlt hier (in den Städten ist es durch die Parkraumbewirtschaftung gegeben). Die interkommunale Steuerungsmöglichkeit fehlt hier und keiner will damit beginnen.</p>	
<p>Zu 4.3.9 Rechtliche Absicherung von gemeindeübergreifenden Fuß- und Radwegen</p>	
<p>Ich sehe Probleme bei Standards bei Radwegen / Radrouten. Die Frage ist, ob die Standards so sinnvoll sind? Wichtig wäre, wo was als Mindeststandard festgeschrieben ist und was der Zielerreichung dient oder eher verhindert.</p> <p>Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger – ÖV-Rad, Rad-Fußverkehr, ÖV-Fußverkehr ... Jene Personen, die planen, sind oft nicht jene, die diese Wege benutzen.</p> <p>Eigentlich geht es hier wohl mehr um den Ausbau der Fuß- und Radwege. Die rechtliche Absicherung ist wohl eine Haftungsregelung; die Frage ist, ob es nicht ein Teil des Straßennetzes sein soll.</p> <p>Passt. Eigentlich geht es um Radwege generell!!!</p> <p>Hier haben wir wieder das Thema der regionalen Absicherung. Das könnte man in einer regionalen Kooperation leicht abhandeln.</p>	
<p>Zu 4.3.10 Mobilitätsmanagement im Tourismusverkehr</p>	
<p>Aus den Erfahrungen in Oberösterreich kann ich sagen, dass mir generell das Kapitel „Software“ fehlt. Es braucht mehr Bewusstseinsbildung (4.3.15 ist zu wenig – es sollte auch bei Erwachsenen angesetzt werden).</p> <p>z.B. Mobilitätsmanagement für Tourismus gehört auch zu Software.</p> <p>Mobilitätsmanagement im Tourismus - sind hier z.B. An- und Abreisetakte gemeint? Man kann ja nicht für Spitzenzeiten die Straßen ausbauen. Das könnte ja auch andere Branchen (Industrie, Gewerbe ...) treffen?</p> <p>Das ist auch für den Pendlerverkehr interessant und nicht nur für den Tourismusverkehr!</p> <p>Das müsste richtig heißen: ...unter anderem im Tourismusverkehr...</p> <p>Mobilitätsmanagement könnte man übergeordneter betrachten (Schule, Betriebe ...). Hier würden die regionalen und überregionalen Mobilitätskonzepte helfen.</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<i>Zu 4.3.11 Instrumente zur flächigen Verringerung der Umweltbelastung</i>	
<p>Passt. Hier müsste es mehr um Umsetzung als um Neuschaffung gehen.</p> <p>Ok, das ist ein guter Ansatz. Und es ist nachvollziehbarer Wunsch der Länder...Doppelerfassung der Maßnahme.</p>	
<i>Zu 4.3.12 Klima- und umweltverträgliche Antriebstechnologien</i>	
<p>Die Frage ist eher, woher die Energie kommt (E-Auto kann ich auch mit Atomstrom betreiben ...).</p> <p>Was noch fehlt, ist die gesamte Preisgestaltung, z.B. Lehrling fährt mit € 19,60 für das ganze Jahr und als Geselle zahlt er dann dafür € 500,-. -> der finanzielle Anreiz für die Nutzung von ÖV ist sehr wichtig.</p> <p>Vorarlberg macht das anders: Hier bräuchte es Vorgaben, die österreichweit gelten.</p> <p>Das sind super Maßnahmen und tolle Lösungen, die Entscheidungsträger und auch die Bevölkerung müssen das Handlungserfordernis erst verstehen und umsetzen wollen.</p> <p>Insgesamt fehlt mir das Thema großräumiger Verkehr, Transitverkehr und die damit zusammenhängenden Belastungen. Das sollte hier auch direkt angesprochen werden.</p> <p>Die Verlagerung auf die rollende Landstraße bzw. Containerwechsellaufbauten sollten auch erwähnt werden.</p> <p>Zu 12 und 14: Zusammenfassen und als gesamtes Thema im Auge behalten.</p> <p>Die Technik ist nicht das Problem, die Speicherung der Energie ist nachwievor das Kernthema.</p> <p>Ergänzung: Überschrift ...und die erforderlichen Infrastrukturen.</p> <p>Die E-Mobilität und die räumliche Auswirkungen sind hier nicht hinterfragt. In Ballungsräumen ist das nicht unbedingt das Gelbe vom Ei.</p> <p>Das könnte eine Chance im ländlichen Raum sein, wenn der ÖV nicht aufrecht zu erhalten ist.</p> <p>Man sollte nicht nur die E-Fahrräder erwähnen, sondern auch andere Fahrräder sollten angesprochen werden.</p>	
<i>Zu 4.3.13 Breitbandversorgung im ländlichen Raum</i>	
<p>Eine Ergänzung zu Wirkungszielen wäre die Verkehrsvermeidung und Reduktion der Verkehrsspitzen durch Teleworking.</p> <p>Teleworking hat sich nicht ganz so verkehrsvermeidend ausgewirkt, wie man es erhofft hat.</p> <p>Ok!</p> <p>Ok!</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

18

ÖROK-Gst. - orange

Verdichtung – Bundesländerreflexion Verkehr und Mobilität

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<i>Zu 4.3.14 Entwicklung einer nationalen Mobilitätsforschung</i>	
<p>Das machen die Uni's, oder?</p> <p>Inwieweit laufen die nicht eh im universitären Bereich?</p> <p>Gibt es die noch nicht?</p> <p>Hier gibt es ein Defizit von Mobilitätserhebungen, raumrelevantes Mobilitätsverhalten... Ansonsten gibt es bereits einiges. Die Forschung gibt es, aber einige Themen sind nicht besetzt. Die Erhebungen der Statistik Austria (Pendelerhebung) wären schon sehr hilfreich. Monitoring wäre hier inkludiert?</p>	
<i>Zu 4.3.15 Mobilitätserziehung ersetzt Verkehrssicherheitserziehung</i>	
<p>Auch für Erwachsene und Autofahrer !!!</p> <p>Dieser könnte durchaus noch weiter nach vorne, gerade bei der Jugend. Mobilitätserziehung ergänzt Verkehrssicherheitserziehung.</p> <p>Das würde ich nicht auf Kinder und Jugendliche beschränken. Das ist ein Feld, das wenig systematisch bearbeitet ist. Die Bewusstseinsbildung ist auch bei Erwachsenen wichtig und sollte eine höhere Priorität haben</p> <p>Zum Text: Eventuell besser Mobilitätsbildung anstatt von –erziehung ergänzt Verkehrserziehung.</p> <p>Ich finde insgesamt die Prioritätenreihung nicht „clever“, weil es so viele Überlagerungen gibt. Gerade wenn der Punkt Verkehrserziehung so weit weg steht, macht das ein komisches Bild. Die Nutzer müssen für sich eine Reihung schaffen.</p> <p>Nicht ersetzen, aber ergänzen! Das spielt stark mit dem Mobilitätsmanagement zusammen. Bewusstseinsbildung; Verkehrssicherheit auch bei der Benützung von ÖV-Mitteln etc.</p> <p>Bewusstseinsbildung bei Erwachsenen gehört hier ergänzt!</p>	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

19

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) VERKEHR UND MOBILITÄT	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

Syntheseblock Maßnahmen gesamt	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ überwiegende Zustimmung zu den Maßnahmen, Maßnahmen werden größtenteils unterstützt ▪ Formulierung der Maßnahmen wird positiv aufgenommen (Klarheit, Zuständigkeiten,..) ▪ Prioritätenreihung wird hinterfragt – die bräuchte es nicht unbedingt ▪ Wichtige Bereiche: <ul style="list-style-type: none"> - Finanzierbarkeit der Maßnahmen als zentraler Punkt – das muss beachtet werden - Mindeststandards der ÖV-Erschließung: wesentliche Grundlage auch für weitere Maßnahmen - Kostenwahrheit - integrierte regionale Raum- und Verkehrskonzepte - integrierte Standortpolitik – Rolle des Verkehrs - Erreichbarkeiten - Bewusstseinsbildung - integrierte Mobilitätserziehung 	

Farbcode:

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

20

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum (PIP), Kapitel

Umwelt – Klimawandel – Ressourcen

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Herausforderungen

Eindämmung durch Klimaveränderung

Die Sicherung der Qualität des förderbaren Trinkwassers wäre ein eigener Punkt wert. Das Grundwasser hat schon Trinkwasserqualität.

Sollte man hier nicht auch Luft ansprechen?

Weg vom Emissionsansatz zum Ansatz Verringerung der Immission. Hier braucht es Festlegungen – wo braucht es Ruhe? Es wäre wichtig Zuordnungen über Normen, Schwellenfestlegungen in den Wohngebieten etc. zu haben.

Wir schneiden uns mit Bestandssanierungen am Bahnnetz ins Fleisch(zum Punkt bevorzugte Baulandwidmung an der Schiene ...).

Klimawandel:

Es fehlt mir hier ein integrativer Blickwinkel. Die Qualität der Waldbestände, der Böden etc. wäre aus meiner Sicht mit zu betrachten. Waldbestände zu errichten hat einen großen Zeitlauf (80-100 Jahre). Das sollte man hier hineinbringen.

Es fehlt mir die Lebensmittelproduktion. Der Boden ist in Österreich derzeit für die Lebensmittelproduktion nichts wert. Aus meiner Sicht sollten hier auch Flächen zurückgehalten werden, das ist eine nicht vermehrbare Ressource.

Drei Punkte sind **ausschließlich Anpassungspunkte – es braucht auch Vermeidungspunkte.**

Aus Verkehrssicht: kurze Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad hat jedenfalls mit der Raumplanung zu tun und sollte mitgedacht werden.

Die Erhaltung bzw. Freihaltung und nicht nur die Schaffung bestehender Hochwasserrückhalte u. ä. ist wichtig. Zur Stärkung von Stadt-Umland das trifft Gemeindekooperationen nicht nur Stadt-Umland-Kooperationen für Retentionsbecken.

Zur Einführung von Energiekonzepten -> Einführung von Klimastrategien, die es nicht regional bzw. lokal gibt könnten der Vermeidung dienen.

Ressourcen

„Mindestens zwei Drittel“ müsste es allerhöchstens heißen, um die Klimaziele zu erreichen. Bei der Energieeffizienz müsste man den Verbrauch mit reinnehmen.

Mir fehlt in diesem **Bereich Internationalität. EU-Richtlinien sind hier nicht erwähnt**, weil diese sehr relevant sind (Alpenkonvention, natura 2000 Richtlinien, WRRL, Hochwasser Richtlinien, Grundwasser Richtlinien). Hier sind ja noch Hausaufgaben zu machen -> das möchte ich auch unterstützen.

Es ist sehr kapitelweise abgearbeitet ... wie werden die **Mehrfachnutzung von Naturräumen**

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

beschrieben, jene die möglich sind und jene, die Zielkonflikte mit sich bringen?

S. 82 „steigender Energiebedarf“ ... ist das wirklich so, gottgegeben oder gibt es auch Verhaltensänderungen? Eigentlich müsste man sich die Frage stellen, was kann man tun, um den Verbrauch zu reduzieren. **Was kann hier die Raumentwicklung dazu beitragen?**

-> es ist leider schon eine Realität, aber es gibt schon Maßnahmen, wie man reduzieren kann (z.B. Raumwärmebereich ...).

Zu Umwelt –

Der Reiseverkehr ist nur ein kleiner Beitrag (Freizeitverkehr spielt auch eine große Rolle).

Den Klammerausdruck sollte man ergänzen mit LKW usw.

Zu Klimawandel -

„Erhaltung“ (ergänzen) und Schaffung geeigneter Hochwasser... (Satz ergänzen)

Weitere Risiken wie Muren, Lawinen usw. ergänzen

Forschungsbereiche – Langzeitreihen boden- oder flächenbezogen ergänzen

Grünraum fehlt. Dieser sollte auch berücksichtigt werden

Zu Ressourcen -

„Kälte“ und „Elektrizität“ sollten getrennt werden. Mobilität sollte auch berücksichtigt werden.

Es bedarf eines Klimachecks von Politiken und Plänen.

Ein schrittweiser Ausstieg ist wichtig und gehört ausgebaut. Energieeffizienz ist wesentlich.

Zur Energiebereitstellung - Bauweise muss angepasst werden (weniger Kühlbedarf...).

Was ist eine Unternutzung von Boden?

Offenhaltung der Landschaft – Förderung des ländlichen Raumes ist wesentlich.

Möglichst hohe Bodenqualität sollte nicht verbaut werden!

Regionale Unterschiede in den Auswirkungen des Klimawandels sollte man berücksichtigen.

Energieeffizienz bei der Energiebereitstellung und auch stark beim Energieeinsatz ist wesentlich.

Zum **Begriff der kühlen Freiräume – was soll man sich darunter vorstellen?**

Entsiedlungstrends: Eine gute Infrastruktur wäre wichtig, damit die Menschen dort bleiben wollen.

Der ländliche **Raum muss für breite Schichten attraktiv bleiben.**

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Welche Förderungen gibt es?

Eine Förderung der Energieversorgungssysteme ist zu hinterfragen – wer hat Zugang zu den Netzen?

Transportwege sollen mit überlegt werden!

Wichtig ist der Erhalt der Versickerungsfunktion: Wie kehre ich eine Entwicklung um, die bereits eingesetzt hat (Entsiegelung)?

„Förderung nachhaltiger Energieversorgungssysteme und Energieeffizienz“ – Das ist zu plakativ geschrieben im PIP.

Die Durchlüftungssituation gehört ergänzt.

Umweltgüter Lärm, Luft, Wasser UND Boden.

Biosphäre gehört auch ergänzt.

Wichtig ist das Freihalten von raumrelevanten Restrukturierungsbereichen von Fließgewässern.

Zu Umwelt –

Das ist zu knapp formuliert und hat viel zu wenig Stellenwert. Es entspricht nicht den Schutzziele des Konzepts.

Es **fehlen grundsätzliche Zielsetzungen** wie die Agenda 2020, der Biodiversitätsschutz bezogen auf die Raumplanung fehlt, die Alpenkonvention fehlt...

Lärm, Luft, Wasser alleine ist zu wenig.

Es ist alles darauf ausgerichtet, dass die Wirtschaft mehr gewinnen kann. Es drückt mehr aus: „Raum für Einzelne“ - Menschen, Tiere, Pflanzen gehen unter. Sie müssen prominent vorkommen.

Zu Klimawandel -

Die **Herausforderungen sind sehr unvollständig**. Wie kann ich in der Natur etwas tun, um z.B. Hochwasser zu vermeiden?

Zu Ressourcen -

Müssen bestehende Energieversorgungssysteme wirklich noch gefördert werden?

Was ist mit dem schrittweisen Ausstiege gemeint? Das sollte klarer formuliert werden.

Es gibt die **Energiestrategie Österreich 2020**. Das hier ist eine zahnlose Aufdoppelung der Energiestrategie.

Das Thema Ressourcen ist zu defensiv angelegt. Es fehlen offensive Überlegungen zu „Peak Oil“.

Dieser Block ist zu stark auf Energiebereitstellung ausgelegt. Es sollte stärker die Energieeffizienz

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

3

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

behandelt werden.

Konkrete Folgen einer Nicht-Handlung werden nicht angegeben. Es fehlt das Aufzeigen von dem was uns erwartet.

Es fehlt der Bezug zum Raum. Wo findet was statt? Das sollte behandelt werden.

Energiemix sollte drinnen stehen. Wo will Österreich in der Unabhängigkeit von der fossilen Energie hinkommen? Das sollte definiert werden. Brauchen wir Eigenversorgung oder benützen wir es als Spekulationsobjekt?

Es bedarf eines Raumbezuges beim Kraftwerksbau. Wo sind No-Go-Areas? Es muss definiert werden, wo gebaut werden darf, und wo nicht.

Der Raumbezug ist nicht nur bei Kraftwerken nötig, sondern auch in voller Breite über den gesamten Siedlungs- und Wirtschaftsraum. Überall wo Wärme gebraucht wird - Nutzung auf kleine Energiequellen (auch Abwärme).

Welche Ressourcen sind in der Region vorhanden? Können sie genützt werden (auch quer denken)? Ein globaler Blick sollte ergänzt werden. Was passiert in der EU und was passiert global?

Zu Versiegelung, Bodeninanspruchnahme -

Wildtiere und jagdbare Tiere sollten auch aufgenommen werden. Das muss auch raumplanerisch mit gedacht werden.

Die Besucherlenkung als Teil der Raumplanung sollte mit gedacht werden. Wie kommen die Menschen in die Erholungsgebiete und wie werden sie dort gelenkt.

->Sommer und Winter sind hier unterschiedlich: Im Sommer ist weitgehend alles frei zugänglich. Wie gehen wir damit um?

->Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung, dass es hier noch andere „Lebenswelten“ gibt. Was verträgt der Raum?

Ich wünsche mir einen **sparsamen Umgang mit dem fruchtbaren Boden bei der Bebauung**. Die Aktivierung von leeren Standorten, um Platz und Raum zu sparen.

Was ist gemeint mit der Erhaltung der Versickerungsfunktion des Bodens?

Aktiver Rückbau sollte auch mitgedacht werden. Es braucht auch eine Rücklage für den Rückbau.

Freiraumnutzung und Landschaft...

Was sind „kühle Freiräume“? Welcher Zugang ist gemeint (Erschließung oder rechtlicher Zugriff)?

Es fehlt die raumverträgliche Lenkung von Freizeiteinrichtungen.

Man soll nicht nur monetär starke Bereiche berücksichtigen.

Das ist eine willkürliche Auswahl der Punkte. Die Einführung gibt nicht die Dimension wider. Das

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

sollte stark ausgebaut werden.

Es fehlt ein schlüssiger Bogen. Das ist unvollständig. Es sind nur Teilbereiche angeführt und auch diese nicht vollständig (es fehlen die Pendanten wie Emission/Immission...).

Es sind einige Teilziele herausgegriffen. Es fehlen die generellen und übergeordneten Ziele. Es braucht plakative verständliche Ziele. Und davon abgeleitet die Unterziele/Teilziele.

Der Faktor Niederwasserproblematik ist zu wenig berücksichtigt. Was passiert, wenn es zu wenig Wasser gibt?

Es braucht auch raumplanerische und bautechnische Überlegungen zur Berücksichtigung des Kühleffektes.

Zu Ressourcen: Welche Maßnahmen kann man treffen, um Energie einzusparen – Energieeffizienz?

Man soll ökologisch unbedenkliche erneuerbare Energie berücksichtigen.

Wo ist die Zukunftsperspektive? Z.B. Erdwärme, das ist eine bisher noch wenig genutzte Ressource.

Ausgleichsflächen: z. B. Aufforstungsfläche – das kann es nicht sein!

Zu Umweltgüter –

Boden, Wasser, Luft wäre logischer als „Lärm“.

Ergänzend zu Wasserknappheit: Übermäßiger Nähr- und Schadstoffeintrag.

Der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung sollte nicht überschätzt werden. Das ist nicht die zentrale Herausforderung.

Wichtig ist ein sorgsamerer Umgang mit der Trinkwassermenge, in jeder Form (nicht nur Haushaltsverbrauch); -> Eine Verstärkte Nutzung von Brauchwasser!

Zu Luftschadstoffbelastung: Bei Maßnahmen bitte stärker am Verursacherprinzip orientieren.

Luftgüte sollte immer ergänzt werden im Zusammenhang mit dem Klimaschutz (Treibhausgase).

Ist die Luftgüte wirklich sinkend?

Zu Hochwasserschutz: Regenwassermanagement im Siedlungsbau.

Ein eigener Spiegelstrich zum Boden sollte ergänzt werden: **Sicherung/Erhaltung der nicht vermehrbaren Ressource Boden** zur Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln.

Nachwachsende Rohstoffe; Boden als Filter- und Puffermedium bzw. bodengebundene Erholungs- und Freizeitnutzungen; Artenschutz.

Zu Flussräumen: Hier sollten auch die Einzugsgebiete ergänzt werden. Auch auf Bereiche weiterer Naturgefahren wie Lawinen, Rutschungen und Steinschlag sollte eingegangen werden.

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

5

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<p>Statt „Schaffung“ sollte es heißen „Erhaltung und Schaffung“ von Hochwasserrückhalt...</p> <p>Zur Gefahrenzonenplanung: Bemessungszuschläge bei den Hochwasserereignissen sind aus heutiger Sicht des Klimawandels nicht notwendig.</p> <p>Energie- und Klimaziele sollten ergänzt werden: Die Förderung nachhaltiger Energieversorgungssysteme unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit.</p> <p>Nicht auf Kosten von bedeutenden Naturräumen!</p> <p>Integratives Flächenmanagement</p> <p>Es sollte ein Integratives Flächen- und Bodenmanagement sein. Bitte auch den Satz umdrehen, dass zuerst die Maßnahmen genannt werden.</p> <p>Zu Versiegelung und Bodeninanspruchnahme -</p> <p>Sicherstellung von Zonen ohne Kiesabbau zur Sicherung der Trinkwasserversorgung.</p> <p>Bitte die Klammer ergänzen mit Versickerung von Abfluss gering verunreinigter Oberflächen.</p> <p>Es sollte heißen „Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen“ anstatt von „Ausgleichsflächen“.</p> <p>Zu Ressourcen –</p> <p>Bitte neu formulieren: Die schrittweise Reduktion der Energieabhängigkeit.</p> <p>Der Ausstieg aus der fossilen Energieabhängigkeit sollte aber als Punkt auch erhalten bleiben.</p> <p>->Energiestrategie des Bundes als Richtschnur</p> <p>Statt kühler Freiräume sollten es besser qualitative Freiräume heißen.</p> <p>Der Klammerausdruck „zwischen Land- und Forstwirtschaft...“ sollte ergänzt werden mit Bebauung und mit Sicherung der Trinkwasserversorgung</p>	
--	--

Syntheseblock Herausforderungen

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auswahl der Bereiche wird stark hinterfragt bzw. ist tw. nicht nachvollziehbar ▪ integrativere Sicht der Bereiche wird angeregt (Mehrfachnutzungen, Freiraum und Landschaft, Zielkonflikte, Raumbezug) ▪ Übergeordnete Strategien sollten jedenfalls beachtet werden! (Energiestrategie, Klimwandelanpassungsstrategie,...) 	
---	--

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Maßnahmen

Zu 5.2. Umwelt

Zu 5.2.1 Zentrale Umweltgüter und Umweltschutzziele

Zu Maßnahme Punkt 3 –

Heißt das, dass keine Betriebe an Autobahnen angesiedelt werden sollten durch das IG-L, ist das gewollt?

Zu Maßnahme Punkt 1 –

Welche Maßnahmen wären das dann? Ausweisung von Schongebieten? Richtlinien zu Schutz- und Schongebiete behandeln diese Thematik. Es wäre interessant, hier raumplanerische Maßnahmen zu lesen. Schongebiete ist eine Fachkompetenz des Bundes, in den Flächenwidmungsplänen.

Wir unterstützen diesen Punkt sehr.

Lärm:

Es fällt mir auf, dass bestimmte Lärmarten hier gar nicht erwähnt sind (Fluglärm). Ich möchte darauf hinweisen, dass nur beispielhaft hier Lärmarten angeführt sind. Es gibt kein Lärmschutzgesetz. Der Ansatz sollte in diese Richtung gehen.

Nicht nur die Berücksichtigung, sondern die Sicherstellung von strategischen Lärmkarten ist wichtig. Auch die Ausweisung von Gebieten mit besonderem Lärmschutz oder „Lärmschutzzonen“ d.h. Ruhezone. Ruhige Gebiete sind Gebiete, wo nix ist, darum der Begriff „Gebiete mit besonderem Schutzanspruch“.

Zu Punkt 2

Verbesserte Datenerhebung - es gibt schon sehr viele Daten. Daher wäre die öffentliche Zugänglichkeit und die Nutzen der Daten wesentlich.

Ergänzungen: Boden kommt hier nicht vor und sollte ergänzt werden.

Oberflächengewässer fehlt in diesem Kapitel (EU WRRL, EU-Hochwasserrichtlinie, FFH).

Wo ist die Dominanz der Oberflächengewässer im Vergleich zum Grundwasser?

Schutzgebiete gehören noch ergänzt (schriftliche Anmerkung folgt per Mail). Wo kann man Grundwasser lukrieren?

Tiere und Pflanzen fehlen – eine Vernetzung nach FFH-Richtlinie (Sicherung der Natura2000 Gebiete...).

Zu Punkt 4 und 5 –

Warum sind die beiden Punkte getrennt?

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

Punkt 4 ist ein guter Punkt.

Geschlossene Räume, Auswirkungen von Baumaterialien auf Gesundheit im unmittelbaren Umfeld des Menschen.

Punkt 5 – eine EU-Richtlinie zur Sicherung ruhiger Gebiete!

Zu Punkt 2 -

Trinkwasserschutzgebiete sind bereits geregelt – Warum hat dieser Punkt so hohe Priorität im Rahmen der Raumordnung?

Schutzgüter – Es bedarf einer Abstimmung mit UVP Gesetz 2000.

Zu Punkt 1 und 2 -

Es handelt sich um Versorgungsstrukturen. Das Einsickerungsgebiet fehlt. Das ist wesentlich und sollte ergänzt werden.

Zu Luft und Lärm -

Es sind keine konkreten Maßnahmen genannt.

Zu Baulärm gibt es ohnehin Richtlinien.

Unklar ist „Management von Umgebungslärm“ – was ist das?

Lärmverminderung sollte auf jeden Fall gemacht werden, wenn es möglich ist.

Wie geht man damit um, dass es in dicht bebauten Gebieten zu hohem Lärm kommt?

Wohin will man mit diesem Papier? Eine reine Absichtserklärung ist zu wenig verbindlich (Bsp. IG Luft), sonst setzen sich Einzelinteressen durch. **Klare Handlungsanleitungen müssen hinein.**

Die Wirtschaft sollte daraus lesen können: Was kann ich machen? Wo stehe ich?

Was verträgt der Raum auch im Hinblick auf die Luftgüte und den Lärm? Welche Begrenzungen sind da? Das sollte aufgenommen werden, damit nicht Einzelne Vorteile daraus gezogen werden. ->Grundentwertung durch Luft- und Lärmbelastung.

Es braucht Handlungsanleitungen!

Zu Punkt 2 -

Das vorhandenes Datenmaterial ist nicht brauchbar. Eine verbesserte Datenerhebung ist unbedingt notwendig. Auch um ein Bewusstsein zu schaffen. Ein Gebäude- und Wohnungsregister brauchen wir jetzt!

Generelle Anmerkung: Beim Kapitel Verkehr sind die Maßnahmen wesentlich konkreter formuliert. **Das sollte auch hier konkreter sein.**

Auch bei den Maßnahmen fehlt die **Biodiversität.**

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

8

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<p>Zu1: Die möglichen Auswirkungen von Klimaveränderungen auf Niederwasser und die Oberflächenwasserqualität sollte noch dazu.</p> <p>Zu 2: Die Sicherung der Trinkwasserpotentiale anstatt der –schutzgebiete.</p> <p>Die Gefahrenzonierung als einzelnes Schlagwort ist zu wenig. Der Begriff „Risikoazonen“ muss rein.</p> <p>Zu4: Die Berücksichtigung von Lärmbelastungen, nicht nur Lärmschutzkarten. Da gibt es noch zu wenige.</p> <p>Zu5: ...Insbesondere von Bau- und Eventlärm; Es gibt auch noch anderen Lärm.</p> <p>Es gibt bereits Grenzwerte. Es geht um die zwingende Berücksichtigung.</p> <p>Zu3: Was bedeutet das jeweils für andere Bereiche? Wie wird das berücksichtigt? Z.B. Grenzwerte für die Industrie...</p> <p>Auch hier sollte wieder der „Grund und Boden“ ergänzt werden.</p> <p>Dementsprechend sollten auch Maßnahmen diese Thematik erläutern.</p> <p>Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der anderen Bodenfunktionen durch eine nachhaltige Landnutzung und ein sparsamer Umgang damit ist wichtig.</p> <p>Zu 1.: Bis 2020 wird der zusätzliche landwirtschaftliche Bewässerungsbedarf zu keinen Engpässen in NÖ führen aus Sicht des Klimawandels.</p> <p>Zu 2.: Trinkwasserschutzgebiete - Es fehlt das Hochwasser. Es braucht verstärkte Vernetzung von bestehenden Wasserversorgungsanlagen durch Zusammenschlüsse und Verbindungsleitungen.</p> <p>Zu 3.: Die Minderung der Luftschadstoffbelastung sollte ergänzt werden mit Treibhausgasen. Bitte die Klammer ergänzen durch Nationale Klimastrategie und die Abstimmung der Gesetze. Auch seitens des Bundes sollten weitere Beiträge eingebracht werden.</p> <p>Wir brauchen eine rechtliche Verankerung von konkreten Maßnahmen.</p> <p>Eine Grenzüberschreitende Kooperation auf Grund des Verursacherprinzips wäre gut.</p> <p>Welche Vorschreibungen und Richtlinien der Raumordnung sind gemeint (Klammerausdruck)?</p> <p>Die unterschiedliche Ausgangssituation in städtischen und peripheren Räumen sollte berücksichtigt werden.</p>	
--	--

Syntheseblock Maßnahmen Zu 5.2. Umwelt	
---	--

--	--

Farbcode:
 BMLFUW – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Maßnahmen

Zu 5.3 Klimawandel

Zu 5.3.1 Hochwasser, Naturkatastrophen, Gefährdung der Infrastruktur

Es ist nichts zur Vermeidung dabei. Das fehlt und ist mit der Klimastrategie anzuschauen, dasselbe gilt für das Energiekapitel.

Die Maßnahmen sind nur auf Hochwasser bezogen, es gibt auch Qualitätsänderungen und Niederwasser.

Man weiß im Zusammenhang mit Wasser und Klimawandel noch nicht sehr viel, eine derzeit erstellte Studie dazu sollte mit berücksichtigt werden.

Punkt 2 vor Punkt 1 wäre aus meiner Sicht besser. Die Freihaltung ist besser als die Neuschaffung.

Vertragshochwasserschutz ist nur ein Schlagwort, das darf man nicht zu eng sehen. Bei Entschädigungen für Klimawandel können wir schlecht Entschädigungsleistungen erbringen, das können wir auf Dauer nicht leisten.

Die Hochwasserdefinition ist unklar.

Box 7: damit habe ich ein Problem, die 15% sind aus unseren Erkenntnissen für Österreich weit überschießend -> dieses Beispiel führt uns in die falsche Richtung.

Es sind **Ambitionierte Ansagen**, grundsätzlich gut. Die „gänzliche Freihaltung der HQ 100 Flächen“ werden wir im Gebirgsraum nicht schaffen, im WR wäre eine Bewilligungspflicht für Einbauten im HQ 100 Bereich hilfreich. Das unterstützt der Bund leider nicht.

Nicht nur Schutzwald im Bezug auf Naturgefahren sondern auch im Bezug auf Lärm andenken als Schutzgürtel. „Durch den Wald fühlt es sich leiser an“.

Box 8: ist mir nicht ganz klar, der Inhalt ist gut, aber ich versteh nicht, warum sie hier steht. Hier **könnte Biodiversität hereingebracht werden**, auch ökologische Korridore müssen in der Raumplanung herangezogen werden. Hier wäre eher ein eigenes Kapitel anzudenken bzw. sollte man es zu 5.4.3 Freiraumnutzung (auch hier gibt es internationale Vorgaben) geben. Ökologische Funktion von Korridoren spielen eine wichtige Rolle.

-> wird in Salzburg im Landesentwicklungsprogramm aufgenommen

Die Erhöhung der Entsiegelung sollte berücksichtigt werden, eine Erhöhung der Retentionsflächen.

Punkt 8 könnte weiter vorn gereiht sein.

Die Diktion der Hochwasserrichtlinie gehört ergänzt (300 jährige Ereignisse).

Es braucht eine gezielte Steuerung der Hochwasserentlastung – gezieltes Floaten bestimmter

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

10

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Verdichtung – Fachreflexion und Bundesländerreflexion Umwelt-Klimawandel-Ressourcen

Teilräume.

Zu Punkt 1, 2 und 6 -

Diese Punkte gehören zusammen für mich.

Rückwidmungen sind nicht realistisch (das ist Enteignung).

Oberlieger/Unterlieger: Das geht nur hoheitlich und überörtlich mit verbindlichem Charakter.

Insgesamt zeigten sich sehr unterschiedliche Intensitäten. **Einerseits klare und harte Aussagen und andererseits sehr weiche Aussagen, wenn es z.B. um die Umwelt geht.**

Zu Punkt 1 und 2 -

Wie geht man mit den Instrumenten um hinsichtlich der zeitlichen Abstimmung? **Ein Abgleich zwischen WLW und Wasserwirtschaft mit der Raumplanung ist wichtig.** Zeit spielt eine große Rolle.

Eine Wertveränderung findet bereits durch die technischen Planungen (GZP) statt, nicht erst durch die Widmung.

Ein Neunter Punkt sollte eingeführt werden: Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, um **Änderungen in der Gefahrenzonenplanung auch u.a. in der Bauordnung** wirksam zu machen.

Der Begriff der Hochwasserrisikopläne sollte ergänzend zu Gefahrenzonenplänen angeführt werden.

Zu2: Es gibt in allen Bundesländern schon Normen für den Abfluss. Haftungsfragen (Entschädigung...) sind zu klären. Eine differenziertere Betrachtung ist unbedingt notwendig.

Zu 5.3.2 Raumbezug des Energiesystems - Klimawandelanpassung

Welche Kühlräume sind gemeint (technische oder biologische)? Es sollte eine Beschreibung ergänzt werden.

Generell: Es braucht einen strukturellen Überbau und davon abgeleitet für den entsprechenden Handlungsbedarf. Weniger Aufzählungen von Bestehendem.

Zu 2.: Bitte ergänzen ...oder innerhalb ausgewiesener Gefahrenzonen.

Auch in den raumordnungsgesetzlichen Bestimmungen der Länder ist diese Freihaltung zu verankern.

...ist eine Rückwidmung anzustreben ist die bessere Formulierung.

Neue Formulierung: Auch Bereiche, wo eine Gefährdung von Steinschlag oder Rutschungen vorliegt (z.B. braune Bereiche)...

Zu 1.: Eine Entschädigung sollte es nur dort geben, wo über die natürliche Überschwemmungsgefahr hinaus Wasser zurückgehalten werden soll.

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

11

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

<p>Die bestehende Formulierung zur Entschädigung war für mich schlüssig.</p> <p>Zu 6.: Auch im Hinterland müssen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. → Ein verstärkter Wasserrückhalt im Hinterland.</p> <p>Zu 4.: Eine wasserrechtliche Genehmigungspflicht bringt außer zusätzlichem Verwaltungsaufwand nichts für den Schutz vor Hochwasser.</p>	
---	--

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Maßnahmen
--

Zu 5.3 Klimawandel

<i>Zu 5.3.2 Raumbezug des Energiesystems - Klimawandelanpassung</i>

<p>Was mir hier auffällt ist, dass sich Niederwasser auf die Stromerzeugung auswirkt, das gehört hier ergänzt.</p> <p>Zu 3.:</p> <p>Was ist hier der räumliche Bezug? Das ist eine wichtige Frage für die Landwirtschaft, aber warum im ÖREK?</p> <p>Was bedeuten die drei unter dieser Überschrift angeführten Punkte im Bezug auf Raumordnung?</p> <p>Warum sind diese drei Punkte ausgewählt worden in Bezug zur Überschrift „Energiesysteme“?</p> <p>Was ist der Hintergrund für die Auswahl der drei Punkte? Auswahl der drei Punkte erscheint nicht logisch.</p> <p>Derzeitige Leistungen des Klimaschutzes sollte man anführen.</p> <p>Der Raumbezug des Energiesystems und die Siedlungsentwicklung sind aufeinander abzustimmen.</p> <p>Zu Punkt 3 (Einsatz neuer Kulturen)</p> <p>Einsatz von <i>standortangepassten</i> Kulturen anstatt neuer Kulturen!</p> <p>Die Überschrift „Klimawandel“ ist unpassend. Die Maßnahmen sind in Ordnung</p> <p>Zu Punkt 2 – (Anpassung von Tourismusstrategien)</p> <p>„Regionale“ Abhängigkeit bitte ergänzen. Der alpine Wintertourismus ist nur regional relevant.</p> <p>Zu Punkt 1 –</p> <p>Alles ist auf begrenztem Raum. Es braucht Lösungen für Nutzungsproblematiken.</p> <p>Soziale Wirkungen des Waldes, insbesondere die Schutzfunktion sind weit höher zu bewerten als der Ertragsverlust der Waldbesitzer durch Waldbrände.</p>	
--	--

Farbcode:
 BMLFUW – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<p>Zu Punkt 3 -</p> <p>Landwirtschaftliche Pflanzenforschung ist nicht unbedingt sinnvoll.</p> <p>Landwirtschaftliche Pflanzenforschung ist vorausschauend schon sinnvoll. Als ergänzendes Thema ist es gut.</p> <p>Eine Genforschung ist im Bereich des Waldes abzulehnen. Die Anpassung der künftigen Baumarten muss in Analogie mit bereits gegebenen vergleichbaren Klimazonen erfolgen. Die Langlebigkeit der Bäume ist das Problem, sodass eine Genforschung sinnlos ist.</p> <p>Es klingt eine Versorgungssicherheit mit, dass Erträge erzielt werden können.</p> <p>Die lokale Energieversorgung fehlt.</p> <p>Welche Kühlräume sind gemeint (technische oder biologische)? Es sollte eine Beschreibung ergänzt werden.</p> <p>Generell: Es braucht einen strukturellen Überbau und davon abgeleitet den entsprechenden Handlungsbedarf. Weniger Aufzählungen von Bestehendem.</p> <p>„Kühle Räume“? Bitte den Begriff besser erklären.</p> <p>Zu 3.: Wie wirkt sich das auf die regionale Raumplanung aus? Das ist unklar.</p>	
---	--

<p>Syntheseblock Maßnahmen</p> <p>Zu 5.3. Klimawandel</p>	

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Maßnahmen	
Zu 5.4. Ressourcen	
<i>Zu 5.4.1 Raumbezug des Energiesystems – Klimaschutz und Versorgungssicherheit</i>	
<p>Die Überschriften haben eher den Charakter eines Handlungsfeldes und die Maßnahmen sind noch zu konkretisieren.</p> <p>Unter Punkt 7 sind einige Beispiele aufgeführt. Hier sollten die Modellregionen angeführt werden.</p> <p>Es stellt sich die Frage, was ist die optimale Größe ist und ob man die Themen auf der gleichen Ebene behandeln kann. Abstimmung und Monitoring für diese verschiedenen Energieformen wäre interessant. Das ist regionsspezifisch zu betrachten.</p> <p>Anschlusszwang bei Vorhandensein von Nahwärmeleitungen wäre zu ergänzen</p> <p>Unter 5. bitte ergänzen... Stromnetze sind vorausschauend und strategisch zu planen.... (damit hier der Zeithorizont direkt angesprochen wird).</p> <p>Punkt 1 und 4 scheint mir gedoppelt zu sein – das Wording „Sicherheit“ gefällt mir nicht. Forcierung wäre hier wohl richtig.</p> <p>Bestehende Maßnahmen aus den Strategien sollten noch abgeleitet werden! Hier wäre die Information einfach wichtig, was die Raumplanung beitragen kann, damit die Strategien umgesetzt werden können.</p> <p>Relevant wäre auch noch die energierelevante Sicht bei der Ansiedelung von Betrieben. Ich will es unterstützen, aber es besteht eine große Konkurrenz zwischen den Ländern und Regionen.</p> <p>Es ist notwendig, dass die Raumordnung hier eine Funktion haben soll bzw. einnehmen soll. Es ist zwar utopisch, aber es sollte schon in diese Richtung gehen und erwähnt werden. Länder sollten künftig auch aktiv etwas beitragen.</p> <p>Zu Punkt 1 -</p> <p>Fragen des Naturschutzes sollten in den Titel des Punktes 1 aufgenommen werden.</p> <p>Zu Punkt 3 -</p> <p>Bitte um Ergänzung von Fotovoltaik.</p> <p>Es bedarf Bebauungspläne, die eine spätere Begrünung oder Fotovoltaik auf Dächern ermöglichen.</p> <p>Zu Punkt 4 -</p> <p>Die Überschrift ist fehl am Platz. Das kann man über die Raumordnung nicht steuern. Das ist ein reiner Marktmechanismus.</p>	

Farbcode:
 BMLFUW – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Zu Punkt 5 und 6 -

Energiespeicher gehören dazu. Die Netzsicherheit besteht aus Leitungsnetz plus Notversorgungsoptionen (Ringleitung – zweiseitige Anspeisung).

Zu Punkt 10 -

Bepflanzung nur mit „ortstypischen“ Pflanzen.

Zu Punkt 2 -

Das ist nicht ganz verständlich. Worum geht es? Geht es um die Baumaterialien?

Die Frage der Mobilität und die Energieeffizienz der Mobilität sollten als wesentlicher Punkt Berücksichtigung finden!

Zu Punkt 6 -

Lassen wir Siedlungstätigkeit noch zu oder sollen Weiler aufgelassen werden? Was ist ein ausreichend großer Siedlungskörper?

Zu Punkt 8 -

Schließen von „Lücken“ (Konzept sollte großräumig sein).

Zu Punkt 5 -

Das sollte in zwei Punkten behandelt werden, da es beides bedeutende Themen sind. Gerade für Tirol - die Kleinst- und Kleinkraftwerke.

Das **Thema Bewusstseinsbildung** gehört hier unbedingt auch dazu.

Resilienz gehört als Begriff in ein 10-jähriges Papier.

Der Satz zur geringen Distanz in Punkt 5 ist nicht schlüssig. In Punkt 4 wird die Thematik ohnehin behandelt.

„Smart Meter“ gehört dazu.

Der Satz zur Trassenfreihaltung ist sinnlos. Das machen wir schon.

Wenn es einen privaten Versorger gibt, sehe ich nicht, dass Trassen freigehalten werden sollen, weil dieser wirtschaftlichen Gewinn daraus zieht.

Grundsätzlich sollten im ÖREK 2011 z.B. Klein- und Kleinstkraftwerke bewertet werden. Es sollten Empfehlungen ausgesprochen werden.

Zu Punkt 4 -

Bitte ergänzen ...standortmäßig angepasste...

Zu Punkt 9 -

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

15

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<p>UVP ist oft ein „Schreckgespenst“. Das verhindert manchmal Effizienz.</p> <p>Das Thema Energie sollte mitverankert werden.</p> <p>Man sollte bestehende Förderinstrumente nutzen bzw. den Aspekt der Energieeffizienz um Klimaschutz zu erweitern.</p> <p><i>Der Bezug zu den Bundesstrategien sollte hergestellt werden.</i></p> <p><i>Zu1: Beachtung auch des Energieeinsparens.</i></p> <p><i>Zu10: Das ist verzichtbar. Das ist ohnehin schon vorgesehen.</i></p> <p><i>Das sind viele Punkte, die die Energie betreffen und nur zwei die die Versorgung betreffen.</i></p> <p><i>Die zehn Punkte sind zu sehr aufgegliedert. Sie sollten komprimiert werden. Z.B. Punkt 10 ist zu detailliert.</i></p> <p><i>Generell: Das Energiethema wird zu einseitig behandelt. Ein sinnvoller Mix fehlt, die Abstimmung aller Möglichkeiten (Fotovoltaik, Erdwärme, Windkraft...).</i></p> <p><i>Als eigener Punkt wäre wichtig ein Verweis auf die Energiestrategie.</i></p> <p><i>Zu 1.und 2.: Der Aspekt der Mobilität fehlt. -> Eine energieeffiziente und sparsame Mobilität.</i></p> <p><i>Zu 2.: Energiekonzepte sollten gesetzlich verbindlich auf kommunaler und regionaler Ebene vorgeschrieben werden.</i></p> <p><i>Zu 7.: Auch hier braucht es rechtliche Verbindlichkeit.</i></p> <p><i>Zu 10.: Das kann nicht generell gesagt werden. In speziellen Situationen (z.B. Feuchtgebiete) ist es nicht sinnvoll.</i></p> <p><i>Generell fehlen die Windschutzanlagen.</i></p>	
--	--

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

16

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Maßnahmen	
Zu 5.4. Ressourcen	
<i>Zu 5.4.2 Versiegelung, Bodeninanspruchnahme</i>	
<p>Zu Punkt 3</p> <p>Er ist missverständlich. Sind hier die Anschlussleitungen eines Haushaltes gemeint, oder was ist hier gemeint? Wasserversorger haben den Erhaltungsauftrag und hier gibt es genaue Vorgaben, wie das zu machen ist (zustandsorientierte Instandhaltung).</p> <p>Ist hier nicht eher gemeint, im Altbestand etwas zu machen, bevor man neue Siedlungsgebiete schafft?</p> <p>Das Konzept der Region der „kurzen Wege“ könnte man wieder forcieren. Gewerbegebiete und Wohngebiete enger zueinander führen z. B. Hier könnte man den Pendelzug reduzieren, um Verkehr zu vermeiden.</p> <p>Punkt 8</p> <p>Auch im Einzugsgebiet von Schongebieten, um den Wasserkörper gilt das. Vielleicht sollt man das nicht auf diese Hochwasserrückhalteflächen beziehen. Sonst müsste man andere Betreiber auch einschränken.</p> <p>Der Text müsste etwas differenzierter formuliert werden bzw. weniger diskriminierend.</p> <p>... besser sagen, was man will...</p> <p>Diese Formulierung passt nicht, weil es hier um den Grundwasserschutz geht! Das passt eigentlich besser zur Bodeninanspruchnahme.</p> <p>Nachhaltige Landwirtschaft ist eigentlich sehr gut umgesetzt -> im Bereich der Pflanzenschutzmittel gibt es Sondermessprogramme.</p> <p>Punkt 4</p> <p>Ist hier die Rückwidmung gemeint? ...</p> <p>Bei Nichtnutzung sollte es entschädigungslose Rückwidmung nach 10 Jahren geben. Das ist in den Ländern festzulegen.</p> <p>Zu Punkt 8 -</p> <p>Extensivierung ist anzustreben, unter Berücksichtigung des Punktes 5.3.1, Absatz 1.</p> <p>So wie es jetzt da steht, ist es fachlich nicht korrekt.</p> <p>Zu Punkt 7 -</p>	

Farbcode:
 BMLFUW – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

Eine Orientierung am deutschen Bundesbodenschutzgesetz wäre bei der Frage der Entsiegelung sinnvoll.

Zu Punkt 3 -

Warum ist das ein eigener Punkt?

Zu Punkt 2 -

Es fehlen die Bereiche der öffentlichen und landwirtschaftlichen Gebäude.

Zu Punkt 5 -

Was versteht man unter der Bodenqualität? Was soll dort berücksichtigt werden?

Die Widmungen und Realnutzungen nehmen zu. Neben der quantitativen Ausdehnung sollte sich auch der qualitative Anspruch wiederfinden. Wo wird der Boden in Anspruch genommen? -> langfristige Sicherung des wirtschaftlichen Potentials.

Zu1: Das ist zu weich formuliert. Das ist ein Knackpunkt. Hier braucht es ein „müsste“, ein überörtliches Interesse als Argumentationshilfe. Es braucht Instrumente, um die Siedlungsverdichtung auch umsetzen zu können.

Zu2: Es sollte auch der Wohnbereich ergänzt werden. Auch bis zum Abbruch...

Zu8: Nicht nur auf Hochwasserrückhalteflächen...

Als erster Punkt sollte die **Bewusstseinsbildung für Kommunen** ergänzt werden (z.B. europäisches Bodenbündnis (ELSA)).

Zu 1.: Der verstärkte Einsatz rechtlich verbindlicher Siedlungsgrenzen sollte ergänzt werden.

Wichtig ist die Vermeidung von Nutzungskonflikten.

Zu 3.: Das sollte auf Neubauten und Siedlungserweiterungen erweitert werden.

Auch auf die Transparenz der Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit (sozial und ökologisch) sollte geachtet werden.

Bitte um Ergänzung: Die Entwicklung einer **österreichweite Bewertungsmethodik von Infrastrukturkosten** (auch als Vergleichsbasis – Benchmarking); Nicht nur die technische Infrastruktur sondern auch die soziale Infrastruktur.

Zu 4.: Neu - nicht adäquat genutzter Flächen.

->Realnutzung von „Grund und Boden“.

Zu 8.: Das sollte heißen „Anpassung“ statt „Extensivierung“.

->Eine Anpassung der Nutzungsform bzw. der Fruchtfolge an den Hochwasserrückhalt.

Das ist fachlich nicht nachvollziehbar: Die Rückhaltewirkung kann dadurch nicht verbessert

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

18

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	------------------------

<p>werden.</p> <p>Das ist widersprüchlich mit Punkt 10 von 5.4.1.</p> <p>Punkt 8 könnte man streichen.</p> <p>Zu 6.: Es braucht eine Rücksichtnahme auf die Trinkwasserversorgung.</p> <p>Hinweis auf die Bedeutung der Naturräume.</p>	
---	--

Umwelt-Klimawandel-Ressourcen – Maßnahmen
--

Zu 5.4. Ressourcen

<i>Zu 5.4.3 Freiraumnutzung, Landschaft</i>

<p>Zu Punkt 2</p> <p>Naturschutzgebiete sollten hier aufgenommen werden, weil sie eine notwendige Funktion im Freiraum haben, Erholung und Ökologie.</p> <p>Punkt 6</p> <p>Ist prinzipiell richtig.</p> <p>Aber was mach ich mit jenen Gebieten, die nicht touristisch erschlossen sind und daher keine Einnahmen haben? Es unterstützt die Abwanderung ...</p> <p>Wie ist das zu sehen? Z.B. ein Schigebiet und die Gemeinde, die das Schigebiet betreibt, muss für Ausgleichsflächen sorgen? Es gibt sehr unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern. Die aktuelle Situation ist so, dass die Landschaft zuwächst. Wir werden noch froh sein, um die Schipisten.</p> <p>... das ist eine Bestimmung in der Alpenkonvention.</p> <p>Zu Punkt 5</p> <p>Der ist nicht ganz klar. Bodenqualität - soll das heißen, dass schlechte Böden verbaut werden dürfen? Das ist sehr nutzungsabhängig (Straße versus Landwirtschaft)? Der Schutz des Bodens für die Lebensmittelproduktion fehlt mir insgesamt.</p> <p>Wertvolle Böden für die Lebensmittelproduktion werden verbaut. Der Schutz von „Naturschutzböden“ ist wesentlich stärker.</p> <p>Ein zentrales Thema ist, dass wir die peripheren Räume erhalten, das finde ich auch gut. Diese Räume stellen ja auch Freiräume zur Verfügung, das heißt stärkere Integration und Kooperation. Aber hier braucht es ein integriertes Regionalmanagement inkl. Verkehr – dieser Weg sollte weiter forciert werden (Nutzung von EU-Mitteln wie Interreg etc.). Das Potential hier ist der Freiraum, den es hier noch gibt und der hier erhalten werden kann/sollte. Wie man das ökonomisch macht ist schwierig.</p> <p>Die Abstimmung Stadt-Umland ist viel bedeutender, weil hier ein sehr hoher Druck auf Grünland</p>	
---	--

Farbcode:
 BMLFUW – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett

bestehen wird. Freiräume wird es hier brauchen bzw. andererseits ist der Druck hier immens. Da muss man was tun, um Freiräume durch Verordnung zu sichern.

Zu Punkt 2 -

Naturschutzrelevante Flächen gehören ergänzt um Wildtierkorridore.

Flächen zur Sicherung der Durchlüftungssituation für besiedelten Raum!

Es fehlt eine klare Definition des Begriffs „Freiraum“.

Eine Abstimmung auch innerhalb der Landesverwaltungen ist wichtig.

Zu Punkt 4 -

Um welche Form der Kooperation geht es hier? Sind hier interkommunale Kooperationen gemeint?

Kühlräume sollten definiert werden.

Auch überregionale (Europa) Leitungen sind relevant. Das sollte berücksichtigt werden.

Zu Punkt 6 -

Was sind genau Ausgleichsflächen für touristische Nutzung (nicht verlegbare Flächen)? Warum ist nur touristische Nutzung angeführt?

Diesen Punkt sollte man am besten streichen.

Der Konnex zwischen Freiräumen und Energie (Windräder und Fotovoltaik) fehlt – dieser Punkt gehört eingeführt.

Bund, Land, Gemeinde – Regionalverbände ergänzen.

Man sollte den Europäischen Ordnungsrahmen durchforsten.

Zu Punkt 1 -

Es sollte heißen ...Land- UND Forstwirtschaft...

Zu Punkt 5 und Punkt 6 -

Hier sollten auch die Wildruhezonen bedacht werden.

Die Landwirtschaft lehnt alle Einschränkungen in den Dispositionsmöglichkeiten im Sinne der Nutzung, nicht im Sinne der Widmung ab (gilt für alle 6 Punkte). Das können Eingriffe ins Eigentumsrecht sein.

Zu4: Die Kooperation soll überhaupt sektorübergreifend sein, nicht nur auf Landwirtschaft und Tourismus beschränkt.

Zu 6: Nur auf Tourismus beschränkt ist zu wenig.

Farbcode:

BMLFUW – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

20

ÖROK-Geschäftsstelle: Orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) UMWELT – KLIMAWANDEL - RESSOURCEN	Anmerkungen (+ / -)
--	--------------------------------------

Syntheseblock Maßnahmen gesamt	
---------------------------------------	--

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßnahmen sind sehr stark sektoral untergliedert – integrative Sichtweise fehlt – schwer, Gesamtbild zu fassen für mögliche Auswahl für Handlungsfelder ▪ Beachtung übergeordneter Strategien und Ableitung von Handlungsfeldern für die Raumordnung ▪ in welchen Bereichen soll aus Sicht der RO in einem ÖREK angesetzt werden? ▪ Zu beachten: sparsamer Umgang mit Boden, Bodenschutz ; Resilienz von Regionen, Bewusstseinsbildung in Gemeinden 	
--	--

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum (PIP), Kapitel

Raumentwicklung & Governance

6.1 Kooperative Strukturen

Zu 6.1.1 Gemeindeebene: Flächenwidmung als zentraler Handlungsbereich

... das klingt sehr „retro“, das hat man doch ewig versucht, hier strategische Überlegungen zu fassen. Wenn die überörtliche Raumordnung funktionieren würde etc., dann müsste auch die Flächenwidmung funktionieren.

Die Inhalte sind ok, die Schwerpunktsetzung ist seltsam. **Inhalte ok, aber die Überschrift passt nicht ganz zum Inhalt.**

Planänderungen, Anlassplanungen, projektbezogenen Widmungen - hier braucht es ganz andere Aussagen, wenn man über die Flächenwidmung liest.

Mich irritiert wenn im Kapitel Kooperationen dieses Thema angesprochen wird. **Hier müsste man kooperative Instrumente andenken** bzw. sollten diese angesprochen werden. Hier wird hoheitliches Instrument (defizitäres) vermischt und keine anderen Vorschläge gemacht (außer die Beratung ...).

6.1. - Handlungsgrundsätze: Punkt 4 „Partizipative Planung“ hat mich sehr angesprochen. Ich habe aber dann keine konkreten Handlungsinstrumente dazu gefunden, die fehlen mir hier (z.B. Auswirkungen auf Jugendliche, Frauen, etc. Das könnte man auf allen Ebenen diskutieren und dann hätten wir konkrete Maßnahmen.

Vielleicht sollte „Flächenwidmung“ nicht als erster Vorschlag hier stehen. Raumordnung ist mehr als Flächenwidmung. Ist aber trotzdem ein bedeutender Bereich, hier materialisiert sich die Raumordnung im Raum!

Kapitel Kooperation - ... und das erste was genannt ist ist ein hoheitliches Instrument! Eher die Frage ist zu stellen, wie kann dieses hoheitliche Instrument ergänzt werden im Sinne der Kooperation?

Governance steht hier als Überschrift - Was ist das Verständnis von Governance hier? Analytisches und normatives Verständnis von Governance. Diese Definition bräuchte es hier auf jeden Fall, z.B. die Benennung der Stärkung von Netzwerken, von Partizipation, der Abstimmung von Steuerungsinstrumentarien ... der Begriff kommt in der Überschrift, aber dann später gar nicht mehr vor.

Mir ging es ähnlich. Es sind viele staatliche und hoheitliche Instrumente angeführt. Der Markt und die Zivilgesellschaft kommen kaum vor. In den Boxen stehen Studien und Konzepte – schön für die Forschung – aber es hilft den Gemeinden wohl eher nicht. Könnte man bei den Boxen nicht auch über die Grenzen schauen.

Ich schließe mich an. Die Flächenwidmung ist nicht der zentrale Handlungsbereich der Gemeinde, sondern die Ebene der Örtlichen Entwicklungskonzepte mit politischer Zielsetzung. Die Flächenwidmung ist in aller Regel ein Legitimationsinstrument des politischen Diskurses

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

(„Vorgenehmigung für die Baugenehmigung“). Die Flächenwidmung ist kein Steuerungsinstrument!

Die Kooperation der Gemeinden ist der zweite zentrale Punkt, bei dem viel mehr Anstöße von Land und Bund gemacht werden sollen. Viele Probleme treffen mehrere Gemeinden zugleich und daher ist im größeren Zusammenhang zu denken und zu handeln. Das muss gefördert werden (durch Info, Schulung, etc.; Hier gibt es auch sehr ermutigende Beispiele in Österreich).

Hinweis auf Artikel von Prof. Doralt: Landwirte bezahlen keine Steuer beim Verkauf von Bauland. Wenn das stimmt, dann müssen wir alle miteinander aufwachen. Dann ist einiges der Entwicklungen klar! Diese Themen müssen ununterbrochen auf der Agenda stehen, bis sich jemand traut. Ich finde, dass gerade hier in der zweiten Maßnahme drinnen steht, dass die landwirtschaftlichen Flächen ausgenommen sind. Das ist wie ein Diskussionsverbot!

Die örtliche Planung kann nur funktionieren, wenn die ROGs flächendeckend und seriös gemacht werden. Die Gemeinden sollten hier nicht alleine gelassen werden.

Mir hat auch gefehlt, dass auch wenn die Flächenwidmung ein zentraler Handlungsbereich ist, hier bräuchte es eine Darstellung der Zielpyramide und die überörtliche Raumordnung wird oft ignoriert. Ob die örtliche Ebene wirklich die richtige Ebene ist, sollte man doch ansprechen und es als Kernproblem benennen.

Die regionale Planung der Länder sollte den selbstgesetzten Zielen entsprechend durchgeführt werden und damit die Gemeinden eine Unterstützung erhalten. Ansonsten sind die Gemeinden dem Interessensspiel ausgeliefert.

Flächenwidmung: Hier kommt man seit Jahren nicht weiter. Bestehende Konzepte sollte man auf eine kooperative Basis stellen z.B. Flächenkontingentierung von Bauland auf Regionsebene; Das könnte neue Möglichkeiten auf tun. Dafür braucht man den Kooperationskontext. Hier liegen aber auch große Potenziale!

Ich finde es schade, dass unter der Gemeindeebene niemand mehr angesprochen wird, dass diese Norm-Adressaten abgeholt und einbezogen werden. Die spielen gerade in der Realität eine große Rolle. Diese müsste man stärker darstellen.

Das Problem ist, dass es niemand schafft, über die Gemeindegrenzen hinaus zu planen (es gibt wohl ein paar Ansätze, ...). Wenn man das als Ziel will, müsste man es stärker formulieren. Ich habe den Eindruck, dass eh schon alles auf Gemeindeebene gewidmet ist, was möglich ist. **Die sinnvolle gemeinsame Raumentwicklung wäre ein schönerer Einstieg. -> 6.2.2** (Interkommunale Kooperation) könnte man nach vorne ziehen.

Es gibt Gewerbegebiete, die von mehreren Gemeinden entwickelt werden unter Beteiligung der benachbarten Gemeinden und den Ausgleich der Kommunalsteuer zwischen diesen Gemeinden.

-> Ich kenne aber in der Realität das gegenläufige Beispiel

Ergänzung: **Bewusstseinsbildung auf der Gemeindeebene zur Raumentwicklung**, Involvieren

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

mit kommunikativen Mitteln!

„Einheitswerte an Verkehrswerte heranführen“ - bezieht sich das auch auf Baulandwidmung im landwirtschaftlichen Bereich? Die Formulierung ist hier missverständlich.

Ich denke, es wäre klüger, nicht Bauland zu widmen, man müsste sich doch eher mit dem Bestand beschäftigen, um Ortskerne zu entwickeln.

Die vier Positionen sind grundsätzlich von Bedeutung und existent, z.B. Vertragsraumordnung haben wir im Oberösterreich im Gesetz verankert und wird weiter eine Rolle spielen. So auch die Aufschließungsbeiträge und Folgekosten bei Aufschließung. Hier spielt die Budgetsituation eine große Rolle. Wir warnen die Gemeinden heute schon vor diesen Entwicklungen (wer finanziert diese Aufschließungen, vor allem wenn die Gemeinden „Abgangsgemeinden“ sind?). Baulandsicherungsfonds ... hier machen wir im Zusammenhang mit der Baulandsicherung einiges. Das hat uns in den letzten Jahren beschäftigt und wird uns sicher auch weiterhin beschäftigen.

Diese Themen haben uns getrieben und werden uns weiterhin treiben. In der Erstellung eines neuen Raumordnungsgesetzes haben wir es nicht geschafft, vergleichbare Maßnahmen zu verankern. Das örek sollte diesen Handlungsbedarf für andere herausarbeiten, damit jene auch verstehen, warum man diese Themen angehen muss! Noch ist zu sehr der Fokus auf Neuem und zu wenig auf die Nutzung des Bestandes gesetzt. Wir verhalten uns ja derzeit noch so, als hätten wir unbegrenzt Boden.

Wir erleben es vor allem in der Wohnbauförderung, dass der machtpolitische Aspekt der Flächenwidmung zu wenig berücksichtigt wird. **Hier entsteht sehr hoher Druck in den Gemeinden.** Das spiegelt sich in diesem Papier nicht wider. Oft versucht man dann über Instrumente der Wohnbauförderung solchen Entwicklungen entgegenzuwirken. Daher muss dieser Aspekt aktiv angesprochen werden, um eine Umsetzungsrelevanz zu erzielen. Die Entscheidungen auf Gemeindeebene sind oft anders motiviert!!!

Die Frage ist, ob der Bürgermeister überhaupt die richtige Instanz ist für die Flächenwidmung bzw. Baubehörde in 1. Instanz ist. Gerade aus dem Aspekt der Machtpolitik heraus.

Hier müssten mehrere AkteureInnen mit einbezogen sein –Wohnbauträger, etc. um hier einiges zu optimieren.

Die Gemeinde ist sehr gefordert und hat eine schwierige Situation! Befangenheit und Finanzen... es ist eine Katastrophe, was hier nicht geschehen ist im Bezug auf die Einheitswerte. Auf die Versteuerung von Grund und Boden müsste mehr Gewicht gelegt werden.

Die Entlastung der Ortskerne mit Ortsumfahrungen hat zu einer „Entlastung“ der Ortskerne geführt. Hier müsste man wesentlich restriktiver sein. Die Baulandentwicklung findet nun außerhalb statt.

Baulandsicherungsfonds – Ein wichtiges Instrument, aber hier müsste man vorausschauend und aktiver arbeiten können. Mit Fonds müsste man Flächenmanagement betreiben können.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Gleichberechtigung und Budget ist hier notwendig. Es besteht ein Konflikt zwischen Eigentum und Raumplanung. Der Fonds muss eine gewichtige Tauschmasse haben.

Flächenwidmung als zentraler Handlungsbereich

Das ist zu weich. Das Grundproblem ist, die Raumordnung auf Gemeindeebene ist ein politischer Prozess. **Es sollte stärker betont werden, wo finden die Interessen des Bundes und des Landes einen verbindlichen Niederschlag im Flächenwidmungsplan?**

Im Sinne des Gemeinwohls sollte die Kompetenz der Gemeinde beschränkt sein.

Die Punkte sind so in Ordnung. Aber die Raumordnung in der Gemeinde ist eher unkoordiniert und eher kurzfristig und ist sehr „menschlich“ (von wenigen gesteuert).

Funktionsräume stimmen nicht mit den Gemeindegrenzen überein, sie gehen darüber hinaus. Es braucht eine überörtliche Regelung, die „Biss“ hat.

Es fehlt für die Umsetzung ein „Zwangsmechanismus“. Es gibt keine Sanktionen. Das sollte es geben. Es bräuchte ein Korrektiv für die Durchsetzung der Gemeininteressen, eine stärkere Vernetzung der Hierarchien untereinander.

Es besteht Handlungsbedarf zu flächensparendem Bauen – dies kann man über Anreizmechanismen steuern. ->Das kann auch Konfliktpotenzial mit sich bringen durch die unterschiedlichen Interessen.

Eine dezentrale Entscheidungsfindung ist zu begrüßen. Ein besserer Informationsstand der Entscheidungsträger wäre allerdings zu begrüßen. Folgekosten der baulichen Entwicklung und Siedlungsentwicklung sollten berücksichtigt werden.

Eine verstärkte Berücksichtigung von nicht verlegbaren Flächen wäre wünschenswert (z.B. wasserwirtschaftliche Vorrangflächen oder Naturschutz; Flächen für Infrastruktureinrichtungen) – diese sollen für öffentliche Interessen frei gehalten werden.

Übergeordnete Entscheidungsträger sollten mit den untergeordneten Gremien in Abstimmung sein - im Sinne eines roten Fadens.

Städte und Stadtumlandgemeinden fehlen hier . Diese sind wesentlich in der Flächenwidmung.

Das ist sehr baulandlastig. Grünlandplanung und landwirtschaftliche Bodensicherung fehlen. Ein Verordnungsverfahren könnte in ein Bescheidverfahren umgewandelt werden.

Die Raumordnung ist sehr lokalpolitisch gefärbt – es fehlen daher Instrumente, wo die Autonomie der Gemeinden gezügelt wird und in die Schranken gewiesen wird.

Eine Umstellung auf ein Bescheid-Verfahren wäre gut, sodass die Verwaltungsgerichtshöfe das letzte Wort haben.

Verpflichtende Regionalverbände, die die Raumordnungskompetenz der Gemeinden stärker wahrnehmen wären sinnvoll.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Die RO ist viel besser als ihr Ruf. Das Problem der **RO ist ein Problem des Eigentumsrechtes:** Was soll man tun, wenn ein Landwirt nicht verkaufen will, obwohl es die am besten geeigneten Flächen für eine „ordentliche Raumordnung“ wären? Daher braucht es bodenpolitische Maßnahmen für eine Steuerung. Dazu müssen Tauschflächen zur Verfügung stehen. Die Gemeinden wissen sehr genau, wie es geht. Aber auch den Gemeinden sind oft die Hände gebunden.

Die Theorie stimmt. Die Praxis birgt sehr viele Probleme, **weil die „richtigen“ Flächen oft nicht verfügbar sind. Die Nichtnutzung von gewidmeten Flächen ist auch ein großes Problem.** Das ist oft eine Preisfrage.

Kooperationen von Gemeinden / Regionen ist ein wesentliches Instrument. Das Problem ist, dass Kosten, Infrastrukturen, etc. eingespart werden müssen. Für Gemeinden ist die Motivation teilweise eine zu geringe, der Nutzen ist meist nur ein ideeller. Es bedeutet nicht mehr Handlungsspielraum.

Interkommunale Kooperation ist „state of the art“, davon gehe ich aus. Die Frage ist, was heißt das in der Zukunft?

Ein wichtiger Punkt auf Gemeindeebene sind die Abwanderungsgemeinden. Hier kann oft ein zu enges Raumentwicklungskonzept hinderlich sein in Bezug auf Erschließung von attraktiven Baugründen (verfügbare Baugründe, Grundbesitzer).

Das ÖREK 2001 ist richtig gelegen bezüglich verfügbarer Baulandreserven. Die **Verfügbarmachung der gewidmeten Flächen ist sehr wichtig.**

Ich experimentiere viel im kooperativen Bereich, es ist wichtig. Es ist noch zu diskutieren, auf welcher Ebene (z.B. Regionalmanagement). **Angeführte Punkte sind noch zu wenig weit gegriffen.**

Aus den Erfahrungen der Bundesländer kann man sehr stark lernen. Aber man muss auch eine richtige Einordnung im EU Kontext sehen. „Sind unsere Standorte zu klein“?

Der Punkt der Gemeinden ist viel zu wenig weit gegriffen. Hier braucht es Lösungen, speziell in finanzieller Hinsicht. Nur zu beraten reicht nicht aus.

Kooperation ist „state of the art“, aber warum passiert es dann nicht bzw. nur an suboptimalen Standorten? Es braucht Lösungen! Wenn es ein gemeinsames schlechtes Gewerbegebiet gibt, ist das auch nicht gut. Schlechter gestellte Gemeinden werden in Kooperationen immer besser gestellt -> Was fehlt, ist ein gerechter Prozess.

Wie kann man die besser gestellten Gemeinden zu Kooperation bewegen? (schlechter gestellte Gemeinden sind oft für Naherholung sehr wichtig)

Der Punkt 2 (Bestand stärker mobilisieren) ist eine alte Forderung – Verteuerung des Baugrundes damit er mobil wird. Man darf das nicht übertreiben. Es gibt ja auch Eltern, die für ihre Kinder Grund „vorbehalten“, allerdings muss man wirklich gewidmetes Bauland verwenden.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

5

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Die **Vertragsraumordnung wird bei uns heftig diskutiert (Vbg.). Diesen Punkt unterstützen wir sehr.** Aber diese ist rechtlich noch nicht gut abgesichert. Das müsste man noch etwas besser regulieren. Wir stellen fest, dass oft Flächen umgewidmet werden und man nicht festmachen kann, wer dann hier bauen „muss“. Hier gibt es dann oft Aufhebungen vom Vfg.

In Tirol gibt es das seit 6-7 Jahren bei neugewidmeten Gebieten (**Baulandmobilisierung**), auch im ROG verankert. Diese Diskussionen spielen sich oft schon vor der Widmung ab und es hängt von den Gemeinden ab, ob sie dieses Instrument ernst nehmen. Parallel gibt es auch den **Bodenbeschaffungsfond**, der durchaus eine Steuerung ermöglicht. **Das Hauptproblem sind die Baulandreserven der 70iger und 80iger Jahre.** Hier müsste das Land die Gemeinden stärker unterstützen auch auf gesetzlicher Ebene (z.B. durch Deckelung nach dem Bedarf...) – dann hätte es der Gemeinderat einfacher.

Das vorher gesagte kann ich nur **unterstreichen**.

Ich verstehe die Ausnahme der landwirtschaftlichen Betriebe nicht – von der Einheitswertanhebung? Gerade die landwirtschaftlichen Betriebe haben oft die größten Baulandreserven.

In Vorarlberg gibt es eine Diskussion vom Verordnungscharakter zum Bescheidcharakter. Hier muss man sehr darauf achten, dass das nicht greift!!!! Es müssen die Gemeininteressen im Vordergrund stehen (vor Individualinteressen) – eine alte und wichtige Aufgabe der Raumordnung!

Man müsste die Gemeinden auch unterstützen, dass Grünflächen erhalten bleiben bzw. sogar gewidmetes Bauland rückgewidmet wird. Eine Nachverdichtung ohne freie Flächen sollte es nicht geben. Hier hat man es in den letzten Jahren versäumt Flächen frei zu halten und diese dafür rechtzeitig anzukaufen. Es bräuchte eine klarere Definition. Was ist denn das Gemeinwohl? Hier muss man solche Flächen als Gemeinde kaufen.

Es wundert mich, dass die Landwirtschaftlichen Betriebe ausgenommen wurden. Das ist wirklich schwer nachvollziehbar.

Die **Gemeindeautonomie ist gerade in der Raumordnung zu hinterfragen!** Das Denken in Gemeindeebene führt zu skurilsten Geschichten (Gewerbegebiete in den besten Lagen ...). Das sehe ich auch beim Baurecht als notwendig.

Gemeindeautonomie ist eine heilige Sache, aber eine differenzierte Betrachtung wäre notwendig. Wenn die Ebene der Gemeinde verlassen wird (Gewerbe, Krankenhäuser, ...) sollten regionale bis überregionale Entwicklungen eingeleitet werden.

Wir haben nicht so viel mehr Bevölkerung und müssen ständig neu bauen... Es gibt doch einiges an Bestand/Wohnraum, der genützt werden sollte, bevor neu gebaut wird! Genau das hat man im Bregenzerwald untersucht... Das wäre ein sehr wichtiger Ansatzpunkt – gerade vor der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung.

Anregung zur Überschrift – diese sollte verändert werden bei Punkt 6.1.1

Der Flächenwidmungsplan hat eigentlich versagt und kann nur mit den Instrumenten, die

Farbcode:
 PlanerInnen – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett
 StudentInnen – grau

AG II – braun
 ÖROK-Gst. - orange

unterhalb angeführt sind, funktionieren!

Auf Dauer können wir es uns in den Gemeinden nicht mehr leisten, die Infrastrukturausgaben steigen! Kooperation funktioniert nur, wenn es von oben kommt.

Zum Teil sind das fromme Wünsche. Die Vorschläge sind bekannt. Man weiß aber nicht, wie man herangehen soll. Das ist schwierig umzusetzen.

Teilweise werden die Dinge schon gemacht – „no, na, ned“.

Gemeinden wissen über **Aufschließungskosten Bescheid, aber nicht über Folgekosten** – Bsp.: Lawinenschutzverbauung – Kosten liegen dann bei Gemeinden.

Verschiebung von finanziellen Lasten – auch Einschränkungen der Einzelnen (Entwertungen von Grundstücken). Ein genaueres Ansprechen im Papier ist wichtig, dass das zum Nachteil für den Einzelnen werden kann. Augen öffnen für die tatsächlich bestehenden Probleme von Gemeinden!

Auch dem Privaten muss klar sein, welcher Aufwand besteht, wenn ein Haus 5km vom Zentrum entfernt errichtet wird. – Übernahme von Verantwortung des Einzelnen.

Konkrete Maßnahmen fehlen!

Es soll kein zahnloser Tiger sein, es soll auch umgesetzt werden. Diese Haltung sollte zum Ausdruck kommen!

Die Flächenwidmung ist nur ein Teil. Bereits gewidmete leer stehende Substanz soll wieder genutzt werden - Wohnraum mobilisieren.

Ergänzung: Interreg-Projekt mit regionalen Gewerbegebieten; Auch bei gewerblichen Erweiterungen sollten die Aufschließungskosten bzw. Folgekosten berücksichtigt werden, sogar beim Einzelhaus.

Wieso sind landwirtschaftliche Betriebe hier auszunehmen? Damit müsste man aufhören bzw. das müsste man hier erklären.

Ausweisungen von Sanierungsgebieten sollte man direkt ansprechen, weil das zu großen Wertminderungen führt.

Vertragsraumordnung – bei neuem Bauland ja. Nicht aber bei bestehendem Bauland. Hier hat es sich nicht bewährt.

In Vorarlberg haben wir das noch nicht. Hier wäre es wichtig, dass funktionierende Beispiele als Basis für Neuerungen herangezogen werden.

Zu Punkt 3

Die Infrastruktur ist beispielsweise in Streusiedlungen schon da, die Gemeinden beziehen sich darauf, um hier auszubauen. Es entstehen Siedlungen, die man sich früher nicht vorstellen konnte. Das einzige Thema, das noch Probleme mit sich bringt, ist der Verkehr. Aber die

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Gemeinden sehen es nicht als Problem im peripheren Raum. Nur wo sich der Verkehr bündelt, wird das Problem sichtbar.

Man muss sich auch talschaftsweise den Verkehr überlegen. Es braucht eine regionenübergreifende Betrachtung (z.B. Zillertal, ...).

Das kann ich nur unterstreichen. Ich finde, man sollte die Gemeindeautonomie total in Frage stellen.

Der Flächenwidmungsplan allein funktioniert nicht wirklich. Es braucht das **Zusammenspiel** mit den Instrumenten.

Das Instrument der Vertragsraumordnung in Vorarlberg sollte aufgenommen werden für das ÖREK.

Kleinere Gemeinden haben Probleme mit restriktiver Flächenwidmung, vor allem jene die von Abwanderung betroffen sind.

Zu Punkt 2 – (Baulandmobilisierung)

Das ist vorsichtig zu sehen.

Punkt 1 (**Baulandreserven**) und 2 (**Baulandmobilisierung**)

sind aus Sicht der Wirtschaft sehr wichtig: Vor allem in einem Land mit begrenztem Raum.

Die Flächenwidmung und Raumwirksamkeit muss man näher zusammenbringen, besonders im Zusammenhang mit der Mobilität.

Die zentralsten Notwendigkeiten sind für mich sehr gut dargestellt. Viele Dinge davon sind in der Steiermark schon umgesetzt (Novellen der letzten Jahre, neues Raumordnungsgesetz in der Steiermark). Dazu gab es eine intensive politische Diskussion. Früher wurde die Erschließung bis in die letzten Winkeln stark forciert (Politik der 80iger Jahre), **die Bevölkerung in den „Abwanderungsgemeinden“ halten zu können, ist trotzdem nicht gelungen.**

Ergänzung: Es gibt viele Informationsdefizite in den Gemeinden. Es gibt den **„Irrglauben“ in den Gemeinden: Je mehr Bauland, desto eher kann man einer Abwanderung entgegenwirken. Wir wissen, dass das nicht stimmt.** Es ist aber sehr schwer, das aus den Köpfen zu bringen. Hier besteht ein **Informationsdefizit in den Gemeinden.** In der Steiermark ist das so ein wichtiges Thema „Die Bevölkerung in den Abwanderungsgemeinden halten“. Aber mit der Baulandausweisung geht das auch nicht. Jedenfalls sollten auch die **Folgekosten der Zersiedelung** mitbeachtet werden (Schlagwort: Erhalt der Infrastruktur!)

Das kommt vielleicht auch deswegen, weil in der Raumplanung immer wieder alles neu ist. D.h. sobald die Regelungen in den Köpfen sind, dann gibt es schon wieder eine Neuerung. Ich glaube, dass sogar Fachleute Info-Defizite haben. Ein roter Faden wäre hilfreich, eine inhaltliche Abstimmung über die Bundesländer hinaus wäre auch ein guter Ansatz für ein ÖREK... („In Burgenland ist alles leichter ...“).

Der Flächenwidmungsplan ist ein zentrales Element. Die Fantasie der regionalen

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Verantwortlichen ist da sehr stark gefordert, wenn man die „Abwanderung“ in Regionen stoppen will (Bodenpolitik = zur Verfügungstellung von Bauplätzen, ...).

Infrastrukturfolgekosten waren 1959 schon ein Thema. So gesehen ändert sich gar nicht so viel.

Gemeindekonkurrenz im Bezug auf Bauplätze aber auch auf die Gewerbeflächen besteht leider. Ich würde die Folgekostenabschätzung nicht so schwach formulieren sondern so wie eine UVP als verpflichtendes Element einfordern (Wirtschaftsverträglichkeit!).

Mir fehlt es, **STRENGE Regeln für die Neuwidmung von Bauland einzuführen**. Das muss im Planungsprozess verankert werden.

->Die gibt es ja eigentlich, diese strengen Regeln. Mir wäre wichtig, dass die **Bewusstseinsbildung auch auf der höheren politischen Ebene gegeben ist**. Unsere fachlichen Entscheidungen können so immer wieder (politisch) aufgehoben werden.

Das ist sehr auf die Gemeinden hin fokussiert. Man sollte es auch auf die Bevölkerung ausdehnen. Das sollte das Zielpublikum sein, weil diese dann die Gemeindevertreter „treiben“. Die Gemeindeverwaltung sollte die **Bevölkerung über die Kostenwahrheit aufklären**.

Es benötigt eine regionale Denkweise über die Gemeindegrenzen hinaus auf Kooperationsebene.

Im Beispiel Regionext in der Steiermark: Flächenwidmung ist ein großes Thema.

Kleinregionen sollen Widmungen sinnvoll aufteilen.

Überregionale Nutzungen sollten hier auch mitbedacht werden.

Flächen sind für bestimmte Zwecke freizuhalten: Das sollte auch im ÖREK berücksichtigt werden.

Es bedarf Kompetenzen auf Landes- und Bundesebene, um diese Ziele hier umzusetzen.

Nutzungseinschränkungen (Wasserbereich) sollen möglich sein. Die Einarbeitung der Vorgaben des Bundes auf Landesebene ist hier ein zentraler Punkt (siehe WRRL)

Das Heranführen an die Einheitswerte ist ein Unsinn. Das ist nicht praktikabel

Über die Mobilisierung des Baulandbestandes wird schon lange geredet. Einzelne Punkte müsste man als Prioritär definieren. **Es sind aber wichtige Bereiche**.

Zu 3: Die Gemeinden müssten verpflichtend Bauwillige beraten. Oft stehen ja politische Entscheidungen dahinter. Die Gesamtkosten müssten den Bauwilligen bewusst werden.

Der Bauwillige zahlt ja die **Folgekosten** nicht, sondern die Gemeinden bzw. Land und Bund. Das **Bewusstsein müsste dafür aber geschaffen werden** (viele haben keine Idee dazu!).

Jede Gemeinde versucht, ihre Leute zu halten. Ich sehe oft Transparente zur Bewerbung von

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Baugründen in den ländlichen Räumen... **Aber nur das Widmen von Bauland hilft überhaupt nicht, Bevölkerung zu halten.** Dafür gibt es aber kein Bewusstsein, das ist das Problem. Die Kosten werden nicht beachtet.

Zu Flächenwidmungsplan: Er sollte eine stärkere Basis für die Durchmischung von Fußgängern und Radwegen bieten. Hier haben wir größere rechtliche Probleme;

-> Vorbereitungen von Abtretungen; Die Gemeinde kann den Willen kundtun, dass hier langfristig ein Weg geplant ist und scheitert aber oft daran, dass diese Flächen für die öffentliche Verkehrsplanung zur Verfügung stehen können.

Das müsste man auch beim Individualverkehr in Verbindung mit neuen Siedlungen berücksichtigen.

Ich stimme dem grundsätzlich nicht zu. Wenn es wichtig ist ein Grundstück zu widmen, soll es als Bauland gewidmet werden. Sonst passiert das sowieso nicht. Das heißt – wenn ein Grundstück nicht als Bauland geeignet ist, wird es auch nicht als Bauland gewidmet.

Man muss das von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich sehen. Für Graz Umgebung z. B. ist es wichtig das vorhandene Bauland zu nutzen.

Es wird schnell ins Detail gegangen ohne die Strategien anzuschauen. **Es muss integriert, über die Gemeindegrenzen geplant werden.**

In der Steiermark wäre es sehr wichtig die neuen Strukturen der Kleinregionen zu beachten. Da hängt natürlich Finanzausgleich etc. dran, aber strategisch von der Sichtweise ist das zu „klein“.

Ich frage mich was dann eigentlich das Problem der Baulandwidmung ist? Ist es das Problem, dass wir zu viele Gemeinden haben oder...? In Kärnten reichen die Baulandreserven für viele Jahre aus.

Wenn ein Grundstück fachlich gewidmet werden kann, dann ist es eine Frage von Angebot und Nachfrage. Das wäre sonst ein Eingriff in den Markt, um eine Sorge loszuwerden. Man sollte das dem Markt überlassen.

Man muss das von der Seite der Anleger sehen. Viele Anleger wollen mit Gewinn verkaufen, erst nach 10 oder 15 Jahren. In Ballungszentren gibt es viele die das als Geldanlage sehen. Die würde man dann schon treffen.

Das geht tief in die Frage des Planwertausgleichs. Wenn gratis Bauland gewidmet wird, dann ist das nur fair, dass es tatsächlich genutzt wird. Die drohende Rückwidmung kann man ja ganz leicht abwenden. Für Flächen für wirtschaftliche Betriebe ist das noch viel dringender. Eine **aktive Bodenpolitik ist hier ganz dringend erforderlich!** In den Gemeinden passiert vieles aus unterschiedlichen Gründen – oder eben nicht. Das Problem, das wir derzeit haben, ist, dass tw. sehr viel als Bauland gewidmet ist, aber nicht bebaut wird – oder nur teilweise. Da hat man dann den Fleckerlteppich – und muss diese Grundstücke aber versorgen. Weil einige Grundstücke nicht bebaut werden, die aber gewidmet sind, kommt es zu einer dispersen Struktur. Das ist das Problem. Für die Wirtschaft ist oft das Problem, dass es nur schwer geht,

Farbcode:
 PlanerInnen – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett
 StudentInnen – grau

AG II – braun
 ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>passende Grundstücke (groß genug und so) zu finden. Das ist insgesamt schon ein großes Problem. Ich finde diesen Punkt sehr wichtig, diese Maßnahmen!</p> <p>Zu Punkt 3 - Gemeinden sind hinsichtlich ...zu beraten: Da würde ich mir eher eine Wirtschaftlichkeitsprüfung analog zur UVP wünschen. Die Beratung ist hier zu wenig. Das sollte stärker formuliert werden</p> <p>Ich würde eher in Frage stellen, ob die Kompetenz bei den Gemeinden richtig angesiedelt ist.</p> <p>Extrem relevant!!! Es hängt wirklich von der Mobilisierung von Reserven ab. Die Reserven liegen aber nicht immer da, wo eine Entwicklung auch gewünscht ist. Die Mobilisierung sollte sich daher auf die Flächen beziehen, auf denen eine Entwicklung erwünscht ist – „gezielte Mobilisierung auf Hochpotentialflächen“.</p> <p>Eventuell zu sehr auf Baulandreserven beschränkt. Maßnahme sollte sich auch bei Neuwidmungen nur auf „gute“, geeignete Flächen beziehen.</p> <p>Das ist gerade aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinden ein wichtiger Punkt: Abwälzung der Erschließungskosten auf den Betreiber.</p> <p>Man sollte eventuell auch Bebauungsformen ansprechen, verdichtete Formen, etc., und das Instrument Wohnbauförderung einsetzen für die Siedlungsentwicklung. Z.B. keine Wohnbauförderung in der Peripherie (ist natürlich provokant) bzw. eine Staffelung der Wohnbauförderung vorsehen (d.h. bessere Fördersätze für gute Flächen).</p> <p>Erst ein besserer Standort, dann Förderung → Förderung als bessere Raumordnung? Die Wohnbauförderung wird für vieles eingespannt und viele Kriterien spielen eine Rolle. Die Wohnbauförderung kann nicht alles!</p> <p>Ich stimme zu. Bitte um Ergänzung: Instrumente zur Baulandmobilisierung bzw. Baulandbereitstellung (Baulandfonds).</p> <p>Auch die ÖROK sollte hier eine bundesweite Informations- und Koordinierungsfunktion übernehmen (nicht jedes Bundesland separat).</p> <p>Der Widmungsgewinn sollte zu Gunsten der öffentlichen Hand sein.</p> <p>Auch Softmaßnahmen sind wichtig: Bewusstseinsbildung für Bodenschutz als Beispiel, um den Boden für derartige Maßnahmen aufzubereiten.</p> <p>Auch aktive Maßnahmen, auch bei Neuwidmungen sollte man mit einbeziehen und sich nicht nur auf die Reserven konzentrieren.</p> <p>... das entspricht auch der Strategie der Ostregion.</p> <p>Wir unterstreichen das, es ist aber sehr schwer hier so aktiv zu werden...</p> <p>Es ist sehr relevant, ein Österreichweit abgestimmtes Instrument der Bodenentwicklung zu haben.</p>	
---	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

11

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu **Folgekosten und Aufschließungen**: Sinnvoll ist es, eine **Bewertungsmethodik** für Infrastrukturkosten zu erstellen um Benchmarking über Gemeinden ausführen zu können; -> Austausch von Best Practice.

Es geht in den Gemeinden um das Thema **Bewusstseinsbildung**: Folgekosten für Baulandwidmungen sind nicht präsent; es geistert das Gespenst, diese sind „quasi ein Geschäft für die Gemeinden“. Das „A-ha Erlebnis“ ist dann sehr groß.

Wenn es eine Bewertungsmethodik gibt, sollte man das auch in öffentliche Ausschreibungen implementieren.

Kompetenzen für FW sollten dem Land übergeben werden! (Grund: Freunderlwirtschaft auf lokaler Ebene). Druck auf die Bürgermeister (Bgm) ist sehr groß, vor allem, wenn eine wichtige Person in der Gemeinde etwas haben will. Bgm hadern mit gewissen Kompetenzen.

Problem: dann hat man die Freunderlwirtschaft auf höherer Ebene! Weniger Leute können es sich dann richten, die aber in größerem Maßstab...

Bgm freuen sich über übergeordnete Siedlungsgrenzen

Frage: Welche wäre die richtige Ebene für die FW? Sind kleinere Gemeinden mit FW überfordert? Wenn man die FW dem Land übergibt – kann das Land kann so einen großen Bereich steuern? Wer hat das nötige Detailwissen? Grundlagenforschung müsste übergeben werden!

Problem FW bei Land: Widmungen dauern dann zu lange!

Überregionale Ebene: Ebene der „Regionen“ – FW wäre gut an dieser Ebene angesiedelt – Kompetenzen an regionale Ebene übertragen, bestehende Strukturen auf regionaler Ebene sollten dies übernehmen

Überregionale Ebene bei kleinen Gemeinden – nicht bei allen Gemeinden erscheint dies nötig (zB bei großen Gemeinden passt es eh). Wie groß ist die richtige Ebene für die FW? Frage nach der „optimalen“ Größe – das ÖREK sollte dazu Aussagen machen, was eine geeignete Größeneinheit für eine „qualitativ gute“ FW wäre. Man könnte auch von der Wirkung der Widmung ausgehen (hat die Widmung überregionale Auswirkungen (zB – EKZ, Gewerbegebiete,...)

Was ist eine „gute“ FW? Was kann darunter verstanden werden? Allgemeines Leitbild/Orientierungsrahmen sollte es mit dem ÖREK geben – an dem man sich orientieren kann, was eine „gute“ FW ist!

Text ist jedenfalls zu ungenau formuliert – Wer soll was tun? Wer soll Instrumente weiter entwickeln? Wer soll was verbessern und wie? Text ist nur Zusammenfassung von guten Ideen – größtenteils „state of the Art“

Klarer und besser verständlich – auch für Bgm – formulieren. Mehr Praxisbeispiele für bessere Verständlichkeit anführen. Boxen ausbauen mit Best Praxis! Einblick in Instrumente geben,

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>internationale Beispiele sollen angeführt werden.</p> <p>Baulandüberschüsse fehlen – darauf sollte auch eingegangen werden! (v.a. im ländlichen Raum)</p> <p>Qualität des Baulandes stärker beachten! Differenziertes Vorgehen wäre wünschenswert</p> <p>? Gemeindefusionen?! – darf man das andenken?</p> <p>Dieser Punkt wird mit sehr hoher Priorität eingestuft! (Unmittelbarste Auswirkungen auf den Raum)!</p> <p>Zu Punkt 2 - Kleinräumige Kooperationsstrukturen im Rahmen der kommunalen Flächen – interkommunale Kooperationen.</p> <p>Maßnahmen mit befristeten Widmungen sollten vorgesehen werden. Altlasten mit großflächigen Widmungen überlasten künftige Generationen. Auch die Erleichterung von Rückwidmungen sollte es geben.</p> <p>Bei Punkt 2 sollte man auch forstwirtschaftliche Betriebe dazu nehmen.</p> <p>Zu Partizipativer Planung – Punkt 4 im Kasten Handlungsgrundsätze, S. 93: Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund fehlt mir hier.</p>	
--	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

13

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu 6.1. Kooperative Strukturen

Zu 6.1.2 Regionale Planungsebene stärken

<p>Ein Konzept wie das ÖREK darf nicht vorschlagen, dass „diskutiert“ wird (z.B. Regionalmanagement als Koordinationsebene) – das ist eine Todsünde!!! Es muss hier verbindlicher formuliert werden. Konkrete Vorschläge sollen hergeschrieben werden.</p> <p>Das unterstreichen viele hier, es sollte viel schärfer formuliert werden.</p> <p>Dazu müsste Bewusstseinsbildung auf der örtlichen Ebene gemacht werden, damit die regionale Ebene besser funktionieren kann bzw. wahrgenommen wird.</p> <p>Was können die Anreize sein? Gesetz (schwierig) oder Geld...</p> <p>Partizipative Planung für eine pluralistische Gesellschaft!</p> <p>Zu Punkt 3 (Übergeordnete Planungsmaßnahmen): Das sollte schon konkret ausformuliert werden (Bezug zum Punkt 4 bei Handlungsprinzipien). Es bedarf Handlungsgrundsätze, wenn man dem „Raum für alle“ gerecht werden möchte, dann ist darauf Bezug zu nehmen. Hier muss über die Auswirkungen der Planung auf die Geschlechter z.B. Gender Impact Assessment Rücksicht genommen werden.</p> <p>Grundsätzlich finde ich es gut. Es ist sehr weit formuliert, aber die Regionen sind sehr heterogen strukturiert. Der kleinste gemeinsame Nenner ist zu allgemein formuliert. Hier sollten strategische Vorgaben, Verfahren etc. angesprochen werden.</p> <p>Der Begriff der „Region“ muss definiert werden, was ist gemeint damit? Sollen sie nun als Planungsebene eingeführt werden oder nicht? Das kommt nicht ganz klar heraus.</p> <p>Der Begriff Region ist nicht definiert. Sind das nur die Gemeinden oder auch andere Organisationen? Das Instrumentarium dazu ist zu entwickeln oder anzuführen.</p> <p>Es muss deutlich gemacht werden, dass in funktionalen Regionen gedacht und gehandelt werden muss (Bewusstseinsbildung!)</p> <p>Ich habe Abgrenzungsprobleme zu 6.1.1 (Gemeindeebene) und zu 6.2.2. „interkommunale Kooperation“ und auch 6.1.2. Hier wäre eine Zusammenführung einfacher bzw. nachvollziehbarer. Diese drei Bereiche gemeinsam in ein Maßnahmenbündel fassen. Bei regionalen Kooperationen sollte man in funktionalen Kleinregionen denken und das über Bundesländergrenzen hinweg. Dazu sind Instrumentarien zu entwickeln.</p> <p>Zu Punkt 1 („Region horizontaler Ort der Koordination“): Das sollte auch für den Bund sein.</p> <p>Die Struktur des PIP insgesamt dient der Governance nicht. Z.B. wettbewerbsfähig, solidarisch und nachhaltig - das sind drei konfliktäre Zielsetzungen: Auf der regionalen Ebene wird auf diese Herausforderung nicht konkret Bezug genommen. Die regionale Ebene ist die zentrale</p>	
---	--

Farbcode:
 PlanerInnen – schwarz
 Linz – rot
 Innsbruck – blau
 Graz – grün
 St. Pölten – violett
 StudentInnen – grau

AG II – braun
 ÖROK-Gst. - orange

Ebene!!

Es bräuchte ein präziseres Konzept, was man unter Wettbewerbsfähigkeit versteht, dann würde man zu Handlungsempfehlungen kommen, wenn es darum geht, Widersprüche der Zielsetzungen zu besprechen. (Netzwerkbildung, Regionalität ...). WIE und wer sind die zentralen Fragen?

Die Formulierung: „Die Region ist keine politische Entscheidungsebene“ ist irreführend – natürlich geht es darum politische Entscheidungsträger einzubinden, daher kann das nicht stimmen, wahrscheinlich hat man die demokratische Legitimation gemeint. Auch eine „weiche“ regionale Organisation braucht Regelungen der Zusammenarbeit, Entscheidungsfindung, Umsetzungsverantwortung etc. = formelle Ebenen der regionalen Zusammenarbeit.

Ich unterstreiche das!

Definition von Region -> Eine Region ist das, was die Akteure als Region halten.

Auswirkungen des Bundes, z. B. Treibstoffhöhung -> Erhöhung der Pendlerpauschale, nachher Treibstoffreduktion -> keine Reduktion der Pendlerpauschale: Die verschiedenen Ebenen decken sich leider nicht ganz und richten oft Schaden in einer anderen Ebene. Das ist oft ein Durcheinander.

Regionale Planungsebene stärken -> Das ist wirklich sehr gut! Bei den Maßnahmen macht man einige strategische Fehler. Die Region soll als Entscheidungsträger etabliert werden (und nicht wie es hier klingt), Rolle der Regionalmanagements -> Diese Aussage vernichtet das Papier. Es sollten konkrete Maßnahmen angesprochen werden.

Es fehlt mir ein Punkt: Im Klimafonds gibt es den Begriff Energieregionen. Das ist eine Worthülse und niemand weiß, was man damit machen kann. Es wäre ein interessanter Ansatzpunkt, wenn man hier beschreibt, was das für eine Region bedeutet (Energie ohne Verkehr zu denken ist unmöglich ...).

Die Struktur folgt der Strategie. Ich würde weniger auf der Ebene der Instrumente ansetzen, sondern eher darauf ansetzen, was man will. -> Stärkung der Ebene – Was bedeutet das? Gemeinsame Strategien entwickeln zu inhaltlichen Themen z.B. im Verkehrsbereich, Energiebereich ... Ich halte es nicht für sehr spannend, zusätzliche Gremien zu schaffen. Wie bringt man „das“ dazu, dass das passiert.

Kapitel ist bedeutend, konkretere Vorschläge sollten hier gemacht werden.

Box 14 (Regionalplanung im Land Salzburg) ist sehr positiv. Das ist ein gutes Beispiel.

Schlagkräftige Regionalverbände wären gut. Ein **gemeinsames Flächenmanagement fehlt derzeit gänzlich**. Regionalverbände sind oft zu klein, um sinnvoll arbeiten zu können.

Größe sollte sich nach den Funktionsräumen richten.

Ein Regionalmanagement könnte die Gemeinden ersetzen, sie sollten nicht eine zusätzliche

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

15

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Ebene bilden. – Es soll keine zusätzliche Verwaltungsebene eingeführt werden!</p> <p>Übergeordnete Planungsmaßnahmen – was ist darunter zu verstehen?</p> <p>Die Regionale Planungsebene soll gesetzlich vorgegeben werden.</p> <p>Raumordnungsbeirat sollte auch in der Praxis Kammern einbinden. Widmungen mit Bedarfserhebungen wären sinnvoll. Eine geordnete Widmung für größere Räume wäre sinnvoll. -> Bestehende Gesetze müssten mit Leben erfüllt werden!</p> <p>Verbindlichkeit ist wesentlich!</p> <p>Regional governance – dem stimme ich nicht zu. Sie macht den Eindruck einer Verwaltungsebene, die sie nicht ist. Sie muss rechtlich verbindlich sein, dann ist es ein anderes Modell.</p> <p>In Salzburg ist die Regionalplanung eigenständig, das machen die Gemeinden im Regionalverband. Ein regionales Entwicklungskonzept ist nicht verbindlich. Ein Regionalplan muss nicht verpflichtend erstellt werden. Es muss eine freiwillige Verpflichtung der Gemeinden für eine regionale Planung bzw. für die Umsetzung auf örtlicher Ebene geben. Die Erfahrung zeigt, dass, wenn der Leidensdruck sehr groß ist, dann kooperieren die Gemeinden untereinander und es findet dann auch Regionalplanung statt.</p> <p>Es fehlt ein verbindlicher „simpler“ Ordnungsrahmen. Dieses Korrektiv braucht es. Es braucht Grenzen, innerhalb derer die Planung dann stattfinden kann.</p> <p>Das sehen wir anders, weil das Land schon einen Rahmen vorgibt.</p> <p>„Region ist keine politische Entscheidungsebene“ ist nicht real. – Das ist höchstpolitisch!</p> <p>S.96, erster Punkt verweigert Realität</p> <p>Ich kann das vorher gesagte nur bestätigen. Es geht nur über finanzielle Anreize, dass die Gemeinden zusammenarbeiten oder es muss gesetzlich vorgeschrieben sein. Das geht nicht auf freiwilliger Basis. Es braucht Disziplinierungsmaßnahmen.</p> <p>Es besteht die Befürchtung, dass diese Absichtserklärungen wieder schnell verebben. „Raum für alle“ müsste sich in politischen Absichten wiederfinden.</p> <p>Bisher traditionelle Leistungen der Gemeinden sind schwierig zu ändern. Bei neuen Vorhaben lässt es sich die überregionale Zusammenarbeit leichter umsetzen.</p> <p>Wenn es zentrale Gemeinden gibt, die die gesamte Infrastruktur für eine Region anbieten, sollten die kleinen Gemeinden nicht ganz untergehen.</p> <p>Aushöhlung kleiner Gemeinden verhindern!</p> <p>Mut machen für freie Kontrakte, bevor man zu schnell in Institutionalisierung (Gesetze) greift – Beispiele: Rheintal, Walgau.</p>	
---	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

16

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Politischer Mut: Zukunftsraum Tirol war ein mutiger Schritt. Dieser sollte zusätzlich als Beispiel angeführt werden (Neue Planungseinheiten).

Es geht um die Bereitschaft (die Köpfe), um die Einsicht in den Gemeinden. - **Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung der Gemeinden.**

Wo braucht es Regeln und wo lässt man den Markt spielen? Es braucht eine Bewusstseinsbildung bei den politisch gewählten Mandataren auf Gemeindeebene (auch bei der Bevölkerung).

Nur über Finanzielles nicht möglich. Sonst werden die reichen Gemeinden, immer reicher und die armen Gemeinden immer ärmer.

Das ist alles noch sehr auf der freiwilligen Ebene. Wenn eine Kommune etwas macht, das Auswirkungen auf die Umgebung hat, sollte es auch eine Verpflichtung zur Kooperation oder Anreize zur Kooperation geben.

„Totes Recht der Planungsverbände“ sollte man beleben.

Es gibt ja Modelle, wo ein Beschluss der anderen Gemeinden ab einer bestimmten Größenordnung verpflichtend notwendig ist. Es wäre schön, wenn man es gesetzlich verankern könnte, dass für bestimmte Maßnahmen eine Zustimmung der anderen Gemeinden notwendig ist.

Es gibt diese Stufenordnung örtlich und überörtlich faktisch nicht. **Die „funktionierenden“ Planungsverbände wären hier wirklich der richtige Ort für diese regionale Planung.**

Klares Primat – überörtliche Raumplanung hat Vorrang vor der örtlichen Raumplanung.

Es müssten dazu Schwellenwerte definiert werden (z.B. Bettenanzahl, ...). Wie viel verträgt denn der Raum? Diese Frage müsste man sich mal stellen!

Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten werden dann oft Probleme nur aufgezeigt, es sind aber keine kreativen Handlungsanweisungen für die Raumplaner gegeben.

Man müsste die Gemeindemandatäre und Bürger aus dem Kirchturmdenken herausbringen. „Raum für alle“ – wäre da das richtige Motto. **Integriertes Denken ist heute gefragt.**

Nachvollziehbares Aufdecken sollte in diesen Papieren passieren.

Die regionale Ebene ist meist sehr freiwillig und hängt vom Engagement der Einzelnen ab. Manche schwindeln sich vorbei: Im Vorarlberger Rheintal ist man genau in diesem Dilemma, es tut noch keinem weh. Die Frage der Umsetzbarkeit ist nach wie vor offen. Natürlich bedeutet es einen Machtverlust der Politik, wenn man hier stärker auf dieses Verständnis setzt.

Die Abgabe an die Region bedeutet Machtverlust. Die regionale Planungsebene muss auf jeden Fall gestärkt werden.

Die Ebene der **Flächenwidmungspläne soll bei den Gemeinden bleiben. Aber auf regionaler**

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Ebene ist die Kooperation zu stärken. Die Regionale Ebene ist in den Instrumenten abzubilden. Gesetzlich soll hier ein Rahmen geschaffen werden.

Die Raumplanung soll man auf Verordnungsbasis belassen.

Regionalplanungsprozesse leben von der Lücke im Gesetz. Es sollte nicht in gesetzliche Strukturen eintreten. Es sollte nicht noch eine weitere Verwaltungsebene geschaffen werden.

Planungsverbände sind ein geeignetes Instrument für die überörtliche Kooperation.

Zu Gewerbegebieten: Hier sollen Faktoren wie zusätzlicher Verkehr beachtet werden, aber auch der Einfluss auf die Bevölkerung und Arbeitsplätze. Das ist nicht isoliert zu betrachten.

Ist die Rückwidmung bei den Gemeinden kein Thema?

Die Revitalisierung brachliegender Flächen ist wichtig. Dies ist aber eine Frage der Kosten.

Die Punkte sind gut, aber ein verpflichtender Vollzug ist schwierig.

Man soll nicht nur die Planungsebene stärken, sondern vor allem die Umsetzungsebene! Es sollte starke Anreize geben, dass es einen interkommunalen Ausgleich wirklich gibt, um den Wettkampf der Gemeinden zu verhindern.

Wo gehen diese Punkte hin. Wer soll angesprochen werden. Wer ist zuständig für die Umsetzung? Das geht zu wenig hervor.

Es sollte eine Verbindlichkeit geben für den Interessensausgleich, eine integrierte zusammengeführte Regionalentwicklung (weg von der „nur“ Freiwilligkeit“ durch gute Anreize).

Zu 4 Gesetzliche Umsetzung: Gibt es außer Wien ein Land, wo die Regionale Ebene nicht vorgesehen ist? Das ist schon überall gesetzlich umgesetzt, oder?

Hier wird stark von der Planungsebene gesprochen. Eine Verknüpfung mit der Umsetzungsebene müsste auch verstärkt werden (durch z.B. Finanzausgleich, wirtschaftliche Anreize) um gemeinsame Ziele besser umsetzen zu können. Hier braucht es Spielregeln (z.B. wenn eine Stadt nicht will, dann haben die Umlandgemeinden keine Chance, manchmal auch umgekehrt).

Das sind viel positive Inhalte und auch neue Gedanken. Es zieht sich für mich durch, dass kein Fokus auf Ballungsräume gegeben ist. Es wäre wünschenswert, dass hier auch auf Ballungsräume eingegangen wird. Es gibt sehr unterschiedliche Notwendigkeiten.

Zu 2: Das finde ich positiv hier die Regionalmanager zu involvieren und eine gute Abstimmung mit Land und Gemeinden zu haben. Nicht nur diskutieren, sondern die gegenseitige Einbeziehung soll aktiviert werden. -> In der Steiermark wird das doch im Verkehrsbereich gemacht, oder? Das wird wohl themenspezifisch und österreichweit sehr unterschiedlich gelebt.

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Der Informationstransfer vom Land in die Region ist ein zentraler Punkt</p> <p>Zur Box: In Salzburg machen Gemeindeverbände die regionale Planung. Ich würde hier ein anderes Beispiel angeben.</p> <p>Ich sehe einen Widerspruch zwischen dem ersten Punkt und dem letzten Punkt (Maßnahmenvorschläge): sollen Regionen nun formell eingerichtet werden oder nicht? Hier sollte das ÖREK klare Aussagen machen. Jetzt ist es widersprüchlich.</p> <p>Kooperative Form der Regionalentwicklung: Das sieht aus steirischer Sicht etwas anders aus. Vieles davon ist bereits verwirklicht, wenn man sich das Beispiel Regionext anschaut. Was die Flächenwidmung betrifft, eine Art Flächenwidmung überörtlich zu implementieren, da gibt es bereits Ideen. Es gibt in der Steiermark überregionale Vorrangzonen zum Beispiel.</p> <p>Hier sollten verschiedene innovative Projekte genannt werden, hier gibt es schon einige Beispiele.</p> <p>Die Problematik ist, dass wir in Österreich 9 verschiedene Planungskonzepte haben. Man sollte eruieren, wo in Österreich Defizite bestehen und wo nicht.</p> <p>Zu Punkt 2 – Kooperative Form der regionalentwicklung:</p> <p>In Kärnten gibt es das Unternehmensentwickelte Regionalmanagement. Hier bestimmen die Unternehmen in den Regionen selbst und erarbeiten auch selbst ihre Maßnahmenkataloge.</p> <p>der Punkt ...operativ durch Regionalmanagement wäre also hier zu ergänzen/erweitern.</p> <p>Das gesagte ist ein wichtiger sektoraler Input, der auf Kooperation aufbaut. Ich sehe aber, es muss eine Verbindlichkeit geben. Reine Freiwilligkeit in Regional Governance funktioniert nicht.</p> <p>Sehr wichtig sind regionale Kooperationen insbesondere in Hinblick auf die EU. Das kommt zu wenig heraus. Wir sollten uns auf verdichtete Siedlungsregionen konzentrieren. Regionale Abstimmungen sind sinnvoll und wichtig.</p> <p>„Durch Kooperationsanreize fördern“ – das sollte konkreter ausgeführt werden.</p> <p>Eine nationale Agglomerationspolitik (Beispiel CH) wäre erforderlich.</p> <p>Die Abstimmung mit der Agrarpolitik auf europäischer Ebene ist wichtig (LEADER-Regionen).</p> <p>Regionenbund – ARGE Donauländer als positives Beispiel sollte angeführt werden.</p> <p>Die ÖROK sollte die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit (Stichwort Finanzausgleich) thematisieren und steuern.</p> <p>Frage zu Maßnahme 2 – Ist das positiv oder negativ zu sehen, dass die Regionalmanagements damit befasst werden sollen?</p> <p>Die Frage ist, haben wir einen Leidensdruck und schaffen eine gesetzliche Regelung oder</p>	
---	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

19

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

nicht? Das ist weder Fisch noch Fleisch. Es wird wohl andere Strukturen brauchen für die örtliche und überörtliche Raumentwicklungs-Zusammenarbeit.

Die Frage ist, wer ist die Region? Was ist damit gemeint?

Zu 1 und 4 – Hier ist ein Widerspruch. Will man die Region formalisieren oder nicht? Hier wird einmal gesagt so und einmal wieder so. Das ist nicht konsistent.

Hier sollten durchaus auch auf der politischen Ebene Aussagen zur langfristigen Entwicklung getätigt werden.

Z. B. In Niederösterreich gibt es 5 Regionalmanagements. Hier gibt es überall politische Entscheidungsgremien und dann haben wir einstimmige Beschlüsse. Schwierig wird es, wenn es in Richtung Wien geht.

Das ist eine Grundsatzentscheidung. Vielleicht ist man noch nicht so weit für eine gesetzliche Regelung, aber dann sollte die freiwillige Basis systematisch entwickelt werden. Wenn man will, dann geht es auch oft ohne gesetzliche Vorgaben.

Die europäische Dimension ist sehr relevant. Das geht im PIP ab. Österreich ist keine Insel! Z.B. Donaunraumstrategie, Metropolregionen in Deutschland, etc. -> Wie kann eine nationale Agglomerationspolitik nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen in europäischer Ebene positioniert werden? Österreich muss Standorte sichern.

Bei der **Ebene und den Instrumenten sollten die grenzüberschreitenden Probleme von Bundesländern nicht vergessen werden.** Hier fehlt noch einiges.

Das Einbeziehen der lokalen Ebene, der Bevölkerung und die Akzeptanz für Planungsinstrumente ist ebenso wichtig. Stichwort Beteiligungsmodelle!

Zu kleinregionalen Ebenen: Je mehr Ebenen, umso höher ist der Abstimmungsbedarf. Es kommt bei vielen Institutionen oft zu „**Doppelgleisigkeiten**“. **Die Aufgaben müssen abgestimmt sein.**

Ich bin dankbar, dass das Thema Regionalplanung relativ prominent vorkommt. Das ist das „Missing link“ in gewisser Hinsicht.

Zusammenschau im Sinne von **Funktionalräumen.**

Undeutlich formuliert: formell oder informell? – Soll eine regionale Planungsebene eingerichtet werden oder nicht – unklar! Deutlicher formulieren!

Regionen gehören definitiv formell eingerichtet! Regionale Planungsebene ist das wichtigste Instrument in der Zukunft für mich!

Achtung: Je mehr Ebenen desto schwieriger wird die Koordination!

Gemeinden sollte man eher einsparen

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

20

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Funktionale Regionen sollten eingerichtet werden!

Formulierung: „Planungsebene durch Kooperationsanreize fördern?“ Wer soll fördern? Wie könnte das finanziert werden? Oder ist damit etwas anderes als Finanzierung gemeint?

Begriff „fördern“ ist allgemein heikel wenn er nicht genauer erläutert wird: Durch wen? Wer zahlt , was ist damit gemeint?

„Weitere Vorschläge sind zu entwickeln“: Besser wäre es, Instrumente gleich zu entwickeln und diese in das ÖREK hineinzuschreiben, oder weglassen, wenn man keine hat.

Regionen (regionale Ebene) ohne Kompetenzen macht keinen Sinn! (regionale Entwicklungskonzept ohne Durchschlagskraft) – macht keinen Sinn. Wenn formell, dann müsste man das mit Kompetenzen füllen!

Ein paar Gemeinden verbinden – Länder – und Bund und Regionen – das wären zu viele Kompetenzen/ zu viele Ebenen

Vision Rheintal – hat auch viel bewirkt und ist nicht verordnet! Freiwilligkeit ist auch sehr wichtig.

Vision Rheintal ist keine Planungsebene! Planungsaufgaben sind nicht drinnen bei diesen Konzepten – in diesen Konzepten gibt es eigentlich keine wirkliche Planungsebene

Internationale Beispiele sollten genannt werden.

Was wird unter regionaler Ebene verstanden? In einem ÖREK sollte eigentlich drinnen stehen, was darunter verstanden wird, vor allem, wenn man auch Maßnahmen dazu formuliert. Definition von Regionen in Österreich: Was versteht man darunter, wie sollten die aussehen? Das ÖREK sollte hier aufklären, was in Ö unter „regionaler Ebene verstanden wird, oder was Sinn machen würde! Sonst erscheinen die Maßnahmen nicht glaubwürdig.

Durch den Empfehlungscharakter wird sich nicht getraut etwas zu formulieren – Problem ! – Der Schritt wird nicht gewagt, etwas ordentlich zu formulieren – was muss tatsächlich getan werden.

Allgemein sind die Vorschläge sehr vorsichtig formuliert – man hat nichts verloren!

Hat man Angst davor, davor dass die ÖROK abgeschafft wird? Die Leute die das hier geschrieben haben, haben Angst, genau zu schreiben, was sie denken! Dadurch wird das ganze zu vage.

ÖREK soll konkreter werden – das sehen wir jetzt noch nicht erfüllt!

Das ist eine Konsensvereinbarung von Bund, Ländern, den Partnern in der ÖROK!

Das ist die österreichische Variante: Um den heißen Brei herumreden und niemanden beleidigen!

Die Länder sollten sich aktiv engagieren um die regionale Ebene zu unterstützen in

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

21

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Kooperationsbemühungen.	
-------------------------	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

22

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu 6.1. Kooperative Strukturen

Zu 6.1.3 Bund-Land: Gesamtösterreichische Perspektiven stärken

Zur Rahmenkompetenz des Bundes: Wenn man sie nennt, dann sollte gesagt werden, wofür brauche ich sie? Wir wissen aber auch, dass sie sehr unrealistisch ist. Im Regierungsprogramm steht sehr genau drinnen, was bei der Rahmenkompetenz passieren soll. Das Dokument sollte Argumente dafür liefern, das Regierungsprogramm sollte hier untermauert werden.

Bund – Land / Land – Land – das sind eigentlich genau die Schnittstellen, wo etwas getan werden sollte!

Der Lissabon Vertrag erklärt die territoriale Kohäsion als gemeinsame Kompetenz der Union und den Mitgliedsländern. Wir in Österreich haben als Mitgliedsland keine Entsprechung dafür. Der Bezug zu den europäischen Dokumenten bzw. auch auf europäische Konzepte müsste aufgenommen werden;

In den Schnittstellen der Ebenen liegen genau die Probleme, die bearbeitet werden sollen. Was die einzelnen Ebenen machen sollen, wissen sie schon. Daher unterstütze ich die Struktur.

Mir fehlt ein wenig: Aufmerksamkeit und Verantwortung stärken, z.B. durch Monitoring des ÖREK, bzw. dass es auf die politische Tagesordnung kommt bei den verschiedenen politischen Gremien.

Das Projekt der nachfolgenden Stadtregionen wäre ein Beispiel, an dem alle Ebenen mitarbeiten müssen. Das wäre ein konkretes Themenfeld.

Es braucht dringend ein Monitoring der vorgeschlagenen Maßnahmen! Wir wissen, dass wir das wollen. Jene die es beschließen, wollen es meist nicht und gerade deshalb braucht es ein Monitoring!!!

Zum Punkt Städte: Der Bezug zu Lissabon wird gemacht. Sehr konkrete Punkte auf der EU-Ebene müssen auf der österreichischen Ebene konkretisiert werden – inhaltlich! Welche Netze/Städtekooperationen braucht es, welche sind zu beschließen, welche soll es geben, etc.?

Bund-Land ist nicht das einzige Problem! Es gibt viele Länder, bei denen es „Finster“ ist im Bezug auf die Raumentwicklung, auch beim Bund.

Zu Punkt 4: Ergänzung von Gleichstellung und Gender Budgeting

Punkt 2 finde ich als Lösungsansatz sehr wichtig. Ich habe hier einige Erfahrungen gemacht (Stromleitungen ..). Die Frage war immer, wer sagt wem, was, wann. Wenn man auf Landesebene eine rechtzeitige Planung haben will, dann muss man das organisieren.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

23

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Bitte keine zusätzliche Rahmenkompetenz des Bundes.

Das sind politische Fragen, die sollten auf der politischen Ebene diskutiert werden.

Wenn es um überregional wirksame Vernetzungen des Grünraums geht, dann wäre eine bundeskoordinierende Tätigkeit interessant. Dieses Modell der Rahmenkompetenz gibt es in Deutschland.

Das gibt es zum Teil ja. Die Strategiekonzepte werden auf Bundesebene erarbeitet und dann dem Land zur Flächensicherung übergeben. Letztlich obliegt die Umsetzung den Ländern (Korridorsicherung ...).

Es ist wesentlich, eine grenzüberschreitende Raumplanung vorzunehmen!!! Auch über die Staatsgrenzen hinaus. Das ist aufgrund der Rahmenbedingungen oft sehr schwierig.

Was ist gemeint mit der Bring- und Holschuld? Wie soll das praktisch vor sich gehen?

Oft weiß man nicht, wen man ansprechen soll.

Von wem kommt dieser Vorschlag zur Rahmenkompetenz des Bundes? Wie ist das zu verstehen?

Aus Sicht der Landesraumplanung hat die Rahmenkompetenz des Bundes 2 Seiten: Es ist schwierig einen Konsens zu finden.

Was sagen die Unternehmer? Ich bin überrascht das hier zu finden.

Es wird immer komplizierter. Der Output kommt nicht wirklich so punktgenau bei Unternehmen an. Was ist die Qualität dieser intensiven Vernetzung?

Die Entscheidung wird noch weiter vom Kunden weggezogen.

Ich finde es sehr gut, wenn man über die Grenzen schaut. Wir schauen auch über den Rhein in die Schweiz ... Man kommt sich näher. Das Thema ist auf jeden Fall zu forcieren.

Die **Überarbeitung der Hochwassergefahrenzonenpläne hat in Vorarlberg solche Auswirkungen auf alle Gemeinden.** Hier gab es wenig Einbeziehung der Gemeinden und die Ergebnisse waren für die Kommunen von großer Wirkung. **Mehr Kommunikation wäre hier auf jeden Fall wünschenswert** – i.S. der frühzeitigen Einbeziehung, Information der betroffenen Verwaltungsebenen (Land und Gemeinden)!

Mir ist nicht ganz klar, was hier gemeint ist? In den Sektoren hat der Bund ja die Planungskompetenz oder? Die nützt der Bund auch (z.B. Eisenbahn, ...). Es wäre wirklich notwendig, die Kompetenzen neu zu überdenken und es wäre sinnvoll, dass der Bund in manchen Bereichen die Kompetenz haben soll. Viele Regelungen sind aber schon sehr alt und sollten überdacht werden. Als Land steht man zwischen Gemeindehoheit und Bundesplanungen, z.B. ASFINAG-Parkplätze

Institutionenübergreifende Kooperation brauchen wir immer mehr, aber das ist kompetenzrechtlich eine „heilige Kuh“. Die CH hat so eine Rahmenkompetenz. Bei uns ist es

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

24

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

leider nicht Umsetzung. Aber es braucht Formen, die diese Zusammenarbeit auf jeden Fall ermöglichen. Ein großes Anliegen dabei ist auch die stärkere Vernetzung der Fachsektoren des Bundes.

Bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage – **eine Rahmenkompetenz des Bundes klingt für mich nach mehr Verwaltung** –finde es besser, **dass die Vernetzung der bestehenden Strukturen erfolgen soll. Keinesfalls sollte es noch mehr Ebenen und noch längere Verfahren geben.**

Zu den GFZ-Plänen:

diese ist in Tirol seit 6 Jahren in Bearbeitung, aber wir beziehen uns immer noch auf die von den 80iger Jahren. Es wäre wichtig, dass diese Pläne in kleineren Einheiten abgearbeitet werden.

Bei **Infrastrukturvorhaben braucht es wirklich vernetzte Planungsprozesse** (zu Prozess zur Straße unteres Rheintal) der verschiedenen Ebenen, so auch im Bereich der Schiene. Das ist zwar sehr mühsam, aber das ist der richtige Weg.

Ich sehe es als Schwäche dieses Papiers, dass die Verwaltung hier gar nicht vorkommt. Einsparungsmaßnahmen auf der einen Seite, auf der anderen Seite neue Ideen, die eigentlich sparsamer funktionieren sollen.

Der Rahmenkompetenz des Bundes kann ich wenig abgewinnen. Z. B. Eisenbahn/ Seilbahnen – hier ist die Gemeinde völlig außen vor und da kann man auch in diesem Verfahren z.B. einen Supermarkt bauen. Hier wird die örtliche Raumplanung konterkariert.

Da wo der Bund die Kompetenz hat, da nützt sie nichts, z. B. Wildbach - auf die Gemeinde die Verantwortung abschieben.

In der Schweiz und in Deutschland gibt es dieses Rahmengesetz, das eben nicht ins Detail hineingeht. Ich sehe es schon hilfreich. Hier könnte man festhalten, dass bestimmte Sonderregelungen ausgeschaltet werden (z.B. landwirtschaftliche Sonderregelungen...)

Natürlich kann man die Alternative 15a durchaus forcieren und dadurch eine Rechtskraft erlangen.

Aktuelles Beispiel Inn: Das Land tut sich auch oft schwer und da bräuchte es eventuell manchmal eine Bundeskompetenz.

Müsste man das nicht auf länderübergreifende Themenfelder beschränken, wenn man von einer Bundeskompetenz spricht? Aber die Länder müssen schon eingebunden werden in die Entscheidungsprozesse.

Die Rahmenkompetenz des Bundes darf nicht dazu führen, dass es noch komplizierter wird.

Wichtig ist die Rolle der Raumordnung bei Infrastrukturvorhaben.

Die Anrainer sind hier auch ein wichtiger Faktor.

Naturgefahren Diskussionen sollen nicht auf die Bundesebene delegiert werden. Die

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

25

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Akzeptanz der Bevölkerung ist im Bereich Raumordnung ausschlaggebend.

Ich sehe, dass die Dinge schon „oben“ beim Bund liegen.

Eine verfassungsrechtliche Variante wäre zu bevorzugen. Die 15a Vereinbarung ist ein gangbarer Weg. Es hat so einen **Prozess im Bautechnikbereich (Österreichisches Institut für Bautechnik) schon gegeben**, wo viele Bundesländer mitgemacht haben. Diese Vorgangsweise wäre im Sinne einer gesamtösterreichischen Perspektive und unterstützt die **Bewusstseinsbildung. So ein Vorgehen wie im Bereich der Bautechnik wäre wünschenswert.**

Das ist ein Langzeitthema. Das beschäftigt schon lange viele Gremien und es hat schon Versuche dazu gegeben. Hier kommt man nicht weiter. Ein ÖREK hat Kooperation zum Inhalt und muss natürlich solche Vorschläge machen und eigentlich wäre es notwendig. **Diese Vielfalt ist fast schon ein Standortnachteil in Österreich!** Dennoch fürchte ich, dass sich nicht viel tut.

Standortnachteil ist ein gutes Argument, weil von der Wirtschaft unterstützt. Die Abstimmung über die Länder fehlt! Eine Vereinheitlichung der Inhalte oder Abstimmung der Begriffe wäre wichtig, Argument Standortnachteil für die Wirtschaft ist gut.

Der Bund weigert sich leider in manchen Bereichen so eine abgestimmte Planung zu machen (Hochwasserschutz im Wasserrecht; positives Beispiel Waldplan). Das sind sehr freundliche Empfehlungen hier im PIP(zu kuschel-lastig!). Die Angesprochenen bzw. für die Umsetzung Verantwortlichen sollten direkt genannt werden, die Formulierung deutlicher sein! Z.B. ein nationaler Rohstoffplan unter Einbeziehung der Länder wäre gut.

Wenn man will, dann geht's! Z. B. in der mittelbaren Bundesverwaltung gelingt das auch in manchen Bereichen sehr gut.

Gerade im Bereich Hochwasserschutz gibt es gerade eine leidige Diskussion zwischen Raumordnung und Wasserrecht, wo jeder die Verantwortung auf den anderen schiebt. Fazit: Es gibt weiterhin keine passiven Hochwasser-Schutzmaßnahmen. Das ÖREK soll direkt auf dieses Thema Bezug nehmen.

Wichtiger als strenge Regeln sehe ich fast die **Bewusstseinsbildung – in den Gemeinden**, in der Politik!

Passt!

Für die Kooperation Land-Land gibt es funktionierende Formate und die sind auch sehr wichtig.

Das Beispiel für die Rahmenkompetenz ist dürftig. Das ist immer gescheitert. Ich sehe auch nicht, dass in Zukunft etwas geschaffen werden kann. Wesentlicher wäre eine Rahmenkompetenz z. B. für Vorrangzonen für unterschiedlichste Nutzungen.

Ich bin der Meinung, dass bei der Gestaltung der Planung ein wechselseitiges Anhörungsrecht besteht.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

26

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Die Problematik liegt darin, der Bund hat in Materien eine Planungskompetenz und nimmt diese aber nicht wahr. Beispiele hier, **Flächen Freihalten für Gefahrenbereiche:** Hier passiert im Bund nichts. Die Verantwortung wird hin und her geschoben. Das ist wie eine heiße Kartoffel. Jedenfalls wäre hier gerade das **Beispiel „Flächenfreihalten in Gefahrenzonen“ ein ganz wichtiger Bereich hier.**

Eine Rahmenkompetenz gibt es ja in bestimmten Bereichen, nur nimmt das niemand wahr!
Mit gegenseitiger Information wäre schon viel gewonnen.

Ich bin nicht sicher, ob ein Vergleich viel bringt; z.B. Einkaufszentren: Hier ist eine grenzüberschreitende Betrachtung notwendig. Das ist eigentlich ein Wirtschafts- und Versorgungsfaktor. Eigentlich müsste man überlegen, wo steckt man die Grenzen ab unter Betrachtung des ausländischen Umfeldes. -> Eine strategische Betrachtung wäre hier wichtig.

Zu 1 (Rahmenkompetenz des Bundes) - Ist das nicht eh schon abgedeckt? Gibt es das nicht schon?

Zu 2 (Informationsverpflichtung) – Gleicher Infostand ist notwendig, wenn man kooperieren will. Kooperation zwischen Ländern und dem Bund – gute Vorgangsweise. Die Frage der Verbindlichkeit ist noch offen. Sind die Länder Berater...? Hat das dann auch eine Konsequenz?

Zu 3 – Bundeskompetenz: Viele sektorale Institutionen wissen oft gar nicht, wie raumwirksam sie agieren. Hier wäre eine Bündelung sehr wichtig, z.B. gerade im Förderungsbereich (Arbeitsplatzinitiativen, Wirtschaftsförderungen etc.).

Raumwirksame Bundespolitik ist sicher viel weiter zu sehen!

Zu Infrastrukturplanung: GVP hat versucht eine Gesamtschau der Infrastruktur zu machen. Was fehlt ist vielleicht eine gemeinsame Verkehrspolitik. So etwas wäre wieder wünschenswert.

Rahmenkompetenzen des Bundes sind eine sehr delikate Angelegenheit. In manchen Bereichen zweckmäßig auf länderübergreifender Ebene. Aber dazu gibt es bereits Instrumentarien und Gremien. Ich bin mir nicht sicher, ob es das braucht.

Von Seiten des Burgenlandes kann ich mich anschließen. Die Kompetenzverteilung ist im Prinzip klar.

Ich denke nicht, dass man den Bund aus der Verantwortung nehmen sollte für die Raumentwicklung. Ich vermisse, dass die Ministerien mit ihrer Sektorenpolitik ihre Beiträge einbringen.

In den Sektorpolitiken muss man sich stärker der räumlichen Auswirkungen von Fördermaßnahmen bewusst werden. Z. B. LEADER – hier wird intensiv räumliche Entwicklung gesteuert.

Der Bund soll bei seinen Kompetenzen stärker auftreten! Nicht nur beratend, er soll übergeordnete Planungen verbindlich durchführen. Da wo er Kompetenzen hat soll er das Heft in der Hand halten! Wo die bestehende Kompetenzverteilung eine übergeordnete

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

27

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Planung auf Bundesebene nicht zulässt ist die Kompetenzverteilung in Frage zu stellen. Hier sollte in einem ÖREK genau dargestellt werden, wo Schwachstellen bestehen!</p> <p>Beispiele: Planung übergeordneter Verkehrswege – Bundeskompetenz sollte hier weiter gefasst werden! Bei übergeordneten Interessen soll Bundesrecht über Landesrecht gestellt werden! (Das ist so in DE aber nicht in Ö);</p> <p>Wer entscheidet Bundesrecht ist? – Das sollte man sich überlegen – was wären übergeordnete Interessen, wer kann das feststellen?</p> <p>Box 16: sämtliche Querschnittsmaterien auf Widersprüche abklopfen – Nicht nur bei Infrastruktur!</p> <p>Stärkung der Kompetenzen des Bundes bzw. Fachplanungen – wer soll dies durchführen, vornehmen? Ö weite Fachplanung – wer kann das machen? Wer soll das machen? Wären hier nicht die großen Ebenen überfordert, dass sie zu „feine“ Planungen machen müssen?</p> <p>Bei Art 15 A-BVG-Vereinbarungen – werden da nicht Kompetenzen abgegeben? Von den Ländern? Wird das dann Bundessache? Ich habe das so verstanden!</p> <p>Was passiert bei einer Art 15 A B-VG Vereinbarung? – Mögliche Lösungsvorschläge sollten hier formuliert werden, jetzt weiß man eigentlich nicht, was damit gemeint ist. Ich würde dem aber zustimmen!</p> <p>3. Punkt – Zustimmung zur strategischen Ausrichtung – Es sollten mehr Darstellungen gemacht werden, raumwirksame Politik soll auch planlich dargestellt werden!</p> <p>Dieser Punkt hat eine hohe Relevanz!</p> <p>Die Koordination der Fachpolitiken erscheint mir besonders wichtig. Meines Erachtens besteht besonders ein Auseinanderdriften zwischen Umweltgesetzgebung und sinnvoller RO Politik. Unbelastete Räume werden zusätzlich belastet. In den Städten werden die Grenzen sehr eng gesetzt. Es sollte aber eine gesamthafte Zielsetzung geben.</p> <p>Das gilt nicht nur auf Regionalebene sondern sollte auch ganz oben angesiedelt werden.</p> <p>Das korrespondiert mit 6.1.2. Die Länder sollten sich aktiv auf Regionalebene engagieren. Das wäre als Input für die Regionalebene gut.</p> <p>Mir fehlt die EU Politik gesamt. Hier ist die sektorale Politik stark verankert. In der EU sind die Städte sehr wichtig z.B. und das ÖREK hängt stark von der EU ab. Die EU engt stark ein, sie bietet aber auch Möglichkeiten.</p>	
---	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

28

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu 6.1. Kooperative Strukturen

Zu 6.1.4 Land-Land: Erfahrungsaustausch systematisieren

Es wäre doch wichtig für diese Themen eine einheitliche Vorgehensweise zu finden.

Das ist von der Gewichtigkeit hinter den anderen Maßnahmen. **Land-Land Kooperation sind schon sehr relevant** (z.B. NÖ und Wien). Hier könnte man sich schon inhaltlich stärker abstimmen.

15a Vertrag der Planzeichen wäre durchaus eine Idee und anstrebenswert.

Sollte aus der Evaluierung herauskommen, dass eine Anpassung der Länder möglich wird, dann wäre das schon hilfreich. Das sehe ich aber sehr zögerlich.

z.B. Vienna Region – Land-Land Kooperation ist in vielem extrem wichtig? Wird das irgendwie genannt, oder gibt es einen Druck, um solche gemeinsamen Regelungen zu finden? Wien wird hier immer abgehandelt als eines der 9 Bundesländer. Wien ist aber eine europäische Metropole. Die transnationale Ebene müsste stärker hervorgehoben werden. Das geht auch die Tiroler was an!!

Dieser Punkt sollte jedenfalls stärker formuliert werden, der Bedarf ist unbestritten.

Das findet schon statt und ich finde es sehr wichtig, dass dieser Vergleich passiert. Noch ist es nicht sehr ausgegoren, Flächen werden anders berechnet – **dringender Handlungsbedarf.**

Da steckt für mich ein großer Teil Bürokratie drinnen, der nicht viel Erfolg bringt. Wenn die Rahmenbedingungen so bleiben, verspreche ich mir nicht viel -> 9x Raumplanung unterschiedlich. „nice to have“

Das ist ok! Z. B. unterschiedliche Handhabung von Verfahren der SUP – das bringt nur Probleme mit sich und ist sachlich nicht nachvollziehbar.

Wieso nur Einkaufszentren? Das trifft doch auch andere Bereiche... ?

Das Problem zeigt sich vor allem bei Unternehmen (SPAR, etc.), dass es hier unterschiedliche Regelungen in den Ländern gibt...

Unterschiedliche Widmungskategorien länderübergreifend zu vereinheitlichen, das wäre sehr sinnvoll.

Ich hab das Gefühl, dass man in allen Bundesländern alles gleich machen sollte. Das würde ich nicht gut finden, weil die Bundesländer unterschiedlich sind.

Ich finde es gut, wenn die gleichen Begriffe von allen verwendet werden. Die inhaltliche Gestaltung kann durchaus eine unterschiedliche sein.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

29

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Dem kann man nur zustimmen!

Mobilität hat großen Vorrang.

->Es braucht zuerst die Schutzziele: „sauberes Wasser“ und „saubere Luft“ vor dem Verkehr!

Zu Wohnbauförderung –

Hier gibt es schon Kriterien. Da spielt der Preis eine große Rolle. Grund und Boden ist sehr teuer. Die Verfügbarkeit von Grund und Boden fließt hier nicht ein (Bsp. Preise in Innsbruck).

Die Zusammenführung der raumrelevanten Politikbereiche ist ein „Wunsch ans Christkind“ (S. 99, Punkt 4) Das Ziel muss klar sein -> ganzheitliche Betrachtung!

Ich wünsche mir eine Kombination von ergänzenden Gemeinden (prosperierende Gemeinden und Erholungsgemeinden - Bsp. Kematen, Sellrain).

Ich habe das Gefühl, dass die länderübergreifenden informellen Treffen sehr gut funktionieren. Ich spüre es auch im Straßensektor, dass der „gemeinsame Feind“ (früher die ASFINAG, BMVIT) eint.

Der erste Punkt des Vergleiches und der Evaluierung ist wirklich sehr wichtig!!! Hier wäre es wichtig, sich auf einheitliche Datenstandards und statistische Werte zu einigen. Die Frage ist, ob daraus was folgt?

Bei den Begrifflichkeiten also Vereinheitlichungen bin ich sehr skeptisch. Das ist vergebene Liebesmüh.

Hinweis: In Deutschland wird ein Informationstool zur Länderübergreifenden Erfassung der Regional- und Landesentwicklungsplanung erarbeitet.

Es passiert derzeit überhaupt nix in dieser Richtung, sondern die Bandbreite wird immer mehr erweitert!

Ergänzung: Die Begrifflichkeiten zu vergleichen und zu vereinheitlichen ist nützlich, aber im nächsten Schritt müsste man auch die rechtlichen Konsequenzen, die ausgelöst werden, anschauen. Kann man das dann vergleichen?

Ein Vergleich der Begrifflichkeiten wäre jedenfalls sehr hilfreich, ein gemeinsamer Glossar!

Problem der Vereinheitlichung: Im Einzelfall spielen die Eigeninteressen dann wieder eine zu starke Rolle und dadurch entstehen die „eigenen Süppchen“. Es braucht ein verbindliches Instrument!!! Ansonsten bleibt es beim Wunsch.

Erfahrungsaustausch findet auf der beamteten Ebene statt. Die ÖROK ist ein politisches Instrument und Instrumente zum Erfahrungsaustausch auf der politischen Ebene wären hilfreich.

Einspruch: Wir sind die Berater der Politik und müssen uns da schon auch an der Nase

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

30

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

nehmen!

Aus dem Bauch heraus finde ich das nicht so wichtig. Welches Bundesland ändert seine Terminologie, nur weil das andere Bundesland eine andere hat? Hier gibt es wenig an politischer Unterstützung. Das ist großer Aufwand und nett zu haben, aber es ändert sich nicht sehr viel dadurch.

Es hat in den 70iger Jahren einen Vorschlag zur Vereinheitlichung von Planzeichen gegeben. Das dürfte eingeschlafen sein.

Oft geht es nicht einmal Bundeslandintern.

Das passiert nur dann, wenn es nicht dazu eine Vorgabe gibt (Staatsreform!).

Das wurde bereits angesprochen. Das bestehende muss man mehr vergleichen. Z. B. in der Steiermark gibt es Regelungen betreffend Einkaufszentren; **Ich bin für verstärkten Erfahrungsaustausch.**

Aus meiner Sicht ist vergleichen und evaluieren schon schön, aber vereinheitlichen wäre das Ziel! Im Örek sollte zumindest ein Hinweis darauf sein.

Das könnte man so ähnlich wie im Baurecht machen mit Richtlinien. Man könnte österreichweit gemeinsam Richtlinien gestalten. Oder das sollte eigentlich das Ziel sein!

Bei den Betriebsbestimmungen kann man sich sicher auf eine einheitliche Vorgehensweise einigen.

Ich möchte ergänzen, es ist wichtig wenn es einheitliche Begriffe gibt. Aber vor dem Hintergrund des neuen Raumordnungsgesetzes ist es auch wichtig einen Bewusstseinsprozess einzuleiten in politischer Sicht. **Es gibt teilweise viel zu wenig Bewusstsein und Wissen (Gemeinden, Politik)!**

Die Erfahrungen mit dem neuen Raumordnungsgesetz zeigten, dass es Fehlentwicklungen gegeben hat. Diese wollte man künftig vermeiden. Man müsste sich davon loslösen und neu denken. Daher hat man nicht auf andere Bundesländer geschaut.

Das ist das Grundproblem, das alle Länder haben. Den Anpassungsbedarf merkt man immer aufs Neue. -> über den Tellerrand sollte man hinaussehen.

Nicht relevant -> es geht eher um landübergreifende Maßnahmenbündel, Erfahrungsaustausch ist zu wenig, es geht um die Kooperation.

Es fehlt hier das Element der gemeinsamen Planung von mehreren Ländern.

Grundsätzlicher Erfahrungsaustausch ist gut. Bestehende Vernetzungen sollte man bestärken.

Länder, die sehr miteinander verwoben sind, müssen sich oft treffen.

Aber es gibt schon auch Länder, die keine Verbindung zueinander haben und wo kein

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

31

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Austausch stattfindet (NÖ- OÖ, NÖ –ST), W-NÖ-B ist mit der PGO gut vernetzt.</p> <p>Verständnisfrage: Ist eine gemeinsame Sprache alles was dazu zu sagen ist? Ein Instrumentarium wird nicht angesprochen.</p> <p>Der Erfahrungsaustausch findet zwischen den Bundesländern innerhalb der Planungsgemeinschaft Ost statt.</p> <p>„Terminologische Konvergenz“: Deutlicher ausführen: alle ROGs sollten den gleichen Aufbau und die gleiche Systematik haben! Verschiedene Inhalte sind ok, regionale Differenzierung ist wichtig, aber sie sollten vergleichbar sein!</p> <p>ROGs sollten ähnliche Zeithorizonte abdecken, gleiche Überarbeitungsschritte/Aktualisierungsschritte haben! Das könnte zB an den Rhythmus des ÖREK gekoppelt werden.</p> <p>Zustimmung zu diesem Punkt, erscheint dzt. aber noch nicht besonders innovativ, ist ein bisschen „no na“</p> <p>Innerösterreichisch ist das berücksichtigt. Es gibt aber spezielle Problemstellungen die über diese Kooperation hinausgehen. Der Erfahrungsaustausch sollte auch über die Grenzen gehen (z. B. funktionale Regionen). Stichwort: „Kooperative Grenzraumentwicklung“.</p> <p>Zu Punkt 2 - Der Bund kann beitragen! Z. B. Gebäude und Wohnungsregister. Gemeinsam ist hier eine Vereinheitlichung entstanden.</p> <p>Ich unterstütze das. Interessant ist, dass man von einheitlichen RO Gesetzen abgegangen ist.</p>	
--	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

32

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu 6.1. Kooperative Strukturen

Zu 6.1.5 „Verräumlichung“ der Sektorpolitik

Ich sehe hier drei wichtige strategische Ansatzpunkte: Wohnbauförderung, Verkehr, Energie

Wohnbauförderung ist nur sehr schwach den Raumordnungskriterien unterworfen. Dies muss wesentlich stärker hervorgehoben werden und den Raumordnungskriterien unterworfen werden (ist es leider nicht mehr!) -> Zusammenhang mit Energie.

-> Damit trifft man auch ein politisches Interesse!

Geht es hier darum, eine vertikale Integration der verschiedenen Politiken zu schaffen? Z.B. durchgängige Abstimmung von Bund bis hin zur Gemeinde. Das würde ich sehr wichtig finden, weil die Gemeinden oft das Gefühl haben, als wären sie überhaupt nicht in diese Strategien eingebunden z.B. Verkehrspolitiken (hier plant irgendwie jeder für sich).

z.B. Wir stehen vor Netzreduktionen, die Raumplanung ist schweigsam und oft auch nicht bemüht, mitzureden.

Den letzten Spiegelstrich (Städtebau-UVP) verstehe ich nicht.

Der Titel ist eigentümlich. **Würde es eine Kooperation mit Sektorpolitiken nicht besser treffen?** Die runden Tische sind grundsätzlich sehr gut, aber sehr zahlos (z.B. Hochwasser, Wohnbauförderung ... Ich bin da skeptisch.); **Raumordnungsvorbehalt** wäre nett, wenn die Materiengesetze das aufnehmen, **das musste konkretisiert werden.**

Zum Punkt 4 (Organisatorische Zusammenführung): Die meisten Sektorpolitiken haben eine Auswirkung, wenn man alle Zusammenführen will. **Dann haben wir eine große Umstrukturierung, die nicht sinnvoll erscheint.** Genau das könnte aus anderen Blickwinkeln auch passieren. Wahrscheinlich geht es eher um eine **Verbesserung der Kooperation innerhalb der Verwaltung. Ziel wäre eine sektoral abgestimmte Planung.**

Die Zusammenlegung kann ja auch kontraproduktiv sein.

Z.B. Eisenbahnhochgeschwindigkeitstrassen und Siedlungsplanung: Die Planungen liegen nicht mehr im unmittelbaren politischen Planungsprozess. Es bräuchte eine sektorale kooperative Planung, die stärker als an einem runden Tisch geplant werden muss.

Ich glaube nicht daran, dass sich alle Ebenen und Sektoren harmonisieren lassen. Das geht nicht und macht wenig Sinn. Es geht darum, **Verfahren zu entwickeln, die in der Sache Beteiligte zu einem konstruktiven Dialog bringt und die eine politische Entscheidung ermöglichen.** Die Frage dabei ist, wie kann ein konstruktiver Dialog geführt werden? Wie können systematische Lernerfahrungen und Kommunikation gestaltet werden?

Das ist nur dann möglich bei „relativ“ klaren Zielformulierungen, da müsste man in diesem Paper noch einiges nachschärfen. Diese sollten auch verschriftlicht werden und können dann

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

33

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

evaluiert werden.

Der Titel „Verräumlichung der Sektorenpolitik“ ist schon sehr wichtig. Ein häufiges Defizit ist, dass es oft räumlich keine Aussage/keine Kommunikation zu bestimmten Dingen gibt! Das müsste recht frühzeitig passieren. Auch eine räumliche Planung in den Sektorpolitiken wäre wichtig. **Das Kapitel ist wichtig, sollte noch konkreter formuliert werden.**

Den ländlichen Raum soll man explizit anführen.

Was bedeuten die Punkte 1 („Runde Tische“) und 4 („Konflikte zu Sektorpolitiken“)? Das klingt gut – aber was soll dabei herauskommen?

UVP-Verfahren und die Raumordnung vor Ort passen nicht zusammen. Sie sollten abgestimmt werden.

Der vorletzte Punkt (Zusammenführung raumrelevanter Politikbereiche) ist heikel. Hier ist ein starker Raumordnungsfokus. **Dies könnte aus anderen Perspektiven auch erfolgen.**

Der letzte Absatz (Konflikte zu Sektorpolitiken, Städtebau-UVP) ist nicht verständlich. Wie ist der Zusammenhang des letzten Satzes?

Der Entwicklungsansatz fehlt. Enthält die Sektorpolitik auch die Regionalentwicklungsverbände?

„Breitwasser statt Hochwasser“ ist ein gutes Beispiel für einen Runden Tisch. Eine sorgfältige Bewirtschaftung von Grünland ist wichtig. Problematisch hier: zunehmende Versiegelung.

Die Frage wäre, wo die runden Tische hinführen sollen? Haben die Ergebnisse bindende Wirkungen?

Raumordnungsvorbehalt – bitte Vorsicht!

Z.B. die negative Naturschutzbewilligung wird von der Raumordnung ausgehebelt? Ist das damit gemeint?

Den Raumordnungsvorbehalt müsste man erläutern.

Zu Absatz 1 –

Wohnbauförderung für ein richtiges Gebäude bzw. den richtigen Ort ist wichtig. Siedlungen wachsen auseinander, aber gleichzeitig wird die Belegung der Ortskerne gefordert (Städte wie auch Dörfer!). Bauten in Zentren sind unter diesen Kostenbedingungen nicht nutzbar. -> Wohnbauförderung soll nicht immer nur das neue Gebäude fördern. Auch Wohnbauförderung im Zentrum als Belegung des Ortskerns.

Der Denkmalschutz ist auch Problem.

Zur **Organisatorischen Zusammenführung raumrelevanter Politikbereiche:** Die Raumordnung ist mit zu vielen Aspekten beschäftigt. **Dieser Punkt gehört mit Fragezeichen.** Hier wird der

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

34

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

fachliche Pfad verlassen.

Das ist auch ein Ressourcenproblem, da sich zu viele Abteilungen vernetzen müssen.

Der Raum ist immer ganzheitlich, nur die Sicht ist sektoral.

Zu Punkt 3 (6.1.5 – Sektorpolitik)

Wie ist die Koppelung von Wohnbauförderung mit Kriterien des zu fördernden Objektes zu verstehen?

Ich stimme dem Punkt (Koppelung von Wohnbauförderung...) zu.

Aber, wenn Wohnbauförderung zu sehr an allgemeine Faktoren gekoppelt wird ist das vom eigentlichen Sinn zu weit weg. **Die Wohnbauförderung sollte nicht überlastet werden!**

Die Grundintention – leistbarer Wohnraum - geht verloren. Kann die Wohnbauförderung das leisten?

Das Instrument der Baunutzung und Wohnquartiersbetrachtung ist ein besseres raumplanerisches Instrument als die Wohnbauförderung.

Ich sehe es problematisch, wenn solche Instrumente an das Vorhandensein von Infrastruktur gebunden sind. Das führt zur Förderung vom Zentralen Bereich.

Das ist ein sehr guter Ansatz, weil die Raumplanung oft über ganz andere Gesetzesmaterien stark beeinflusst wird.

Zur Wohnbauförderung – eigentlich gibt es sie schon, man müsste sie stärker koppeln. Der Anreiz sollte noch stärker in die Verdichtung, innerörtliches Bauen... gehen.

Man muss hier auch differenzieren z.B. beim ÖV – es gibt auch Berggebiete, wo kein ÖV besteht.

Eine Koppelung auch bei Förderungen und Betriebsansiedelung wäre gut.

Es gibt sehr unterschiedliche Ansätze in den Bundesländern bei der Wohnbauförderung. Das sollte angepasst werden. Das spricht für einen Zentralismus und damit wird es auch wieder zu weich und zu wenig differenziert. Das würde den Spielraum eher einschränken.

Wohnnutzflächen oder Grundstücksflächen ?

Organisatorische Zusammenführung - das ist entbehrlich, weil unrealistisch.

Das ist sprachlich schwer verständlich. Es ist sehr allgemein, wenig konkret.

Es ist unklar, worum es konkret geht.

Eine strukturierte Matrix einbringen (Sektoren, Raumplanung) als plakative Darstellung wäre gut. Wo sind die wunden Punkte? Sie sollten konkret benannt werden (nicht in Beispielen

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

35

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

„versteckt“).

Wo ist der Naturschutz?

Das sind sehr gute Maßnahmen, das Ziel bzw. die Ziele die darüber stehen sollten definiert werden, z.B. zu 2 „Raumordnungsvorbehalt“: das Ziel muss vorab definiert werden, damit es auch eine Unterstützung in der Praxis bieten kann.

Was sind die Ziele der Verkehrsplanung? Da gibt es sehr unterschiedliche Denkansätze, z.B. in Kärnten haben wir keine stringenten Vorgaben, nur die überregionale Erreichbarkeit ist Ziel bzw. die innerörtliche Aufschließung.

Ziel könnte sein: Ausbau von Verkehrsstrecken wird mit Widmung abgestimmt.

Die Ziele sind oft zu generell beschrieben.

Zu Raumordnungsvorbehalt: Wie soll das gehen? Sektorpolitik ist Bundessache...? Das müsste noch genauer dargestellt werden. Wirkt gut, aber man kann sich zu wenig darunter vorstellen.

Die Koppelung der Wohnbauförderung ist sehr interessant und wichtig. Das Passivhaus am Stadtrand ist nicht verkehrssparend.

Die Punkte alle zu erarbeiten, Kriterien zu finden, wird sicher sehr spannend und schwierig. Das ist aber ein zentraler Punkt. **Dieser Punkt sollte eigentlich auch für andere Förderungen gelten.**

Wenn man mit Wohnbauförderung nicht mehr fördert das eigentliche Ziel, dann ist das Instrument generell zu hinterfragen.

In der Steiermark wird stark auf das Raumordnungsrecht Rücksicht genommen. Das Problem ist bei Einfamilienhäusern. Die Eigenheimförderung und der Versuch bei diesem Instrument eine Raumplanerische Komponente einzubringen ist gescheitert bisher. Politisch war das bisher nicht realisierbar. Obwohl von Seiten der Raumplanung Restriktionen geschaffen wurden.

Es gibt ein Beispiel in Niederösterreich, ein **Energieausweis für Siedlungsgebiete. Das ist schon ein guter Ansatz.** Wir überlegen in unserem Ressort so ein ähnliches Projekt im urbanen Bereich. Wir suchen gerade einen geeigneten Standort für ein Pilotprojekt: Da geht es um alle Faktoren, die hier eine Rolle spielen, die gesammelt werden müssen.

Zu Punkt 4 – „organisatorische Zusammenführung“

Wenn man das in der Landesregierung bis zum Ende denkt, dann gibt es nur mehr ein Ressort in Zukunft. Die Landesregierung ist das Organ, das Planungsmaßnahmen verordnet. Sie hat die Kompetenz. Die Aufgabenteilung innerhalb dieser ist grundsätzlich sekundär.

Ich möchte das unterstreichen. Das wäre nicht gleichbedeutend mit besserer Kommunikation. **Andererseits sollte man ein Instrumentarium finden, um zu einer besseren Kooperation und Kommunikation zu kommen zwischen den sektoralen Planungen!** Das muss sichergestellt

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

36

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

werden, das ist viel mehr der zentrale Punkt.

Es stellt sich die Frage warum nur die Landesregierungen angesprochen werden sollen und nicht der Bund auch? Der letzte Absatz sollte gestrichen werden. Das ist für mich keine Maßnahme, sollte wenn in den Fließtext.

Wir haben in Bezug auf Wohnbauförderung gesprochen. Es gibt aber noch andere raumrelevante Förderungen! Man sollte grundsätzlich Förderungen mit raumplanerischen Aspekten überlegen. Mir greifen die Punkte zu kurz. „Ich muss nicht an jedem Berg eine Seilbahntechnische Erschließung haben“. Es braucht objektivierbare Kriterien oder sonst gibt es sie nicht.

Das Problem mit den Förderungen wird sich in den nächsten Jahren von selbst lösen.

Bei der Koppelung der Wohnbauförderung sollte ergänzt werden:

- Verdichtete Wohnformen im Einzugsbereich von öffentlichen Verkehrs-Haltestellen.
- Nachhaltigkeit des zu fördernden Objektes.
- Aufwand für Abwasser- und Trinkwasserversorgung.
- auch Aufwand zum Schutz vor Naturgefahren

Verdichtete Wohnformen → Weg vom Gießkannenprinzip hin zu einem Call-System.

Mindeststandards für Siedlungsgebiete sollten definiert werden, insbesondere für die ÖV-Erschließung.

Die Wohnbauförderung sollte man konzentriert auf Zielgebiete der räumlichen Entwicklung einsetzen -> Wohnbauförderung / Wirtschaftsförderung

Zu Raumordnungsvorbehalt:

- Frühzeitige übergeordnete Abstimmung von Sektorpolitik mit den Zielen der Raumordnung
- Zu wenig konkret -> In welchen Bereichen?

Zu 1 - Mobilitäts- und Raumziele können sich widersprechen. Verkehr ist das dienende Element.

Zu 2 - Raumordnungsvorbehalt – was kann das sein? Was wird darunter verstanden?

Zu 3 - **Warum beschränkt man sich hier auf die Wohnbauförderung und nicht auf andere Standortförderungen, Wirtschaftsförderungen ...** man sollte auch mit z.B. ÖV koppeln, oder auch die Pendlerförderung (Ökologisierung der Pendlerpauschale).

Zu 4 – **Organisatorische Zusammenführung: Alles ist raumrelevant, wie soll man hier unterscheiden?** Das **Bewusstsein ist hier relevant** und nicht die organisatorische

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

37

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zusammenführung!

Zur Wohnbauförderung: Nur ÖV Anbindung fördern... Warum wurde dann überhaupt ein Gebiet ohne ÖV Anbindung gewidmet?

Generell sollte man weg vom Gießkannenprinzip zu einem Wettbewerbssystem. Ein bestimmtes Maß an Verkehrsanschließung sollte gegeben sein.

Wenn eine Fläche gewidmet ist, dann heißt das nicht, dass eine Wohnbauförderung vergeben werden muss. Das wird in der Einleitung bereits erwähnt – „gleichwertige Lebensbedingungen“. Ein breites Angebot an möglichen Lebensformen ist schon wichtig.

Mit was soll man die Wohnbauförderung noch belasten? Der ursprüngliche Sinn geht verloren. Das ist auch schwierig zu koordinieren.

Die Wohnbauförderung hat potentiell eine starke Lenkungswirkung. Warum nur für einen Bereich...?

Wirtschaftsförderung (in Klammer) in Zusammenhang mit Bundespolitik → Das wäre für die Regionen ein Nachteil, wenn sie sich hier der Bundespolitik untergliedern sollen. Die Bundesländer sind schon weiter als die Bundespolitik, Stichwort Cluster.

Die öffentliche Daseinsvorsorge wie u.a. auch durch den Lissabon Vertrag konkretisiert, ist hier sehr genau durchzusehen, im Sinne von zukünftiger Orientierung (Bildung, Soziales, ÖV, etc.).

Die Wohnbauförderung sollte man sehr stark mit dem gesamten Energieaspekt in Verbindung bringen. „Gesamtenergieverbrauch“ (Mobilität), der mit der Nutzung verbunden ist.

Eine sehr frühzeitige Abstimmung von z. B. übergeordneten Verkehrsplanungen mit den Zielen der Raumentwicklung soll erfolgen!

Runde Tische machen nur Sinn wenn kompetente Leute an einem Tisch sitzen – z.B. Agenda 21 – da kommt nichts raus – entsprechende Expertise ist wichtig!

WBF (Wohnbauförderung)– ist ein sehr wichtiger Punkt – das sollte jedenfalls drinnen stehen bleiben! – Richtiges Gebäude am richtigen Ort ist ein wichtiger Ansatzpunkt! Das wäre eine Maßnahme mit großer Hebelwirkung!

Raumordnungsvorbehalt ist eine gute Idee. Nur: Wer soll da halt schreien? **Das muss konkreter formuliert werden**, damit es Biss hat!

V.a. zwischen den **Kompetenzbereichen des BMLFUW (Gefahrenzonenplanung GZP, Forst, Wildbach,...)** – und der **RO gibt es wenig Abstimmung, wenig gemeinsames Wissen, hier wird wenig gemeinsam entwickelt**. Raumplaner sind nicht bei GZP eingebunden, auch nicht in der Land- und Forstwirtschaft – Raumplaner sollte hier einbezogen werden! Es geht um die Koordinierung mit der Siedlungsentwicklung, Raumplaner hat Entwicklungsoption, Wildbachverbauer hat keinen Entwicklungsbezug. Wildbach- und Lawinenverbauung, Wasserwirtschaft, Forst, LW – wäre hier ein wichtiger Bereich für eine bessere Koordination.

Vorletzter Punkt ist unklar: sektoral absprechen in der Landesregierung oder organisatorisch

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

38

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

<p>die Abteilungen zusammenführen? Dies sollte klarer Formuliert werden!</p> <p>Das gilt für das ganze Kapitel : Man muss oft drüberlesen, damit man versteht, was gemeint ist! Das sollte jedenfalls noch verbessert werden.</p> <p>Den letzten Strich verstehe ich nicht ganz: ...Ziel des Umweltschutzes wird hierdurch aber konterkariert...?</p> <p>Zur Städtebau UVP: Generell ja, aber wie sie durchgeführt wird, führt sie nicht unbedingt zu einer sinnvollen Entwicklung. Die Ebene wurde noch nicht richtig gefunden. Dieses Instrument ist noch nicht ausgereift.</p> <p>Verständnisfrage: Land-Stadt und Region-Stadt – wo finde ich das?</p>	
--	--

Syntheseblock Kapitel 6.1. Kooperative Strukturen	
--	--

--	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

39

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume

Zu 6.2.1 Soziale Vielfalt in den ländlichen Räumen fördern

Interkommunale Kooperation ist auch in den städtischen Bereichen wichtig und sollte nicht nur beim ländlichen Raum stehen. -> Dieses Kapitel soll vorgezogen werden zu 6.1.1.

Das ist eine Frage des strategischen Konzeptes, was man wo hin ordnet! Die Gliederung derzeit insgesamt ist mehr als mehrdeutig! Die Struktur muss Adressatenorientiert sein, damit es auch gelesen wird von den verschiedenen Adressaten.

Warum sind bei den Pilotprojekten ausschließlich Bildungsbeispiele genannt? **Soziale Vielfalt ist überall zu fördern und das geht nicht nur über Bildung.** Stichworte: Erwerbsarbeit, abseits von klassischen Angestelltenverhältnissen, gewerbliche Wirtschaft etc.

Das kann alles und nichts sein. Chancengleichheit sollte weiter vorne stehen.

Ich freue mich, dass das hier steht, weil ich glaube das ist der zentrale Wettbewerbsnachteil zu anderen Regionen. Hier ist man nicht offen!

Das ist das KERNTHEMA des ländlichen Raumes. Ich meine damit ökonomische Vielfalt und nicht nur ökologische Vielfalt. Das erscheint mir als offensiverer Zugang zum ländlichen Raum. Hier gibt es auch sehr gute Beispiele. „Vielfalt“ ist jedenfalls ein extrem wichtiges Thema für ländliche Räume! Man sollte auch ein positives Bild von ländlichen Räumen zeichnen.

Zum ersten Spiegelstrich (Spezifische Budgetansätze): Wer macht das?

Kulturinitiativen zu fördern wäre hier ein weiterer Ansatz.

Ich möchte das Stichwort „Resilienz“ einbringen. Das wäre hier noch wichtig.

Der Begriff soziale Vielfalt klingt sehr gut auf den ersten Blick, was damit gemeint sein kann, ist nicht klar und muss präzisiert werden (kann auch zu Konflikten führen, etc.). Wichtiger wäre das Entstehen von „sozialem Kapital“: Die Fähigkeit endogene Potentiale zu nutzen und miteinander zu kooperieren.

Für welche Räume ist das sinnvoll hier einen politischen Akzent zu setzen und zu welchem Ziel (z.B. soziale Kohäsion)? An wen denkt man hier? Integration ... Überlegungen der sozialen Ungleichheiten sowohl in der Stadt als auch am Land, „verräumlichte Armutspolitik“ ist ein Thema, wie geht man damit um?

Sehr gut geschrieben – aber zu wenig plakativ. Stärkere Formulierungen wären wichtig!

Der Finanzausgleich sollte ergänzt werden; gleicher Bevölkerungsschlüssel.

Die Verwaltung nimmt zu, die Landwirtschaft nimmt ab. Wichtig ist eine Sicherung des ländlichen Raums: Ernährung, etc.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

40

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu Soziale Vielfalt: „bedarfsgerecht“ ergänzen

Allgemein: Boxen fehlen hier! Im Kapitel 6.2 – sollten auch Boxen angeführt werden, die sind sehr ok für das Verständnis.

Plädoyer für eine Abkehr vom Paradigma der „gleichwertigen Lebensbedingungen“ – Zuwendung zu bewusstem Anbieten verschiedener räumlicher Qualitäten, dh: Es muss nicht mit aller Gewalt überall für alle alles gleich sein – für verschiedene Leute sollte es verschiedene Angebote geben. Verschiedene räumliche Qualitäten sollten bewusst zugelassen werden!

Differenzierte räumliche Qualitäten zulassen, verschiedene Räume mit verschiedenen Qualitäten – das ist viel mehr das Rezept für die Zukunft!

Raum für alle! Nicht alle Leute haben die gleichen Ansprüche, der Raum kann nicht gleich sein!

Man soll verschiedene Qualitäten von Raum zulassen – oft ist es so, dass sie das nicht sein dürfen (unterschiedlich).

ÖREK sollte die Grenzen ziehen! – Qualität vorgeben sollte das ÖREK, oder zumindest Hinweise geben dazu.

EUREK – Polyzentrismus – Stärken von Regionen festmachen – Ansatz an den Stärken! Jeder Raum hat unterschiedliche Stärken – diese unterschiedlichen Stärken sollten entwickelt werden!

Teil der Studis schlägt diesen Paradigmenwechsel vor

ÖREK soll sich spezifischer auf die Regionen beziehen und stärker raumbezogene Aussagen tätigen – aber es soll trotzdem eine gesamtösterreichische Perspektive bieten. Das soll kein Widerspruch sein: Gesamtösterreichische Perspektive soll sich aus den verschiedenen regionalen Perspektiven ergeben Stärke entsteht durch Vielfalt!

Gemeinden soll man absterben lassen wenn es nicht mehr rentabel ist – bis alle ausgestorben sind, darf keiner mehr hinziehen – wird ein toller Naturpark – das ist aber nicht mehrheitsfähig – radikale Sicht, aber ein Ansatz

Das widerspricht dem Konzept – Stärke durch Vielfalt

Zu Punkt 2 - Nicht nur die finanzielle Unterstützung, auch die strukturelle Unterstützung wäre eine Möglichkeit.

Zur Erreichbarkeit der peripheren Gebiete: Der Ausbau des ÖV zu leistbaren Preisen ist ein wichtiger Punkt! Das ist eine Grundvoraussetzung! Auch für die Möglichkeit des Bildungszuganges.

Ein Bildungszugang auch auf elektronischer Ebene sollte zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Begriff sozialer Vielfalt tu ich mir schwer. Das möchte ich konkreter formuliert haben.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>(Obdachlose am Land...?) Wie ist das gemeint?</p> <p>Genereller Input zur Struktur: Das würde eher inhaltlich zu den Kooperationen passen, d.h. eher zu 6.1.</p> <p>Es muss nicht „stärker“ heißen, sondern effektiver. Es geht um die Leistbarkeit. Durch Sachzwänge entstehen manchmal Kooperationen.</p> <hr/>	
--	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

42

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

Zu Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume	
<i>Zu 6.2.2 Interkommunale Kooperation: „Gemeinsam ist man stärker“</i>	
<p>Was sind zentrale und was sind periphere ländliche Räume?</p> <p>Es sollte heißen „Insbesondere“ in peripheren ländlichen Räumen (es sollten auch Umlandgemeinden betrachtet werden), nicht nur konzentriert auf periphere Räume.</p> <p>Diese Maßnahmen ist aber auch für andere Bereiche wichtig! Erster Punkt im Kapitel 6.1. ist eigentlich damit zu verknüpfen.</p> <p>Bitte erweitern: Eine österreichweite Plattform für verdichtete Siedlungsgebiete (Austausch von Best Practice Beispielen), sodass auch weiter voneinander entfernte Regionen voneinander lernen können. -> Positionierung Österreichs als Standort und Wohnort im internationalen Wettbewerb.</p> <p>Ich wünsche mir eine länderübergreifende Kooperation bei der Betriebsansiedlung (insbesondere im Wiener Raum). Der Bund sollte sich stärker bei diesen Kooperationen beteiligen (organisatorisch und finanziell).</p>	

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

43

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume	
<i>Zu 6.2.3 Umweltqualität als Potenzial nutzen</i>	
<p>Das klingt so, wie „Was biete ich jemanden an, der nicht viel hat“? Zum letzten Spiegelstrich – Hier geht man Nutzungskonflikten aus dem Weg. Das muss man sich bei den intensiv genutzten Bereichen überlegen.</p> <p>Mir fehlt der öffentliche Verkehr. Der fehlt mir insgesamt. Es gibt Täler, die kaum ein Angebot haben.</p> <p>Was sind die entwicklungspolitischen Konzepte?</p> <p>Mit welchen Mitteln soll diese multifunktionale Landnutzung angestrebt werden?</p> <p>Wer sollen die Akteure zur Erstellung und zur Umsetzung dieser Strategien sein?</p> <p>Ist hier die Abstimmung mit der überregionalen Ebene angedacht? Das sollte mitgedacht werden.</p> <p>Letzter Punkt: Der Ansatz ist falsch. Man muss den erforderlichen Interessenausgleich einbeziehen.</p> <p>Zu Umweltqualität: Deutlicher Rückzug passt nicht ganz, das sollte „extensive Bewirtschaftung“ lauten.</p> <p>Zu Punkt 2 - Ist ein guter Punkt, aber was bedeutet der deutliche Rückzug aus der Flächenbewirtschaftung? Aus landwirtschaftlicher Sicht ist das so, wenn diese Basisbewirtschaftung wegfällt, fällt viel Weiteres weg. Ich würde eher flächendeckende Bewirtschaftung sehen wollen. Das ist die Basis. Die Darstellung hier ist rein ökonomisch.</p> <p>Ich hätte das so verstanden, dass man nicht das gesamte Land bewirtschaften kann. Man muss differenzieren. Die peripheren Räume haben im Paper eine große Bedeutung. Das ist gut. Aber auch Rückbau muss manchmal sein, auch in der Landwirtschaft. Das ist die Konsequenz einer Entwicklung und nicht der Grund für die Abwanderung.</p> <p>Man muss in der Formulierung aufpassen. Das soll proaktiv formuliert werden, nicht passives „Zurücklehnen“. Organisierter Rückzug, d.h. eine andere Art der Bewirtschaftung muss vorgesehen sein. Eine aktive ökonomische Form der freiwerdenden Räume sollte man finden, die in entsprechender Qualität erhalten werden müssen.</p> <p>Die Natur wieder zu fördern macht Sinn. Ein gezielter planerischer Ansatz ist dabei wichtig.</p>	

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

44

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume	
<i>Zu 6.2.4 Wirtschaftliche Nischen erschließen</i>	
<p>Tourismus ist heute schon die Wirtschaftliche „Nische“: Hier ginge es darum, ihn zu verändern.</p> <p>Es geht aber auch um eine Weiterentwicklung und das Halten und nicht nur Erschließung. Z.B. Kulturlandschaft für Tourismus, Identifikationsstiftung, Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen kulturellen Erbes,...</p> <p>Neue Formen der Ökonomien zu stärken und informelle Ökonomie fördern (Selbsthilfenetzwerke, solidarische Ökonomie, Genderpolitik ...) bzw. alternative Formen unterstützen...</p> <p>Je differenzierter man Politik für ländliche Räume definiert, desto eher braucht man verschiedene „Raumtypen“. Man muss „peripher“ überdenken. Nicht alle sind peripher – z.B. es gibt oft keine Grenze mehr außer der Sprache und gerade die Grenzräume haben massiven Nutzen aus der Erweiterung der EU gezogen. Die Frage ist dann natürlich, was ist peripher? Erreichbarkeit wäre ein Kriterium...</p> <p>Besser wäre es, hier von „ländlichen Räumen“ in der Mehrzahl zu sprechen! Den einen „ländlichen Raum“ gibt es nicht.</p> <p>Die ländliche Wirtschaft ist mehr als „Landwirtschaft“ (Tertiärisierung im ländlichen Raum).</p> <p>Was ist mit der Industrie und der produzierenden Wirtschaft? Die kommen hier zu kurz. Der Machtfaktor Industrie in der Regionalentwicklung. Industrietourismus...</p> <p>Wirtschaftliche Nischen muss man auch langfristig sichern, nicht nur erschließen.</p> <p>Ergänzung: ... auch Pflanzen, die als Rohstoffe genutzt werden können (NAWARO's).</p>	

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

45

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume

Zu 6.2.5 Weiterentwicklung einer leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft

Da habe ich einige Schwierigkeiten damit. Wir wissen, dass es „den ländlichen Raum“ nicht gibt. **Begriffliche Konsistenz wäre wichtig: „ländliche Räume“**. Hier steht wieder, dass ohne Landwirtschaft nix geht. Nur 5% leben von der Landwirtschaft in den Regionen, die Mehrheit lebt von Gewerbe und Dienstleistung. **Der ländliche Raum ist nicht nur Landwirtschaft!**

Nicht alles macht die Landwirtschaft – Energieproduktion, Wegebau ... das ist anderen Wirtschaftssektionen zuzurechnen. Hier braucht es eine stärkere Differenzierung. Gerade jene, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind, brauchen eine Entwicklung der ländlichen Räume, weil sie abwandern. Klein- und Nebenerwerb der Landwirte heißt auch hier, dass sie von anderen Feldern leben. Hier braucht es eine bessere Koordination mit den anderen Sektorpolitiken und dem Arbeitsmarkt.

In der Landwirtschaft finden sehr große Veränderungen statt z.B. Umbau der Landwirtschaft, Zweitwohnsitze, etc.

Multifunktionaler Leistungsanbieter klingt zwar nett, aber es ist viel differenzierter zu sehen.

Zum letzten Punkt: Wirksame Instrumente der Abgeltung - Die Raumordnung hat keinen Einfluss auf Förderung, hier wäre ein Raumordnungsvorbehalt durchaus hilfreich und sinnvoll!!! Diese verschiedenen Fördertöpfe müssten angeschaut werden. Die Länder und der Bund haben dafür gesorgt, dass jede Standortorientierung in den Förderungen herausgenommen wurden – eine österreichische Fehlleistung.

Instrumente der Abgeltung – wie ist das gemeint? Bitte konkret formulieren.

Tirol hat durch den Tourismus einen Sonderstatus. Es gibt hier Infrastruktur, die es sonst nur in Städten gibt.

Der Unternehmergeist fehlt in der Bevölkerung. Mit speziellen Maßnahmen sollte gefördert werden, dass auch unternehmerische Menschen „am Land“ bleiben.

Es fehlen Instrumente für rückwärtsgerichtete Raumplanung. **Wo ist Abwanderung? Wie kann man hier Qualität schaffen.** Raumordnung soll nicht nur „Flächen widmen“, sondern auch Gebiete, die „sterben“ wieder beleben. **Qualitative Entwicklung der Strukturen als Hauptaufgabe der Raumplanung.**

Es gibt auch positive Beispiele von Gemeinden, die sich wieder positiv entwickeln.

Qualitative Entwicklung bestehender Strukturen sollte im Vordergrund stehen.

Die Raumplanung richtet sich derzeit an den „Besitz eines Autos“, das kann es nicht sein. Andere Gruppen werden ausgeschlossen. Die Planung des öffentlichen Verkehrs ist rein

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>reaktionsbezogen. Hier muss man früher ansetzen!</p> <p>Das ist im Wesentlichen in Ordnung.</p> <p>Neu ordnen: Die Produktionsfunktion der Landwirtschaft sollte man noch stärker hervorheben.</p> <p>Zu Punkt 3: ... und eine entsprechende Berücksichtigung bei der Widmung, um diese Aufgaben wahrzunehmen.</p> <p>Eine Abgeltung der Umweltleistungen wäre gut.</p> <p>Bitte ergänzen: Landschaftspflege, Erhaltung der Artenvielfalt und Sicherung der Kulturlandschaft.</p> <p>Wichtig ist die Erhaltung der Qualität der Grundwasserressourcen.</p> <p>3. Spiegelstrich: Der Bereich der „finanziellen Abgeltungen sollte nicht zu inflationär eingesetzt werden – woher kommt das Geld?! Kein Geld anbieten, wenn es so auch geht, keine falschen Hoffnungen wecken! Wo es keine Probleme gibt, einfach machen lassen!</p> <p>Die Überschrift ist mir zu passiv. Das sollte eher „Potentiale Nutzen“ heißen.</p> <p>Ich denke es geht nicht nur um Tourismus und Land- und Forstwirtschaft.</p> <p>Ich möchte das unterstützen. Das ist zu wenig.</p> <p>Stichwort Kreativwirtschaft: Hier gibt es vielleicht ein Potential, das man dementsprechend nutzen sollte.</p> <p>Der Begriff Nischen gefällt mir sehr gut. „Potentiale Nutzen“ ist zu allgemein. Nischen sind etwas Besonderes.</p> <p>Hypothese zu peripheren Räumen: Durch die Problematik des Klimawandels wird sich dort vielleicht wieder Zuwanderung ergeben. Deshalb sollte man diese Räume landschaftspflegerisch aufrechterhalten. Es wird von den Städten Abwanderung geben.</p>	
---	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

47

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume	
<i>Zu 6.2.6 Daseinsversorgung: Reagieren durch Neuorganisation</i>	
<p>Zu 6.2.6: Es steht hier nirgends „Schrumpfung“ angesprochen. Politische Töpfe sind leer für die Agrarpolitik ... diese pessimistische Realität wird nicht angesprochen. Aktive Schrumpfung, die Begleitung von Rückbau sollte angesprochen werden. Finanzierungsförderprogramme auf die geänderte Bevölkerung anzupassen – Rückbau kostet Geld. Man müsste das Tabu wegbekommen, dass Schrumpfung schlecht ist. Schrumpfung kann auch ein Schritt zu mehr Qualität sein!</p> <p>Das finde ich sehr ambitioniert! Mir fehlt hier der bedarfsorientierte öffentliche Verkehr. Es gibt auch standortgebundene Versorgungseinrichtungen d.h. hier braucht es zielgruppenspezifische Angebote für die Mobilität.</p> <p>Die Versorgung bei Gütern und DL ist zu klassisch, Bildung fehlt hier völlig, soziale Treffpunkte/Orte fehlen hier ganz - die braucht es vor allem im ländlichen Raum.</p> <p>Ein Punkt sollte ergänzt werden: Die ÖBB schenkt den Ländern die Gleise (Umwandlung zu touristischen Nebengleisen) , was damit passieren soll, dazu gibt es keine abgestimmte Vorgehensweise.</p> <p>Daseinsvorsorge – was umfasst das genau?</p> <p>Die Rolle des ländlichen Raums beim Klimaschutz fehlt (Aufgaben der Kulturlandschaft zur Vorbeugung von Naturereignissen).</p> <p>Bitte eine Definition des ländlichen Raums ergänzen.</p> <p>Die Verknüpfung zur Mobilität (soziale Vielfalt) fehlt. Die Verknüpfung mit der Bildung fehlt.</p> <p>Die Förderung des ÖV ist besonders wichtig! Das habe ich bereits erwähnt. Stichwort: Klimawandel.</p> <p>Die Kommunikationstechnologien müssen vorhanden sein, um sie zu nutzen.</p> <p>Die peripheren Räume sind auf soziale Kompetenz und soziale Vernetzung als Ausgleich gewisser Defizite angewiesen. Stichwort soziale Dienste, ehrenamtliche DL, zivilgesellschaftliche DL.</p> <p>Wenn das im Kapitel 6.1 unter soziale Vielfalt gemeint ist, dann verstehe ich etwas darunter.</p>	
Syntheseblock Kapitel 6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume	

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

48

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

--	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

49

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu Kapitel 6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme

Zu 6.3.1 Entwicklung einer nationalen Agglomerations- und Städtepolitik

Zu Punkt 1: Das ist zu schwach formuliert ... **es braucht eine gemeinsam getragene Agglomerations-Politik in Österreich.** Der Inhalt der Politik sollte hier genannt werden: Projektorientierte Förderung der Agglomeration aus Mitteln des Finanzausgleiches als Vorabdotierung von Bund an Länder und Gemeinden (**entsprechend dem Beispiel F, CH**).

Zu Punkt 2 (Verankerung Begriff Stadtregionen): Das ist wichtig, es braucht ein zweistufiges System. 1. europäischer Maßstab (Wien), 2. Regionale Zentren (Mistelbach, Stadtregionen z.B. Rheintal, St. Johann im Pongau). Das stimmt, wenn es um Stadtregionen geht gehört Mistelbach zu Wien dazu.

Es stimmt, wenn immer über Städte gesprochen wird spricht die Stadt Wien oder der Städtebund. Es gibt niemanden, den gute Verbindungen zwischen den Städten etwas angehen. **Es ist ein in Österreich sehr schwach besetztes Thema.** Dieses Thema sollte institutionalisiert werden und positioniert werden über Wien hinaus.

Bei der Städtepolitik geht es um das Spannungsfeld Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der kleinräumigen Entwicklung.

Hier sind auch andere Stakeholder gefragt: Postbus, Wirtschaft, Kammern, ÖBB etc. Die Entscheidung über Fördermaßnahmen liegt natürlich bei Bund, Land, Städten und Gemeinden.

Wie auch immer die dann aussieht, hier braucht es noch die Einbindung zu den EU-Zielen bzw. zur Leipzig-Charta.

Das ist alles sehr diplomatisch formuliert, z.B. Krankenhaus, etc. Das ist zu unterstreichen, aber jeder kann sich hier das vorstellen, was er will. Diese Formulierung unterstützt alle, aber hilft nicht weiter, sondern wirft Missverständnisse auf (S.109, letzter Punkt).

Die Auseinandersetzung mit ländlichen Raum braucht es dann aber auch. Die ländlichen Räume werden schrumpfen, und hier gibt es auch sehr viele Herausforderungen.

Auch die **Städte in den Nachbarstaaten** mit herein nehmen.

Es sollte konkreter sein – welche Städte sind gemeint und welche Funktionen haben die? Wer ist damit gemeint, wen betreffen diese Maßnahmen?

Mich verwirren die Begriffe Stadt, Region, Agglomeration.

Zu Punkt 2 - Ob ein international einheitlicher Begriff die Grundvoraussetzung ist, da bin ich mir nicht sicher.

Das sehe ich genauso.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

50

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

--	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

51

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu Kapitel 6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme	
<i>Zu 6.3.2 Stadtregionen handlungsfähig machen</i>	
<p>Hier sollte die Unterstützung der Etablierung von Governance-Strukturen ergänzt werden. Die Formen sollen offen bleiben, klare Projekte sind wesentlicher.</p> <p>Hier muss man die Handlungsfähigkeit stärker konkretisieren. Was soll das sein? Das kann nur heißen, Wien leidet unter Vösendorf, Innsbruck leidet unter Rum und Völs, etc. „Geld“ fließt an das Umland -hier braucht es eine gesamthafte Betrachtung.</p> <p>Vielleicht ist es hier zu Stadtkonzentriert von der Begrifflichkeit? Es müsste eher ein Regionalkonzept sein.</p> <p>Ich lese hier heraus, dass z.B. Vösendorf und Wien ein gemeinsames Konzept haben, zu dem sich alle bekennen.</p> <p>Speziell für die Agglomerationen braucht es Gesamtkonzepte mit dem Umland. Das ist dringend notwendig (die Alternative wäre nur die Eingemeindung).</p> <p>Es stellt sich schon die Frage, ob es eine „nationale“ Städtepolitik braucht? Geht denn das? Müsste es nicht mehr auf die Regionen abgestimmt sein? Schlagwort horizontal mit Vernetzung und nicht vertikal.</p> <p>Kompetenzverteilung zu 6.3.2 – (Stadtregionen handlungsfähig machen)</p> <p>Von wem soll das ausgehen? Organisierte Zusammenarbeit der Gemeinden und Länder ist mir hier nicht erwähnt, es wäre aber wichtig, dass sie ein Konzept machen müssen. Und wer moderiert? Wie soll das angegangen werden?</p> <p>Bitte die Box 21 zur PGO aktualisieren– hier wird gerade ein Konzept zur Stadtregionalen Entwicklung erarbeitet und ist schon fertig.</p> <p>Das sollte für alle Regionen gelten, nicht nur für Stadtregionen!</p> <p>->Das ist ein ambitioniertes Ziel! Die Frage ist, ob es realistisch ist und das wirklich einfacher wird?</p> <p>Eine starke Position der Länder ist in diesen Fragen wichtig. Der EU-Ausschuss der Regionen deckt sich stark mit den Ländergrenzen. Die Kernkompetenz sollte bei den Ländern bleiben. Kooperation ist ok, aber nicht mehr.</p> <p>Es ist auch denkbar, dass man diese Kompetenzübergabe zeitlich und inhaltlich beschränkt. Z.B. zur Verkehrslösung Ostregion, das muss dann auch politisch akkordiert sein.</p> <p>Es fehlen Beispiele: Z.B. der Nahverkehr wäre ein gutes Beispiel für Kooperation und die Notwendigkeit von gesamthafter Betrachtung, vor allem in finanzieller Hinsicht</p>	

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

52

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Der Begriff „Stadtregionen“ kommt immer wieder vor – aber wer sind die? Die Aussagen widersprechen sich auch im Text: einmal sollen Regionen eingeführt werden, dann wieder nicht, einmal formell, einmal informell – was ist hier das Ziel?</p> <p>Es sollte auch klar sein auf welcher administrativen Ebene man sich da bewegt! Das sollte dann im ganzen Konzept angewendet werden! Wer ist gemeint!?</p> <p>Regionen und Stadtregionen – es soll einmal gesagt werden, was gemeint ist (Stadtregionen bzw. Regionen einmal definieren)</p> <p>Ich sehe eine Abhängigkeit mit „Attraktivität der Kernstädte zu erhalten“ und „Funktionieren der Stadtregionen“ – diese Teilung der Kapitel stört mich etwas, z. B. was den Einzelhandel betrifft.</p> <p>Es sollten nicht nur die kooperativen Strategien, sondern auch die Strukturen überlegt werden, die zur Umsetzung herangezogen werden.</p> <p>Bezug zu 6.1.: Es sollte nicht alles institutionalisiert sein. Das hier sehe ich als Widerspruch zu 6.1. Es sollte entweder oder sein.</p> <p>Man sollte sich nicht so festlegen.</p>	
---	--

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

53

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	--------------------------------------

Zu Kapitel 6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme	
<i>Zu 6.3.3 Attraktivität der Kernstädte erhalten</i>	
<p>Es fehlt eine zentrale Bundeskompetenz zur Stadtentwicklung (in Österreich ist nur die Stadt Wien vertreten bei diesem Thema), die Umsetzung der Leipzig-Charta, ...</p> <p>Das bauliche und kulturelle bauliche Erbe (Werte, nachhaltiges Bauen, Baukulturbericht ...) muss auch weiterentwickelt werden in einem Konzept.</p> <p>Es geht hier wenig um soziale Räume. Quartiersmanagement, Stadterneuerung etc. könnte man ergänzen!</p> <p>Ungelöstes Problem der nicht regionalen Einzelhandelspolitik: Einkaufszentren wirken auf die kleinen Einzelhandelsunternehmen -> regional abgestimmte Einzelhandelsplanung wäre ein interessanter Ansatz.</p> <p>Was ist eine Kernstadt – ist das der Stadtkern? Bzw. wie viele Kernstädte gibt es – Wien?</p> <p>Manche Begriffe und Definitionen müssten geklärt werden. Eine Präzisierung der Begrifflichkeiten ist wichtig.</p> <p>Ich vermisste das Wort „Quartiersmanagement“.</p> <p>Zu Punkt 1 - Man sollte sich überlegen, wer der Lead Partner bei solchen Projekten ist.</p> <p>Mir ist das zu sehr auf bauliche Sanierung aus. Das ist sehr eindimensional. Einzig die Einzelhandelsfunktion ist noch angeführt. Stichwort: Weiche Standortfaktoren, Wissenschaft, Verkehr, ...</p> <p>In den Kernstädten gibt es nicht nur Industriebrachen.</p>	

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

54

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

Zu Kapitel 6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme

Zu 6.3.4 Aufgabenorientierte Mittelverteilung im Finanzausgleich

Ich stimme prinzipiell zu. Die Frage ist, von wem kommt das Geld? Von den kleinen Gemeinden zur Stadt.? Die faire Mittelaufteilung muss gegenüber allen Beteiligten gelten und darf nicht nur auf die Städte konzentriert sein! **Das wäre hier zu einseitig.**

Wir haben insgesamt eine schräge Ebene von Land zur Stadt. Die Urbanisierung schreitet voran. Der ländliche Raum wird sich eher entvölkern. Daher braucht es auch Maßnahmen im ländlichen Raum, sonst wird er viel zu unattraktiv!

Zum ersten Zeilensatz – Was ist hier die Aussage? **Die Liste stellt einen Bruch dar: Beim Finanzausgleich gibt es nur die Gebietskörperschaften.** Hier wird nicht unterschieden zwischen Kernstadt, Stadtumland,... Alle „Gemeinden“ stehen der Übertragung von Aufgaben ohne zusätzlicher Mittelausstattung kritisch gegenüber.

Zur Finanzierung der Krankenhäuser: Eine grenzüberschreitende Versorgung und Kooperation sollte eingebunden werden (Stichwort: Hainburg, Kittsee).

Ein Glossar für die Begriffe wäre insgesamt wichtig! Ein sehr traditionelles Bild geht aus der Sprache hervor. ...lieber von Agglomerationsräumen sprechen und nicht von Kernstädten.

Sehr spannend und auch wichtig!

Warum ist der Raum so wie er ist – die Ursachen sollten angesehen werden – was beeinflusst den Raum? Auch bei den anderen Maßnahmen – wie kann hier angesetzt werden, was hat das für Auswirkungen, wenn wir das hier schreiben?

Das sind eher Beispiele. Es geht insgesamt um eine faire Aufteilung.

Wieso nimmt der Finanzausgleichshinweis nur auf Städte Bezug?

Der generelle Ansatz ist der wichtige. Man meint generell, die Städte bekommen mehr Geld wegen dem Aufteilungsschlüssel. Deshalb ist das wohl in diesem Kapitel.

Ich halte es für sehr wichtig, der Tendenz entgegenzuwirken, Aufgaben zu delegieren ohne dass Mittel folgen.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Zu Kapitel 6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme

Zu 6.3.5 Zentrale Orte stärken, Polyzentrik nutzen

Hier wird ein sehr traditionelles Bild des zentralen Orte-Konzeptes gezeichnet.

Polyzentrik müsste präzisiert werden. Je nach Regionstyp haben diese zentralen Orte sehr unterschiedliche Funktionen (z.B. in OÖ wird das diskutiert). Daher ist die regionale Bedeutung zu berücksichtigen und es sollte ein Vorschlag seitens des Bundes erfolgen.

Man müsste eine dezentrale Zentralität andenken. Hier spielt die öffentliche Mobilität zwischen den Einrichtungen eine große Rolle.

Zu Punkt 2 (Stärkung dezentraler Zentren): Das muss Konsequenzen z.B. auf das Budget haben. Wie wird hier mit dem Finanzausgleich umgegangen? Vielleicht kann man diesen auf einer regionalen Basis um zentrale Orte herum organisieren und nicht durch Zuteilung auf Einzelgemeinden?

Es wundert mich, dass soziale Vielfalt hier nicht genannt ist und nur im ländlichen Raum. Das ist auch hier ein zentrales Thema und stellt Herausforderungen für die Integrationspolitik. Hier zeigt sich eher eine ökonomische Kohäsion.

Valide Ausweisung der Städte bzw. der Zentren: Das wird hier gefordert – das sollte meiner Meinung nach das ÖREK machen bzw. hier sollte dies drinnen stehen!

Das kann man so nicht stehen lassen – „zentrale Orte stärken“ – da bräuchte es zuerst eine valide Ausweisung der zentralen Orte dann könnte man diese erst stärken! Hat auch nur so einen Sinn, wenn man das wirklich machen will!

Was erwartet man sich von der zentralen Orte Theorie (Nachteile beachten!) – was erwartet man sich davon wenn man das anwendet – das sollte auch hier drinnen stehen. Diese Maßnahme hat keine Grundlage, das Konzept der Zentralen Orte müsste man sich genau anschauen! Das kann man nicht einfach so hinschreiben, das heißt genau nichts!

Zu Zentrale Orte (ZO) - Die Striche sind generell ok. Ad Bezug zu Finanzausgleich – Ich hätte gerne einen Hinweis, dass in umliegenden Regionen auch interkommunaler Finanzausgleich gemacht werden soll. Man muss einen Ausgleich schaffen auf der ländlichen regionalen Linie, nicht nur einen generellen Finanzausgleich.

Ich sehe hier einen Motor, die peripheren Gebiete weiter zu schwächen (6.3.4 und 6.3.5): Weitere Anreisewege zu Ämtern, etc.

Gibt man nur den Zentralen Orten die Möglichkeit, das Geld selber zu erwirtschaften, dann ist mehr Anreiz dazu, das attraktiver zu machen.

Die kleinsten Gemeinden sollten dann die ZO finanzieren?

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

Gesammelte live-dokumentierte Rückmeldungen zum Paper in Progress (PIP) RAUMENTWICKLUNG UND GOVERNANCE	Anmerkungen (+ / -)
---	------------------------

<p>Ich hätte das eher als Unterstützung der peripheren Regionen gesehen, indem auch kleine und mittlere Städte unterstützt werden. D.h. ich sehe, dass nicht nur die großen Städte gefördert werden.</p> <p>Ich sehe das auch so. Andererseits, die Kleinstgemeinden leiden natürlich dadurch.</p> <p>Wir werden in Zukunft sehr beschränkte Mittel zur Verfügung haben. Wir werden für unsere öffentlichen Aufgaben wenige Mittel haben. Da sehe ich auch den Sinn von Kooperationen.</p> <p>Bezirkstädte sollen gestärkt werden. Aber auch andere Projekte sollen durch Kooperationen finanzierbar sein.</p>	
--	--

Syntheseblock Kapitel 6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme	
---	--

--	--

Syntheseblock zu Kapitel 6 gesamt

6.1. Kooperative Strukturen

Maßnahmenvorschlägen wird größtenteils zugestimmt, Bedeutung hoch eingestuft; zentrale Schnittstellen werden angesprochen

6.1.1: Gemeindeebene: Flächenwidmung als zentraler Handlungsbereich

- Dieser Punkt wird mehrfach als zentraler, bedeutender Handlungsbereich hervorgehoben – „Materialisierung der RO in den Gemeinden“!
- Allerdings: Flächenwidmung alleine ist nicht alles: Örtliches Entwicklungskonzept – die Entwicklungsplanerische, strategischere Perspektive sollte auch hereingeholt werden
- Konkrete Vorgaben auf übergeordneter Ebene helfen der (Argumentierung der) Umsetzung auf Ebene der Gemeinden. Gemeindeautonomie soll nicht verändert werden. Aufsichtspflicht – Wahrnehmung der Aufsichtspflicht der Länder!
- Grundproblematik: Baulandwidmungen aus der Vergangenheit sind tw. sehr groß – Baulandmobilisierung gelingt nicht – Bedarf an Bauland ist aber gegeben – unterschiedliche Bebauungsintensität bewirkt Streusiedlungen, Zersiedelung schreitet voran – Problem der „Mobilisierung“ an den Orten, wo Bauland benötigt wird
- Aufnahme/Ergänzung: aktive Maßnahmen für Neuwidmungen, Brownfield Development – Umgang mit Brachflächen
- Problematik: Baulandausweisungen um Bevölkerung in Abwanderungsregionen zu halten (aktuell: ST, K): Obwohl aus wissenschaftlicher Sicht weitere Baulandausweisungen nicht helfen, um Bevölkerung in Abwanderungsgemeinden zu halten, werden weitere Baulandausweisungen mit diesem Argument vorgenommen. Problematik: Baulandausweisungen stoppen die Abwanderung generell nicht, Folgekosten

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

57

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

durch disperse Siedlungsformen treffen Abwanderungsgemeinden dafür aber umso stärker! Hier wäre Bewusstseinsbildung in den Gemeinden eine bedeutende Maßnahme!

- Grundsätzlich: Informationsdefizit in den Gemeinden besteht – vor allem auch über die Folgekosten der Zersiedelung – Beratungen für Gemeinden als Maßnahmenvorschlag sollte aufgenommen werden
- Qualität des Baulandes sollte stärker beachtet werden
- Konkrete Instrumente anführen: z.B. Vertragsraumordnung, Vorkaufsrecht auf bestimmte Flächen (zB für sozialen Wohnbau),...
- Verweis: Entwurf Schweizer Raumordnungsgesetz 2008 und Umgang mit Baulandmobilisierung („Reserveflächen“ – Umgehung von Entschädigungen)

6.1.2: Regionale Planungsebene stärken

- Bedeutender Handlungsbereich!
- Redundanzen zu 6.2.2. (Interkommunale Kooperation) und 6.3.2 (Stadtregionen handlungsfähig machen): Sollten diese Punkte nicht besser zusammengezogen und integrativ betrachtet werden? (Ausgangspunkt: funktionale Regionen / Verflechtungsräume)
- 6.1.2 enthält derzeit tw. widersprüchliche Aussagen:
 - Widerspruch zwischen erstem und letztem Spiegelstrich auf S. 96: Was will das ÖREK? Soll die regionale Planungsebene formell eingeführt werden oder nicht? Die ist derzeit unklar bzw. widersprüchlich.
 - Erster Spiegelstrich S. 96: ...“ Region ist keine politische Entscheidungsebene“: widersprüchlich, unklar formuliert.
- Zentraler Punkt: „Definition von Regionen“: Was wird unter einer Region verstanden? Dies gilt für den gesamten Text des PIP. Wenn dazu Maßnahmen vorgeschlagen werden, müsste der Begriff Regionen „definiert“ werden.
- Problematik: Einziehen einer neuen „Verwaltungsebene“ wird kritisch gesehen – Ausweg: funktionale Regionen?
- Frage, die immer wieder diskutiert wird: Anreize oder Zwang zur Kooperation? Was wäre besser, wie soll vorgegangen werden? – Dazu kann keine einhellige Meinung herausgefiltert werden.
- Grenzüberschreitende Aspekte (Nachbarländer) sollten hier auch beachtet werden.

6.1.3: Bund – Land: Gesamtösterreichische Perspektiven stärken

- Sehr Bedeutender Handlungsbereich!
- deutlicher und klarer formulieren: Was ist tatsächlich gemeint?
- Bedeutender Punkt: Bring- und Holschuld, Information zwischen den Bereichen – Wie könnte dies verbessert werden? Unklarheiten bestehen auf allen Seiten (Bund und Land) – klare Vorschläge in diesem Bereich wären sehr wichtig
- Bereiche die hier angesprochen werden sollen: „Hochwasserschutz“, Schutz vor Naturgefahren allgemein (Gefahrenzonenplanung), Infrastrukturkorridorplanung

6.1.4: Land – Land: Erfahrungsaustausch systematisieren

- Abstimmung der Inhalte der ROGs wird in einigen Länderdiskussionen als sinnvoll und wünschenswert erachtet (nicht Vereinheitlichung, aber inhaltlicher Austausch und Abgleich): zB gemeinsamer Glossar der Begrifflichkeiten
- „Begrifflichkeiten abstimmen, Regelungen regional differenzieren“
- Gutes Beispiel: Vorgehen im Rahmen der Bauordnungen mit dem OIB (Österreichisches Institut für Bautechnik www.oib.or.at)
- Tool für länderübergreifende Information wäre sinnvoll (Verweis: BBR in Deutschland)

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

58

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

- „Der Raum ist immer ganzheitlich, nur die Herangehensweise ist sektoral“

6.1.5: Verräumlichung der Sektorpolitik

- Bedeutender Handlungsbereich!
- Wie kann Bewusstsein für räumliche Auswirkungen der sektoralen Planungen geschaffen werden?
- Was wird unter einem „Raumordnungsvorbehalt“ verstanden? Wie soll das funktionieren?
- Bereich WBF wird aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert:
 - Koppelung WBF an Kriterien der RO: Wäre sinnvoll. Warum nur die WBF und nicht auch andere Förderungen? Auch andere Förderungen sollten an diese Kriterien gekoppelt werden (Wirtschafts- und Standortförderungen und ÖV-Anschluss etc.).
 - Andererseits: Warum soll die WBF „gute Raumordnung“ bewirken? Was soll die WBF noch alles leisten?. Einwände seitens der WBF-Vertreter: Wenn ein Grundstück gewidmet ist, wird davon ausgegangen, dass es für die Bebauung auch geeignet ist. Vonseiten der WBF kann die Bewertung des Grundstückes aus raumordnerischer Sicht nicht vorgenommen werden. Wohnbauförderung sollte nicht überlastet werden!
 - „Staffelung“ der WBF nach räumlichen Kriterien wird vorgeschlagen (ähnlich der „Punktförderung“ für Energieeffizienz)
 - nicht nur WBF sondern auch andere Förderungen sollten an Kriterien der RO gekoppelt werden (zB ÖV-Anschluss für geförderte Betriebsstandorte,...)
- Achtung: Punkt „organisatorische Zusammenführung raumrelevanter Politikbereiche“ wird als nicht sinnvoll erachtet – zielführender: Verfahren für Kooperation, Abstimmung
- letzter Spiegelstrich S. 99: Städtebau-UVP: nicht verständlich

6.2. Periphere und zentrale ländliche Räume

- differenzierte räumliche Qualitäten sollten zugelassen werden
- Raum für alle – Nicht alle Menschen haben die gleichen Ansprüche an den Raum – der Raum kann nicht gleich sein!
- Stärke entsteht durch Vielfalt
- Rückbau – positiv interpretiert (begleiteter Rückbau, qualitative Schrumpfung/Schrumpfung als Qualitätssteigerung) – sollte hier auch angesprochen werden

6.3. Städte, Stadtregionen, Stadtsysteme

allgemein: oft erfolgt Konzentration auf die „ländlichen Räume“ (Ausgleich,...) – die Städte werden sich selbst überlassen – Zentralräume sollten auch beachtet werden

- anstatt „Stadtregionen“: funktionale Regionen betrachten

6.3.1. Entwicklung einer nationalen Agglomerations- und Städtepolitik

- Begriff „Kernstadt“ ist unklar

6.3.2. Stadtregionen handlungsfähig machen

- Warum gibt es dazu ein eigenes Kapitel? Regionale Ebene braucht insgesamt Beachtung – Vorschlag: Zusammenführung von 6.1.2. (Regionale Planungsebene stärken), 6.2.2. (Interkommunale Kooperation) und 6.3.2 (Stadtregionen handlungsfähig machen)

6.3.4 Aufgabenorientierte Mittelverteilung im Finanzausgleich

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

59

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange

- Achtung auf Korrektheit: Finanzausgleich wendet sich an Bund, Länder, Gemeinden – Städte, Kernstädte etc. werden nicht differenziert
- Kommunen allgemein stehen Verlagerung von Aufgaben ohne entsprechende Mittelaufstockung kritisch gegenüber.

Farbcode:

PlanerInnen – schwarz

Linz – rot

Innsbruck – blau

Graz – grün

St. Pölten – violett

StudentInnen – grau

60

AG II – braun

ÖROK-Gst. - orange